

Hols.

231.

Thy. L. Knapp

Hols. 237

374

Die
Katholikenfrage
in Holstein.

Verhandlungen der Diöcesan-Synodalversammlung
im Jahre 1863

mit
Aktenstücken dazu und Befolgung derselben

HAMBURG

in Commission bei Hermann Schöcker in Altona.

1863.

103. 1/2

Die
Katholikenfrage
in Holstein.

Verhandlungen der Itzehoer Ständerversammlung
im Jahre 1863

nebst

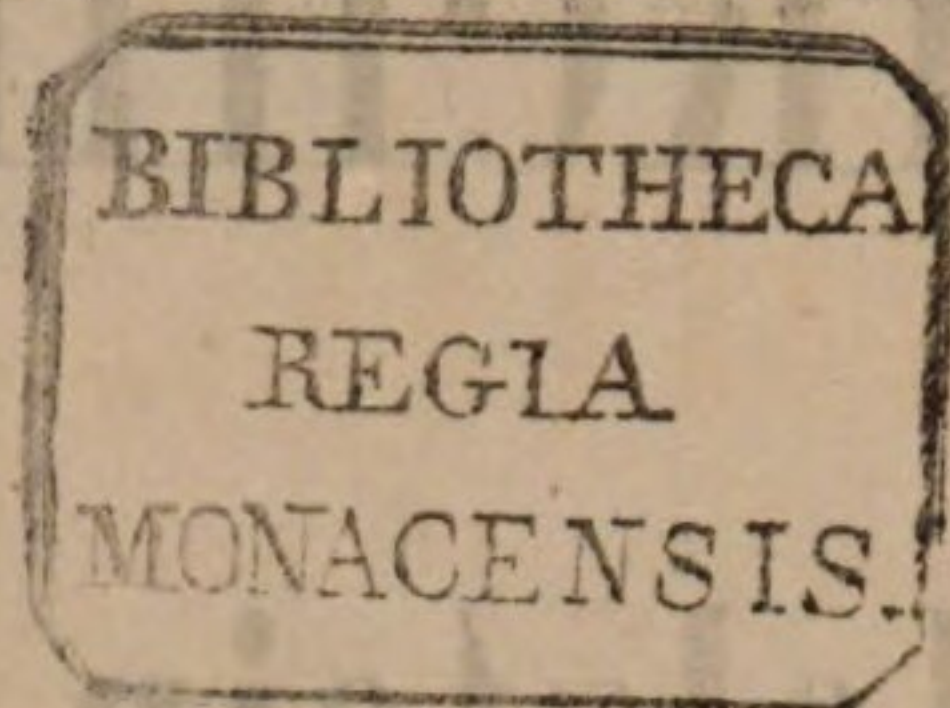
Aktenstücken dazu und Beleuchtung derselben.

HAMBURG.

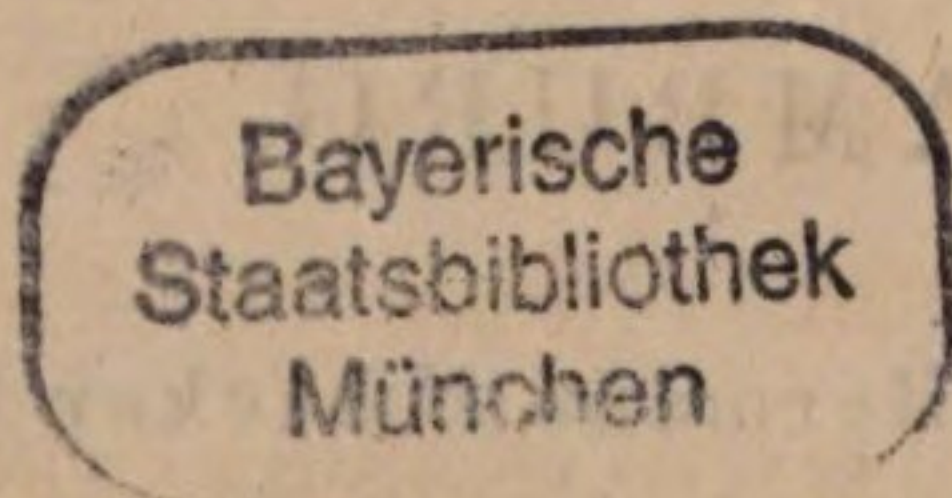
In Commission bei Hermann Uflacker in Altona.

1863.

203 - 139.



Druck von Basset & Co.



Rede

welche am 19. März 1863 im Ständesaale zu Itzehoe *nicht* gehalten worden ist, aber vielleicht gehalten worden wäre, wenn ein Katholik in der Versammlung Sitz und Stimme hätte.

Nach Ihnen Allen, meine Herren, ergreife auch ich das Wort und es wird Ihnen, so hoffe ich, ein wahres Bedürfniss sein endlich ein katholisches Urtheil über eine die Katholiken Holsteins speciell betreffende Angelegenheit zu vernehmen. Sie verkennen ja doch gewiss nicht das Missliche, was für Sie, für eine nur aus Protestanten bestehende Versammlung, darin liegt, über die Ausdehnung der der katholischen Kirche in unserem Lande zu gewährenden Rechte einen massgebenden Ausspruch zu fällen. Ihr Verhältniss zur Sache ist im Vorhinein ein schiefes, da Sie nicht jede confessionelle Befangenheit abzustreifen vermögen, da Sie nicht gestern als Privatleute

orthodoxe Protestanten oder Rationalisten, oder gar lutherische Prediger und Theologen sein konnten, und heute als Legislatoren frei von jeder Voreingenommenheit das Staatswohl allein ohne Rücksicht auf Ihren religiösen Standpunkt als höhere Wesen *generis neutrius* berathen können. Im Bewusstsein dieser Schwäche werden Sie mit mir beklagen, dass nicht ein anderer Weg eingeschlagen wurde, um die Beziehungen der Ihnen fremden Glaubensgenossenschaften zum Staate zu reguliren. Ich habe hier freilich schon ein Bedauern darüber äussern hören, dass die Regierung den Gesetzentwurf nicht mit Vertretern der Landeskirche vereinbart habe, allein das wäre doch ein noch unzweckmässigeres Verfahren gewesen. Den Betheiligten sollte Gelegenheit gegeben werden sich auszusprechen; gerade dass so viele Unbetheiligte drein reden, das ist hier zu rügen. *Suum quique*. So wenig das von Ihnen erstrebte Gesetz für bessere Ordnung des Verhältnisses Ihrer Kirche zur Staatsgewalt dem katholischen Episcopate zur Prüfung unterbreitet werden wird, so wenig hat die Landeskirche als solche mit der vorliegenden Frage zu schaffen. Ihnen, m. H., lag es ob das Princip der Religionsfreiheit und der religiösen Gleichberechtigung mit der herrschenden Confession für die Katholiken, Reformirten u. s. w. zu proclamiren, — dann aber die Regierung zu ermächtigen, demgemäss mit den Vertretern der betreffenden Glaubensgenossenschaften, hinsichtlich der Katholiken also mit dem Bischofe unter

dessen oberhirtlicher Leitung die Katholiken Holsteins stehen, eine Convention abzuschliessen, eine Convention durch welche die Gränze zu bestimmen wäre, innerhalb welcher dem Staate eine Oberaufsicht in Bezug auf die religiösen Angelegenheiten gebührt. In Oesterreich ist das Protestantenpatent, auf das Sie Sich so vielfach berufen, aus einer nur aus Beken- nern der evangelischen Confessionen zusammene- setzten Commission hervorgegangen; dort war es der Regierung leicht gerecht zu sein, weil sie sich dar- auf beschränkte zu sagen: Ihr seid frei, jetzt richtet Euch ein wie es Euch gefällt. Ihnen, m. H., ist es schwerer gemacht. Ihnen hat die Regierung die Ver- antwortung für die Einzelbestimmungen aufgebürdet und Sie haben die Bürde nicht abgelehnt. In dieser kritischen Lage haben Sie Sich indessen drei erha- bene Leitsterne als Führer durch die Unterhandlun- gen auserkoren, nämlich erstens: die in Folge des Oesterreichischen Vorganges schuldige Reciprocität⁽¹⁾, zweitens den Geist christlicher Duldung⁽²⁾, endlich die Gerechtigkeit, welche Befreiung der nicht lutherischen Religionsgemeinschaften von den ihrer Religionsübung gezogenen Schranken erheischt⁽³⁾.

Unter der Leitung dieser drei Grundsätze war es allerdings möglich der Versuchung zu widerstehen, confessionelles Partheispiel zu treiben, — es war möglich wirklich Grosses zu leisten.

(¹) Siehe Anhang Seite 21. (²) Siehe Anhang Seite 21.

(³) Siehe Anhang Seite 22.

Lassen Sie mich jetzt untersuchen in wie weit Ihnen dies gelungen ist, d. h. in wie weit Sie den von Ihnen selbst aufgestellten Grundsätzen treu geblieben sind.

Ihr Ausschuss, m. H., hat die Regierungsvorlage nicht unwesentlich modificirt. Ich zolle meine aufrichtige dankbare Anerkennung allen *Verbesserungen* die er Ihnen empfiehlt; er hat diese Verbesserungen so richtig begründet, dass ich mich einer Würdigung derselben füglich enthalten kann, um Ihre Aufmerksamkeit nicht unnöthiger Weise in Anspruch zu nehmen.

Nur im Vorübergehen will ich die zu § 2 gemachte Angabe ⁽¹⁾ berühren, dass die Bestimmung nach welcher Katholiken die auf ihrem Grundbesitz haftenden Lasten zum Besten der Landeskirche abhalten müssen, im Wesentlichen durch den § 13 des Patents vom 8. Febr. 1861 auch in Oesterreich den Evangelischen gegenüber getroffen sei. Dem Ausschusse beliebt es hier zu übersehen, dass in Oesterreich die evangelische Confession auch für ihre Kirchen und Schulen aus Staatsmitteln sehr beträchtliche Subventionen bezieht. Sie haben etwas Aehnliches für die katholischen Gemeinden Holsteins nicht vorgeschlagen. Somit fällt die herbeigezogene Analogie, es sei denn dass Sie uns umgekehrt zu argumentiren gestatten wollten: Wir sollen zur Landeskirche bei-

(¹) Siehe Anhang Seite 27.

steuern wie in Oesterreich die Evangelischen, *ergo* beanspruchen auch wir, wie die Evangelischen Oesterreichs, Dotationen aus Staatsmitteln für unsere Kirchen und Schulen. Ich glaube, Logik und Billigkeitsgefühl verbinden sich in diesem Falle zu demselben Petitum.

Aber jetzt, m. H., komme ich zur Hauptsache.

Warum haben Sie es nicht bei Verbesserungen des Regierungsprojectes bewenden lassen? Weshalb haben Sie auch, gestatten Sie mir den unparlamentarischen Ausdruck, *Verballhornungen* d. h. Verschlechterungen hineincorrigirt? Es ist das ein wahrer Jammer und Jeder der es ehrlich mit Ihnen meint, möchte blutige Thränen darüber weinen. Standen Sie doch im Begriffe ein fast tadelloses Elaborat zu liefern, ihrem Rechts- und Freiheitssinne ein glänzendes Monument zu errichten in Gestalt eherner Gesetzestafeln, welche Ihren Ruhm durch ganz Europa für alle kommende Zeit verkündet hätten! Statt des Gesetzes aus Erz haben Sie jetzt nur eine papierne Charta für die Kirche zu Stande gebracht, eine *minima Charta*, deren Dauer problematisch ist, weil sie an inneren Widersprüchen krankt und die Betheiligten nur halb befriedigt. So recht geflissentlich haben Sie selber Sich um den Ruf der Toleranz gebracht, den Sie wohlfeilen Kaufes erringen konnten. Schlimmer als das: Sie haben Sich gegen Ihre eigenen Principien der Reciprocität, Duldsamkeit und Gerechtigkeit versündigt. Oder wie soll ich die Zusätze anders charac-

terisiren, welche jetzt die Paragraphen 3, 5 und 6 verunstalten?

„Klöster dürfen nicht errichtet werden.“ ⁽¹⁾

„Den Mitgliedern des Jesuiten-Ordens sind geistliche Verrichtungen *jeder Art* untersagt.“ ⁽²⁾

Wie reimen Sie diese willkührliche Ausschliesung mit den vorangestellten drei Grundsätzen? Sie versprechen *freie* Religionsübung und gleich darauf machen Sie dieselbe wieder *unfrei*. Zum Mindesten sollten Sie nun nicht mehr von *freier* Religionsübung sprechen, sondern nur von einer im Vergleiche mit den früheren Zwangszuständen *etwas freieren*.

Vergebens sehe ich mich in Ihrem Ausschuss-Berichte nach einer Motivirung dieser zwei Beschränkungen um; vergebens habe ich auf eine genügende Erklärung des Mysteriums in Ihren Reden gewartet. Mit einer lebenswürdigen Leichtigkeit, als handle sich's um Nichts, oder um ganz Selbstverständliches, schlüpfen Sie darüber hinweg. Sie decretiren Ausnahmen von der Freiheit und Sie geben Sich nicht einmal die Mühe, dieselben vor dem Lande zu rechtfertigen. Nur hinsichtlich der Klöster suchen Sie Ihr Verfahren mit den Worten zu beschönigen:

„Die Errichtung von Klöstern steht in keinem unmittelbaren Zusammenhange mit der den

⁽¹⁾ S. Anhang S. 28. ⁽²⁾ S. Anhang S. 29.

„katholischen Gemeinden zu gestattenden Freiheit der Religionsübung, und ist auch in anderen deutschen Ländern mehr oder weniger beschränkt, im Königreiche Sachsen gänzlich verboten.“ ⁽¹⁾

Was heisst das: Klöster stehen nicht in *unmittelbarem* Zusammenhange u. s. f.? Die Anwendung solcher Ausflüchte würde doch wahrlich eine jede Freiheit illusorisch machen, und es ist in der That zu verwundern, dass Sie bei diesen beiden Punkten stehen geblieben sind und nicht auch gewisse Gebete, gewisse Formen des Cultus untersagt haben. Ich gebe Pressfreiheit, allein die schleswigschen Zustände stehen in keinem unmittelbaren Zusammenhange mit der den Tagesblättern zu gewährenden Freiheit, — jede Besprechung schleswig'scher Zustände wird inhibirt. Oder: ich gebe Gewerbefreiheit, allein die Kleidungsstücke stehen in keinem unmittelbaren Zusammenhange mit der den Gewerben zu gebenden Freiheit, — die Schneiderzunft bleibt bestehen. — Aber das Beispiel anderer Länder? Je nun, m. H., warum versteigt sich denn Ihr Ehrgeiz nicht höher, als gerade bis zur Nachahmung Sachsens? Warum nehmen Sie nicht Preussen, warum nicht England zu Vorbildern? Es musste Ihnen ganz ungemein darum zu thun sein, am weitesten in der Freiheit zurückzubleiben. Fast möchte man glauben,

⁽¹⁾ S. Anhang S. 29.

dass Sie Sich ängstlich bemüht haben, durch Ihre Grossmuth um keinen Schritt über die Linie hinausgetrieben zu werden, welche die am wenigsten begünstigten Nationen einhalten. Edles Streben, fürwahr!

M. H., diese Beschränkungen constituiren einen Eingriff in die Rechte der Kirche, einen Eingriff in die Freiheit der Holsteiner, einen Eingriff in das Princip der Toleranz. Sobald Sie die katholische Kirche zulassen, steht es allerdings in Ihrer physischen Macht, nicht aber in Ihrer moralischen Befugniss, gewissen Institutionen dieser Kirche den Weg zu sperren. Sie müssen doch den Klöstern und Jesuiten grosse Bedeutung beilegen, da Sie derselben ausdrücklich erwähnen. Wenn nun die Kirche das auch thut, beschränken Sie ihre Freiheit dann nicht im Wesentlichen? Was wird aus der Freiheit? Sind es aber unwesentliche Zierrathe der Kirche, wie die Phrase vom „unmittelbaren Zusammenhange“ anzuzeigen scheint, warum verbieten Sie? Vor dem Richterstuhle der Vernunft dürften Sie dies Verfahren schwerlich rechtfertigen. Sie selber weichen jeder Rechtfertigung aus; ich sehe mich daher genöthigt, den geheimen Triebfedern Ihrer Handlungsweise nachzuforschen.

In der Petition des Kieler freiwilligen Kirchencomités, welche ein geehrtes Mitglied Ihres Ausschusses zu der seinigen gemacht hat, finde ich den Ausspruch:

„Die Jesuiten gefährden die sittlichen Grundlagen des Staates.“

Sollten Sie etwa Klöster und Jesuiten für staatsgefährlich halten? M. H., ist es möglich, solche Theorien zu vertheidigen? Klöster und der Jesuiten-Orden sind von der Kirche gebilligte, aus ihr hervorgegangene Anstalten; — sind dieselben dem Staate gefährlich, so billigt die Kirche etwas staatsgefährliches, ist also selber unsittlich, darf gar nicht in's Land; so will es die Logik. Halten Sie aber die Kirche für sittlich, wie Sie das ausgesprochen haben ⁽¹⁾, so können Sie auch nicht behaupten, sie billige Staatsgefährliches; *folglich* gefährden Klöster und Jesuiten *nicht* die sittlichen Grundlagen des Staates; *folglich* hat die von Ihnen verhängte Ausschliessung keine sittliche Begründung. Wie kann auch in Holstein etwas nachtheilig sein, was in Frankreich und England, in Oesterreich und Preussen u. s. f. ohne Nachtheil besteht? Nein, m. H., dies kann Ihr wahrer Grund nicht sein.

Sollte mir etwa ein Satz der Einleitung Ihres Ausschuss-Berichtes den gesuchten Schlüssel zum Verständnisse Ihres verborgenen Gedankenganges liefern? Es ist da ⁽²⁾ die Rede von „dem Kampfe „der verschiedenen religiösen Ueberzeugungen, den „vielleicht, ja wahrscheinlich, die den Katholiken gewährte freiere Stellung in unserem Lande herbeiführen“ werde. Der Ausschuss sieht also einen

⁽¹⁾ S. Anhang S. 25. ⁽²⁾ S. Anhang S. 21.

Kampf voraus, einen Kampf mit geistigen Waffen, und als den Gegner der Landeskirche betrachtet er die katholische Kirche. Gelten ihm vielleicht Klöster und Jesuiten als Werkzeuge des Kampfes in den Händen der katholischen Kirche? Aber er sagt ja auch ⁽¹⁾: wir fürchten den Kampf nicht, wir brauchen ihn nicht zu fürchten; wir bedürfen, um ihn siegreich zu bestehen, nicht der Schranken für den Gegner. Bravo, m. H.! Diese stolze Sprache, sie hat meinen vollen Beifall, sie zeigt von tiefer, innerer Ueberzeugung — nur müssen die Thaten den Worten auch entsprechen, d. h. man muss dem Gegner, mit dem man zu ringen beabsichtigt, auch wirklich die Freiheit seiner Bewegungen lassen. Sonst — das werden Sie mir einräumen — ist es eitel Gerede und Wortgeklengel, dem Toben jenes Furchtsamen gleichend, der den Mund recht voll nimmt, um durch sein zuversichtliches Auftreten sich selber den fehlenden Muth einzureden. Sie, m. H., scheinen den Gegner einiger seiner Waffen entledigen zu wollen; geschieht es in der guten Absicht, ihn zum Kampfe leichter zu machen? Sie fordern heraus, Sie werfen den Handschuh, und Sie rufen laut: Jetzt bist Du frei, nun komme heran, Dich fürchte ich nicht! Aber Klöster und Jesuiten fürchten Sie doch, — *ut figura docet*. Oder gilt es in Ihren Augen, die Länge der geistigen Waffen zu messen, und finden Sie, dass, wie auf der Renn-

(¹) Siehe Anhang Seite 21.

bahn, dem leichter befundenen Reiter das Gewicht einiger polizeilicher Beschränkungen angehängt werden muss? Geben Sie Acht! Damit würden Sie Ihrem Gegner zugestehen, dass er Vorzüge habe, die Sie nicht besitzen. Sie würden ihm sagen: Du hast der geistigen Mittel mehr als ich, bist mir im Wissen und in der Frömmigkeit überlegen, d'rum verbiete ich Dir von Gesetzes wegen, von einem Theile Deines geistigen Vorrathes Gebrauch zu machen; — ich schnalle Dich Riesen auf das Procusteslager meiner eignen Geringfügigkeit!

Sie sehen, im Principe können Sie, ohne in Widerspruch mit Sich Selbst zu gerathen, die Klöster und Jesuiten von der den Katholiken zu gestattenden freien Religionsübung nicht ausschliessen, selbst wenn Sie dieselben als mächtige Werkzeuge katholischer Propaganda ansehen; es hiesse das Sich Selber ein arges *testimonium paupertatis* ertheilen. Aber so liegt *in praxi* die Sache gar nicht. Ich kann Sie versichern, dass Ihre Furcht eine eingebildete ist. In den nächsten Decennien dürfte, auch von Ihrem Verbote abgesehen, schwerlich ein Kloster in unserem kleinen Lande entstehen, schwerlich eine Jesuiten-Mission in Kiel oder Altona gehalten werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Ihr Verbot kein anderes practisches Resultat haben, als Ihrem Rufe von Freisinn und Duldsamkeit einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Sollte dem aber nicht so sein, wäre wirklich Aussicht vorhanden gewesen, bald ein

Kloster und gar ein Jesuitenkloster in Holstein zu erhalten, wissen Sie was alsdann Ihr Verbot bewirkt? Es straft das eigne Land, es beschränkt die bürgerliche Freiheit der Holsteiner.

Mit welchem Rechte wollen Sie, Vertreter der Landesfreiheiten, den Holsteinern wehren, sich zu zweien, zu zehn, zu hunderten in einer religiösen Corporation zu vereinen? Was wollen Sie dagegen thun, wenn z. B. zehn Männer, die ihren Pflichten gegen den Staat getreu nachkommen, ihre Steuern zahlen, ihrer Militärpflicht genügt haben, unbescholtenen Lebenswandel führen, — wenn diese Zehn zusammentreten, ein Haus mit zehn Zellen bauen, das Gebäude nebst Garten mit einer hohen Mauer umgeben und drinnen fern von dem Geräusch der Welt in Armuth, Gehorsam und Keuschheit nach der Observanz des heil. Benedict oder Anderer leben? Können Sie das auch nur hindern? Wollen Sie das *Associationsrecht* verkümmern? Hoffen Sie die Ablegung geistlicher Gelübde untersagen zu können? Wollen Sie unserem Volke einreden Armuth, Gehorsam und Keuschheit seien unsittliche Eigenschaften, welche die sittlichen Grundlagen des Staates gefährdeten? Nimmermehr wird Ihnen das gelingen. Wenn der Beruf des Ordenslebens sich in einer Anzahl von Leuten männlichen oder weiblichen Geschlechtes zeigt, wenn der tiefe Drang nach ascetischer Beschaulichkeit oder entsagungsreicher Barmherzigkeit sich geltend macht, — dann

folgen Jünglinge und Jungfrauen dem Rufe Gottes und dieser Ruf ist mächtiger als die Verbote der Itzehoer Ständerversammlung. Freilich, ich weiss es wohl, als *ultima ratio* wird Ihnen dann noch immer übrig bleiben ein anderes Beispiel als das Sachsens nachzuahmen, es bleibt als Ziel Ihres edlen Wetteifers der Vorgang Piemonts, wo die revolutionäre Regierung des Räuberkönigs Klöster plündert, Heiligthümer entweiht, die Kirche beraubt, Christen verfolgt. Vor diesem Extrem beben Sie heute noch zurück? Oh, täuschen Sie Sich nicht, es liegt der Keim dieses Vandalismus in Ihren jetzigen Eingriffen in die bürgerliche und religiöse Freiheit.

Und nun endlich, was sind denn die Jesuiten? Sie sind katholische Priester. Die Verläumdungen des vorigen Jahrhunderts haben sich schon längst als Lüge und Hirngespinnst erwiesen. Das aber hat man seitdem gelernt, dass als der Minister Choiseul berüchtigten Andenkens die Jesuiten aus Frankreich vertrieben hatte, die französische Revolution seiner gottlosen That auf dem Fusse folgte. Ja, glauben Sie mir, m. H., was man gegen die Jesuiten vorgebracht hat, das sind reine, oder besser gesagt: höchst unsaubere, abgeschmackte Ammenmärchen, die jeder Aufgeklärte heutzutage mitleidig belächelt; — was man in dem Orden verfolgt und hasst, das ist die heilige Kirche, das ist das Christenthum. Ich weiss es: Viele unter Ihnen theilen nicht die An-

sichten des Ausschussberichtes, sie stimmen demselben gedankenlos zu oder verzichten auf jede Entgegnung, weil sie der Sache zu geringen Werth beimessen. Aber, ich beschwöre Sie, bedenken Sie doch welch' ungünstiges Licht solcher Beschluss auf das ganze Land wirft, als dessen Organe Sie hier auftreten. Jesuitophobie ist ja in unserer Zeit nur mehr ein Zeichen der Oberflächlichkeit, sie nährt sich in dem Leserkreise eines Eugène Sue und ähnlicher Schmutzliteratur. Sie ist das Merkmal vernachlässigter Bildung. Ja, denen unter Ihnen die wirklich an der Krankheit der Jesuitenfurcht darniederliegen, denen rufe ich zu: Ihr habt sehr Recht, wie es hier neulich beantragt wurde, Eure Volksschulen bessern zu wollen, aber — gehet vor allen Dingen selber in die Schule!

Und was sind Klöster? Studiren Sie die Annalen des europäischen Westens. Seit dem 6ten Jahrhundert unserer Zeitrechnung und fast auf jedem Blatte der Geschichte werden Sie es verzeichnet finden, dass die Klöster die Vorposten waren der Civilisation. Studiren Sie die Geschichte jener deutschen Städte, welche ihren Ursprung den Pioniren des geistigen Fortschrittes, den Mönchen verdanken, — noch heute weisen hunderte von Städtenamen auf ihre Gründer hin; befragen Sie die alten Traditionen Holsteins, — sie werden Ihnen von den Segnungen der Klöster reden. Noch in unseren Tagen gehört die ländliche Bevölkerung in den Distric-

ten der im 16ten Jahrhundert säcularisirten Klöster zu der wohlhabendsten und tüchtigsten Holsteins, — denn unter dem Krummstab war gut wohnen, so sprach der dankbare Volksmund. Wenn gründliches Wissen und tiefe Frömmigkeit die wahre Civilisation befördern, so können Sie die Klöster nicht bannen ohne der christlichen Civilisation entgegenzuarbeiten. Ach! wären nur Klöster in Holstein, dann stände es besser um den Volksunterricht und wir wären vielleicht auch der Plage überhoben im 19ten Jahrhundert so viel Widersinniges zu hören als von der Tribüne gewisser Ständeversammlungen, die ich nicht näher bezeichnen will, vom Stapel gelassen wird. Ja, m. H., wenn Sie Ihr eignes Land selbstmörderisch um die Wohlthat der Klöster bringen, da kann man nur beten:

Vater vergieb ihnen, denn sie wissen nicht was sie thun!

Aber ich bin nicht hier, um Ihnen die Vorzüge der Jesuiten und Klöster zu schildern; an Ihnen vielmehr wäre es zu offenbaren, was beide in Ihren Augen verbrochen haben, und davor haben Sie Sich wohlweislich gehütet. Ich habe nur beweisen wollen, dass Sie Sich von confessioneller Befangenheit leiten lassen, dass Sie den von Ihnen so pomphaft verkündeten Grundsätzen der Duldung und Gerechtigkeit Hohn sprechen.

Naturam expellas furca, tamen usque recurrit.

Wie steht es nun mit der verheissenen Reciprocität? Ist irgend ein wesentlicher oder unwesentlicher Bestandtheil der evangelischen Confession in Oesterreich zurückgewiesen worden? Oder in einem andern deutschen Staate? Sie, m. H., halten die Reciprocität eben nicht ein, nachdem Sie dieselbe auf Ihr Panier geschrieben haben. Aber beruhigen Sie Sich. Dulden Sie immerhin die Freimaurer und verbannen Sie die Jesuiten: Sie haben darum nicht zu besorgen, dass in einem katholischen Lande, wo Ihrer Confession freie Religionsübung gewährt ist, Vergeltung geübt und etwa der „Gustav-Adolph-Verein“ mit seinem patriotisch deutschen Namen, der uns an eine der schmachvollsten Epochen der vaterländischen Geschichte erinnert, oder dass Ihre „innere Mission“ an der Grenze confiscirt werden. Selbst keinem Ihrer Prediger wird man die Exclusive geben und wären es die Herren in Person, welche in diesem Saale die römische Kirche so salbungsreich bekritteln und bemängeln. Nur für einen unserer hiesigen Redner stehe ich nicht und der ist kein Prediger; ich meine jenen tapferen Ritter, sonder Furcht und Tadel, dessen Ahnen vermuthlich nicht über das Jahr 1517 zurückreichen, da er keinen Anstand nimmt den Katholiken jede Freiheit zu verweigern und das mit dem lehrreichen Spruche voll Weisheit „die Katholiken stellen Menschengesetz über Gottes Wort⁽¹⁾! Nein, für diesen geehrten Ritter stehe ich nicht, ihm dürfte es

(¹) S. Anhang S. 80.

gerathen sein in katholischen Ländern die Exclusive zu ertheilen, — denn er ist unwiderstehlich — komisch und Sie wissen, wer lacht ist schon halb entwaffnet.

Die Methode des Lübecker Bürgers Johann Ballhorn hat indessen der Ausschuss nirgend gründlicher befolgt als im § 6. Sie entsinnen Sich der Veranlassung, welche Ballhorn's Namen illusirte? Es widerfuhr dem braven Mann das Missgeschick in einer Kinderfibel dem gespornten Hahn die Sporen zu streichen und dieselben durch Eier zu ersetzen. Nun, die Eier welche der Ausschuss in den von der Regierung sehr befriedigend abgefassten Paragraphen ⁽¹⁾ bezüglich der Mischehen gelegt hat, diese Eier geben auch dem Ausschusse Anwartschaft auf die Verehrung der Nachwelt. Die Regierung hatte hier ganz das Richtige getroffen, nämlich das unbedingte Verfügungsrecht der Brautleute hinsichtlich der Wahl des Geistlichen für die Copulation gewahrt. Damit war ausgedrückt, dass es dem Staate als solchem gleichgültig sei ob das Ehepaar gemischter Confession in dieser oder jener Kirche getraut werde; für die bürgerlichen Wirkungen der Ehe erkannte der Staat die Gültigkeit der Trauung an, einerlei ob sie von dem lutherischen Prediger oder von dem katholischen Priester vollzogen worden, wenn nur der dazu autorisirte Geistliche dieser oder jener Con-

⁽¹⁾ Siehe Anhang Seite 3.

fession fungirt und die allgemeinen Vorschriften hinsichtlich des Aufgebotes u. s. f. beobachtet hatte. Somit war der kirchliche Charakter der Ehe und die Freiheit der Individuen gerettet. *Quod non*, fällt hier der Ausschuss der Regierung in's Wort, da muss ein wenig reglementirt werden; untersagen wir den Geistlichen vor der Copulation irgend welch' Versprechen den Brautleuten abzunehmen und drohen wir etwas mit Amtsentsetzung ⁽¹⁾ das duftet so angenehm nach der Wachtstube und die Freiheit ist so banal!

Darf ich wieder nach Ihren Gründen fragen, die Sie auch dieses Mal der Kenntniss des *profanum vulgus* entziehen? Ich errathe Ihre Antwort; hier ist sie. — Die katholische Kirche ertheilt die Dispense zur Eingehung gemischter Ehen nur unter der Voraussetzung, dass die zu Copulirenden sich verpflichten, ihre Kinder in der katholischen Religion zu erziehen. — Nun? und weiter? — Ja, das hindert ja die Freiheit der Brautleute. — Mit Nichten, m. H., wer die Verpflichtung nicht übernehmen will, ist frei, auf die katholische Trauung zu verzichten; das werden doch *Sie* für kein Unglück ansehen. Wenn also, wie Sie sagen, die katholische Kirche strenger ist, als die lutherische, hätte Letztere ja sogar Aussicht, wohlfeile Acquisitionen zu machen in den Reihen Derer, die sich nicht binden wollen. — Aber, es soll eben Niemand gebunden werden. — Sie ver-

(1) S. Anhang S. 30.

wechseln den gesetzlichen Zwang, den die Staatsgewalt durch Polizei und Beamte ausübt, mit der rein moralischen Verpflichtung, welche die Kirche auferlegt. Die Kirche treibt den fälligen Wechsel vor keinem weltlichen Gerichte ein, sie überlässt die Zahlung dem Gewissen des Schuldners. — Aber wir wollen Parität und unsere Kirche verlangt das Versprechen nicht. — Das ist gerade die erzwungene Prokrustesparität, die Sie erstreben; ich verstehe sehr wohl. Nichts hindert Ihre Prediger, die gleiche Forderung zu stellen; nie wird darüber geklagt werden; das wird jeder Katholik natürlich finden. Freiheit, m. H., geben Sie volle Freiheit. Ueberlassen Sie es den Eltern, sich mit ihren Gewissen abzufinden, überlassen Sie es den Geistlichen, Ihrer Pflicht oder Ueberzeugung zu folgen. Das ist Freiheit, das ist Toleranz.

Ich wende mich jetzt zu den einzelnen Reden und hier — lassen Sie mich es von vornherein erklären, — freut es mich, Ihre Discussion über das Patronatsrecht der Katholiken gänzlich übergehen zu können; es ist das eine innere lutherische Frage, welche die katholische Kirche gar nicht interessiren kann. Ich habe dabei nur die auffallende Bitterkeit zu beklagen, welche aus den Worten des Herrn Antragstellers hervorleuchtet und denselben besonders dann zu erfüllen scheint, wenn er der Mög-

lichkeit gedenkt von der katholischen Kirche für einen *Ketzer* ⁽¹⁾ angesehen zu werden. Ich weiss nicht ob der geehrte Abgeordnete sich die Bedeutung dieses Ausdruckes ganz klar gemacht hat, es hat wenigstens den Anschein als halte er Ketzerei, *id est* Irrlehre, für identisch mit Unglaube ⁽²⁾! Ich kann ihn indessen versichern, dass der auf katholischen Kanzeln am häufigsten gebrauchte *terminus* um die Protestanten zu bezeichnen kein anderer ist als: unsere getrennten *Brüder* und dass vor unsern Altären täglich mit Inbrunst für die Wiedervereinigung dieser Brüder mit der Kirche gebetet wird, auf *dass wir alle Eins seien* und nur *eine* Heerde unter *einem* Hirten bilden, wie der liebe Heiland es uns empfohlen hat. So lieblos wie der Herr Antragsteller meint, so lieblos wie seine Erbitterung seine eigenen Gesinnungen darstellt, haben wir Katholiken nie unserer christlichen Brüder gedacht. — In weiteren Kreisen dürfte auch die Parallele befremden, welche der geehrte Abgeordnete ⁽³⁾ zwischen Katholiken und Juden zieht, aber wir, die wir uns erinnern mit welcher Begeisterung er vor zwei Jahren zu Gunsten Israels sprach, wir müssen es schon als eine Concession seinerseits betrachten, dass er es nicht eines Lutheraners viel unwürdiger hält, von einem Katholiken als von einem Juden abzuhängen.

⁽¹⁾ Siehe Anhang Seite 67. ⁽²⁾ Siehe Anhang Seite 48.

⁽³⁾ Siehe Anhang Seite 67.

Was das aus Anlass der Patronatsfrage zur Sprache gebrachte Verhalten einer schlesischen Gutsbesitzerin ⁽¹⁾ betrifft, so ist mir die Angelegenheit allerdings gänzlich unbekannt, ich will sie aber *sub beneficio inventarii* als wahr annehmen und nur bemerken, dass man für einen solchen Fall in katholischen Ländern zehn Fälle sich erzählt, wo einzelne Protestanten ihren Einfluss zum Nachtheil der katholischen Kirche missbrauchen.

Sie werden mich vielleicht einer Inconsequenz zeihen, wenn ich bei Besprechung Ihrer Reden in erster Linie wieder auf ihren Ausschussbericht zurückkomme, der Vorwurf, die katholische Kirche habe einen *agressiven* Character ⁽²⁾ dieser Vorwurf, den ich vor mehreren Wochen bei einem anderen Anlasse zuerst aus dem Munde eines geehrten Ausschussmitgliedes vernommen habe, er findet sich nicht allein in dem Berichte dieses Ausschusses wieder, ihm ist überdies ein mehrstimmiges Echo in den Vorträgen verschiedener Redner dieser Versammlung geworden und darüber scheinen die Herren Alle einverstanden zu sein: die katholische Kirche ist *agressiv*.

Was besagt denn eigentlich dies Epitheton? Agressiv, gegen wen? Agressiv, womit? Haben die geehrten Abgeordneten individuell unter den An-

⁽¹⁾ S. Anhang S. 75. ⁽²⁾ S. Anhang S. 21.

griffen der Kirche gelitten? Ich habe zahlreiche Angriffe dieser Herren gegen die Kirche anhören müssen, — mir ist nicht bekannt geworden, dass der umgekehrte Fall stattgefunden. Wo geschieht denn also die vielbesprochene Agression? Wie belehrend für uns, wenn Sie uns das erläutern wollten!

Es ist unendlich schwer, Vorwürfe dieser Gattung zu widerlegen, welche sich durch ihre Allgemeinheit und Unbestimmtheit jeder Prüfung entziehen. Ein Schlagwort wird von einem erfinderischen Kopfe gegeben, die Menge spricht es nach; nun steht das Gespenst fertig da — *monstrum horrendum ingens* — und drohend erhebt es seine Stimme gegen die Kirche — *quot vigilantes oculi subter, totidem orationant*. Will man der Anklage auf den Leib rücken, sie zergliedern, ihre Falschheit beweisen, greift man nach dem mächtigen Schattengebilde — so umfasst man Nichts — Luft! und weiter zurück richtet sich das leere Schlagwort wieder schamlos auf, bis es mit der Zeit von einem neuen verdrängt wird; — es ist ihm gar nicht beizukommen. Diese Tactik ist probat und unser Jahrhundert hat sie ausserordentlich vervollkommnet.

Also aggressiv ist die katholische Kirche? Rich- ten Sie einmal Ihre Blicke nach Italien auf das ehrwürdige Haupt der Kirche, vergegenwärtigen Sie Sich jenen heldenmüthigen Dulder, die unausgesetzte Zielscheibe aller Angriffe der Revolution und der mit ihr verbündeten Mächte. Ist Pius IX. aggressiv?

er, den man seiner Provinzen beraubt, dessen getreue Diener niedergemetzelt werden? Nur Wahnsinnige können diese Behauptung aufstellen. Das haben Sie mithin nicht gemeint. Wenn aber der Repräsentant der Kirche nicht aggressiv ist, kann die Kirche es sein? Ist sie es überall wo sie vom Staate verfolgt wird, wie in allen der piemontesischen Gewaltherrschaft unterworfenen Ländern? Ist sie aggressiv in Portugal, wo ihre Töchter vertrieben werden? Ist sie aggressiv in Polen unter dem fürchterlichen Drucke russischer Willkühr? Ist sie aggressiv in Schweden, in Mecklenburg, in Sachsen, hier in Holstein? Wahrlich, man braucht nur Namen zu nennen, um die gehaltlose Beschuldigung in Nichts zerrinnen zu sehen. Aber die geehrten Herren wollen vielleicht zu verstehen geben, die katholische Kirche bethätige ihren angeblich aggressiven Charakter nicht gegen die Staatsgewalt, sondern gegen andere Confessionen. Ei, m. H., auf diesem Gebiete sollte ich denken, wäre doch wohl nicht in Abrede zu stellen dass die Aggression von denen ausgegangen ist, die sich gegen die Kirche aufgelehnt haben. Wie im 4ten Jahrhundert der Arianismus der Kirche entgegentrat, so im 16ten Jahrh. der Protestantismus. Die Aggression der katholischen Kirche bestand darin, dass sie nicht abdicirte, dass sie nicht vom Erdboden verschwand um den neuen Confessionen das Feld zu räumen; ihre Vertheidigung — das ist was Sie Aggression heissen. Aber allerdings die Kirche

begeht den unverzeihlichen Fehler, sich nicht selber aufzugeben, sie vertheidigt ihr Recht, sie spricht der Irrlehre gegenüber ihr *non licet*, sie verschweigt die Wahrheit nicht, sie verkündet Gottes Wort, sie geht in alle Länder und predigt allen Völkern, — so thaten schon die Apostel und sie waren entsetzlich aggressiv!

Den Reigen der Proteste wider das Gute im Ausschussberichte eröffnete vorgestern der Herr Abgeordnete für die Geistlichkeit aus Oldenburg. Ob seine Rede den *in*aggressiven Charakter der evangelischen Confession demonstrieren sollte, weiss ich nicht, wohl aber weiss ich, dass keine Worte des Friedens und der Verständigung von seinen Lippen flossen. Offensiver als das seinige kann man sich kaum ein Auftreten gegen die Katholiken denken. Er spricht ⁽¹⁾ von Ueber- und Eingriffen der katholischen Kirche. Diese Ausdrücke setzen ein unrechtliches Verfahren voraus und wirklich steht der Redner nicht an, die katholische Propaganda des Gebrauches *jeglicher* Waffen zu zeihen ⁽²⁾. Die Antwort hierauf ist leicht. Gegen Uebergriffe, gegen Eingriffe schützen die Staatsgesetze und die von der Kirche benützten Waffen sind lediglich die der Ueberzeugung. Wer das Gegentheil behauptet, dem liegt es ob den Beweis zu liefern, widrigenfalls er verdient als Verläumder gebrandmarkt zu werden. Unbestreitbar sind

⁽¹⁾ S. Anhang S. 72.

⁽²⁾ S. Anhang S. 72.

die Fortschritte der katholischen Kirche in England und Holland. Der geehrte Abgeordnete schreibt diese Erfolge dem Umstande zu ⁽¹⁾ dass in jenen Ländern der Kirche freies Spiel eingeräumt wird und daraus zieht er ohne Scheu den Schluss, dass demnach in Holstein dieser freie Spielraum der katholischen Kirche nicht gewährt werden dürfe. Immer das alte Lied. Zuerst wird eine aus der Luft gegriffene diffamierende Behauptung aufgestellt, dann wird stolz erklärt man fürchte nicht das freie Wort und schliesslich gesteht man indirect ein, dass bei der Freiheit doch die katholische Kirche gewinne und sonach bittet man ihr die Freiheit nicht zu gestatten — das ist Toleranz. Uebrigens lässt der geehrte Redner sich herbei noch näher auf jene vermeintlichen Propagandamittel der Kirche einzugehen und als solche die *Missionen* anzuführen. Dabei geht er von der seltsamen Ansicht aus, die Missionen würden den Protestanten geschickt. Das ist irrig, die Missionen sind nur für die Katholiken bestimmt. Gehen Protestanten hinein, so ist das ihre Sache, Niemand zwingt sie dazu. Wäre der geehrte Abgeordnete im verflossenen Jahre in der benachbarten Hansestadt gewesen als daselbst *horribile dictu* eine Jesuitenmission stattfand, so würde er sich überzeugt haben, dass die *patres missionarii* nur für die katholische Gemeinde predigten, mit keiner Sylbe der Protestanten erwähnten und noch viel weniger, wie der Redner sich das vielleicht vorstellt,

(¹) S. Anhang S. 73.

als unberufene Gäste in protestantische Familien drangen, um Proselyten zu machen. Aber diese guten Missionsprediger sind sehr gefürchtet, so sehr dass sie dem geehrten Berichterstatter das Geständniss entlocken ⁽¹⁾ der Jesuitenorden sei nur deshalb des Landes verwiesen, weil er als besonders in Ausübung der Missionen thätig angesehen werde. Ich bin über diese nothwendige Ergänzung des Ausschussberichtes sehr erfreut, denn sie räumt mir unumwunden ein, dass nur Furcht das *agens* war und dass das Bestreben vorwaltete, die Landeskirche durch eine Beschränkung der katholischen Kirche zu stützen, wie man etwa ein baufälliges Gebäude stützt durch Absperrung der Strasse und Einfügung von Balken in die Nachbarhäuser. Als Katholik, m. H., habe ich nichts gegen dieses Geständniss Ihrer Schwäche auf dem geistigen Gebiete einzuwenden, aber ich weiss nicht, wie Sie es mit der Versicherung in Einklang bringen, dass das reine, wahre Wort zum Schutze Ihrer Kirche ausreiche.

Wenn nun endlich der Herr Abgeordnete von Oldenburg sich nicht enblödet ⁽²⁾ zu sagen, katholische Geistliche würden kommen ihr *Wesen* oder *Unwesen* im Lande zu treiben, so überlasse ich es der Versammlung zu beurtheilen, in wie weit dergleichen Aeusserungen sich im Munde eines protestantischen Hauptpastors und Probstes schicken, und begnüge mich damit ihm zu bedeuten, dass

(1) Siehe Anhang Seite 37.

(2) Siehe Anhang Seite 38.

solche Ausdrücke auf katholische Priester angewandt im allerhöchsten Grade ungeziemend sind.

Ich gehe zu den verschiedenen Klagerufen über, welche das geehrte Mitglied der Geistlichkeit für Kiel im Laufe der Berathungen hat erschallen lassen. Auch sein Glaube an die „Kraft des Evangeliums“⁽¹⁾ will mir nicht recht zuversichtlich erscheinen, nachdem er sich wohl erbiehet „öffentlich Mann gegen Mann“ aber doch nicht Pastor gegen Jesuit⁽²⁾ zu kämpfen und ausdrücklich die vom Ausschusse vorgeschlagenen Beschränkungen billigt, ja denselben gar gern noch einige weitere hinzufügen möchte.

Seine ikonoklastischen Gelüste⁽³⁾ sind von dem geehrten Abgeordneten der Geistlichkeit von Itzehoe bereits nach Gebühr gewürdigt und zurückgewiesen worden⁽⁴⁾; ich begnüge mich daher meine Verwunderung auszusprechen, dass dergleichen Tendenzen hier überhaupt nur vorgebracht werden konnten. Wie? die Verzierung der äusseren Kirchenmauern mit Heiligenbildern sollte verwehrt sein, nachdem jeder Privatmann das Recht hat sein Haus mit Statuen zu schmücken? Nimmt der geehrte Herr Prediger auch Anstoss an den Heiligenbildern, welche in Kunstaussstellungen öffentlich den Blicken des Publikums vorgeführt werden? Wünscht er über-

⁽¹⁾ S. Anhang S. 51. ⁽²⁾ S. ebend.

⁽³⁾ S. Anhang S. 52. ⁽⁴⁾ S. Anhang S. 76.

haupt die christliche Kunst zu vernichten? Und zieht er den Heiligenbildern jene Statuen nackter heidnischer Gottheiten vor, wie sie vielfach an öffentlichen Gebäuden und Bahnhöfen zu sehen sind? Nun, ein Jeder hat seinen besonderen Geschmack. Ich, für meinen Theil, bekenne dass Heiligenbilder, wie man sie in südlichen Ländern an Häusern, auf öffentlichen Plätzen, auf Brücken u. s. w. sieht, Crucifixe, welche an der Heerstrasse den müden Wanderer einladen, seine Gedanken nach Oben zu richten, ich bekenne, sage ich, dass solche Bilder mich sehr ansprechen und ich mich in solchen Ländern, wo sie sich vorfinden, gleich heimisch fühle; es ist ein Stück Christenthum, das den Reisenden in jenen Gegenden bewillkommnet, während die Abwesenheit solcher Glaubenszeichen Einen kalt anfröstelt und in das Heidenthum zurückversetzt. Wer darin Götzendienst ⁽¹⁾ sieht, wer daran Aergerniss ⁽²⁾ nimmt, der hat wahrlich für einen Christen, milde gesagt, eigenthümliche Anschauungen. Der geehrte Redner hat sich durch Umschau in katholischen Ländern auf das Unwiderleglichste ⁽³⁾ überzeugt, dass die katholische Kirche durch solche auf die Sinne wirkende Mittel Proselyten zu machen suche. Am Ende glaubt er gar, die Heiligenbilder würden in katholischen Ländern nur als Fangeisen für protestantische Reisende aufgestellt, — auf solche Abentheuerlichkeiten kann man wirklich Nichts erwidern

⁽¹⁾ S. Anhang S. 70. ⁽²⁾ S. ebend. ⁽³⁾ S. ebend.

und sich nur Glück wünschen, dass die *Amendements* des Herrn Pastors aus Kiel ihre Wirkung nicht auch in katholischen Ländern äussern können, wo sonst ihm zu Liebe jeder fromme Brauch verurtheilt werden müsste. Auf die *Sinne* wirken allerdings die Statuen und Bilder, aber durch die Sinne auf die Seele, es handelt sich nur darum zu wissen ob man dem Eindruck der religiösen oder der antireligiösen Bilder den Vorzug gibt.

Ich kann übrigens den geehrten Herrn darüber beruhigen, dass wir Katholiken die Reliquien ⁽¹⁾ nicht an den äusseren Kirchenmauern anbringen. Ich kann ihn auch darüber trösten, dass das Volk den „feinen“ (*sic*) Unterschied zwischen Verehrung und Anbetung ⁽²⁾ recht wohl zu machen versteht. Dieser ihm so fein dünkende Unterschied, er möge ihn sich von dem ersten besten katholischen Kinde erklären lassen, welches seinen Katechismus gelernt hat; — es wird ihm Rede und Antwort stehen, den befriedigendsten Aufschluss ertheilen. Freilich sieht das Kind und begreift das Volk in seiner Einfalt oft, was der Verstand der Verständigen nicht sieht, und die christliche Religion wird am Besten von den kindlichen Herzen erfasst. — Erlauben Sie mir, m. H., Ihnen bei diesem Anlasse eine Stelle aus einem Hamburger Blatte vorzulesen, welches gelegentlich der gestrigen Jubelfeier zur Erinnerung an die Befreiung von den Franzosen Folgendes schreibt:

(1) S. Anhang S. 70. (2) S. ebend.

„Unter den mancherlei Hamburgischen Reliquien, aus den Jahren 1813 und 14, die gerade jetzt eine erhöhte Bedeutung gewinnen, befindet sich auch ein hier zur Belagerungszeit gebackenes *Rundstück*, welches mit heiliger Pietät in der v. Döhren'schen Familie aufbewahrt worden ist. Es zeichnet sich natürlich nicht durch seine Grösse aus, indem es ungefähr zwei Zoll lang ist.“⁽¹⁾

Sie sehen, Jeder hat seine Art von Reliquien. Wir Katholiken verehren allerdings nicht gebackene Semmel, und wären sie aus dem Jahre 1813.

Nächst den Heiligenbildern und Reliquien fürchtet der geehrte Redner am Meisten die pecuniären Mittel, an denen es *bekanntlich* ⁽²⁾ der katholischen Kirche nicht fehle. Ach! leider huldigt der Herr Abgeordnete in dieser Hinsicht einem grossen Irrthume. Ein wenig Nachdenken würde ihn eines Besseren belehren. Woher sollen denn diese Mittel fliessen? Die Kirche *war* freilich ehemals begütert überall, auch hier im Lande. Aber der geehrte Herr Prediger wird doch wohl wissen, was in der Reformationszeit mit diesem Besitzthum geschah. Die Motive zum Gesetzentwurf ⁽³⁾ sagen, es wurde *aufgehoben*, anderwärts sagt man *säcularisirt*, noch anderwärts *eingezogen*; der moderne Ausdruck dafür ist *annexirt*, auf deutsch *angegliedert*; im gemeinen Leben und im Criminalrecht findet man noch andere Benennungen, es ist immer dasselbe und immer fällt

⁽¹⁾ Hamb. Nachrichten. ⁽²⁾ S. Anhang S. 50.

⁽³⁾ S. Anhang S. 6.

es unter das siebente und zehnte Gebot. Der Religionsfrieden von 1555 setzte diesen *Angliederungen* eine Schranke, aber nur eine schwache, die auch später nicht eingehalten wurde, und dann begannen die katholischen Regierungen das löbliche Beispiel zu befolgen und heut' zu Tage giebt es in Europa keinen Staat, in welchem Kirchengut nicht gewaltsam *angegliedert* worden wäre. Am Grossartigsten betreibt Piemont jetzt das Geschäft. Nun, den *angliedernden* Staaten hat es keinen Segen gebracht, denn unrecht Gut gedeiht nicht, und auch der protestantischen Kirche ist in Deutschland von den Angliederungen der Reichsstände wenig zugekommen. Aber wo, in aller Welt, soll die katholische Kirche, zumal hier im Norden, zumal in unserer Zeit, grossartige Mittel besitzen? Was die Kirche hat, giebt ihr die Opferwilligkeit der Gläubigen. Uebersteigen jene Beträge die freiwilligen Gaben der Protestanten, so ist eben die Opferwilligkeit unter den Katholiken grösser, — das will ich wohl zugeben.

Eine ausserordentliche Abneigung gegen meine Kirche legt, wie schon bemerkt, der Herr Abgeordnete für die grösseren Grundbesitzer von Heiligenstedten an den Tag. Allerdings freut er sich,⁽¹⁾ dass der Geist religiöser Toleranz um sich greife, allein er warnt die Versammlung recht eindringlich davor

(¹) S. Anhang S. 69.

die römische Kirche für tolerant zu halten. Dieser Kirche, so erklärt er, sei das *Wort* Toleranz eine Sünde, ein Unsinn. Ich könnte erwidern, dass Unsinn nicht Sünde ist und an und für sich ein Wort eben so wenig, — aber ich will es mir nicht zu Nutzen machen, dass der geehrte Redner in der Wahl seiner Ausdrücke nicht immer glücklich ist, was ihm auch von dem Herrn Berichterstatter nachgewiesen wurde; ⁽¹⁾ ich halte mich nur an seinem Grundgedanken, in so weit es möglich war denselben zu erkennen. Tolerant gegen die fremde Lehre darf die Kirche freilich nicht sein; tolerant gegen die Personen, gegen die menschliche Schwäche ist sie immer. Gegen die fremde Lehre tolerant sein, hiesse so viel als die eigne nicht für wahr halten; diese Art von Toleranz kannten auch die Stifter des Protestantismus nicht, denn wenn sie die katholische Doctrin nicht ausdrücklich für irrig erklärt hätten, würde ihre Trennung von derselben ja nicht zu rechtfertigen gewesen sein. *De facto* ist auch heute keine Lehre, kein philosophisches System tolerant gegen das andere, weil es keinen Grund zu sein hätte, sobald es nicht auf die eigne Wahrheit bestünde. Nur jenen Aussätzigen aller Confessionen, welche sich im Schlamme des modernen Indifferentismus wälzen, nur denen war es vorbehalten dem Grundsatz zu huldigen: jede Confession hat Recht, oder alle haben Unrecht. Die Kirche muss also die

(1) S. Anhang S. 64.

Irrlehre verwerfen; den Anhängern der Irrlehre begegnet sie mit Liebe und Nachsicht, sie macht sie nicht verantwortlich für unverschuldete Nichterkenntniss der Wahrheit.

Besonderen Dank aber, m. H., schulden wir Alle dem geehrten Abgeordneten von Heiligenstedten für die gründliche Belehrung, welche er uns *ex cathedra* über das Wesen der Macht meiner Kirche zu ertheilen die Güte hatte.⁽¹⁾ Nicht in den pecuniären Mitteln, nicht in der einheitlichen Organisation, nicht im prunkvollen Gottesdienste, auch natürlich nicht in der Wahrheit, wurzelt diese Macht, sondern — ich bitte diese hochwichtige Entdeckung wohl zu beachten — darin, dass sie für alle *bequemen* Geister *bequem* ist. *Risum teneatis, amici.* Diese Enthüllung verbreitet ein neues Licht über die theologischen Streitfragen zwischen Katholicismus und Protestantismus, eine Klarheit, von der die Theologen sich bisher Nichts haben träumen lassen und die Geschichtsforscher eben so wenig. Also, den Reformatoren war es zu bequem in der Kirche. Der Augustinermönch scheute die Bequemlichkeit seiner Gelübde, drum nahm er sich ein Weib und gestattete jenem Landgrafen von Hessen sogar zwei Weiber auf einmal zu nehmen und somit im 16. Jahrhundert einen Prototyp der heutigen *spiritual wifery* der Mormonen zu realisiren. Heinrich VIII. von England schied aus der Kirche, weil ihm der Papst die Unbequemlichkeit

(¹) S. Anhang S. 69.

nicht gestatten wollte, seine rechtmässige Gattin zu verstossen und ein Keksweib zu heirathen. So allgemein waren damals diese Ehen und Wiederverehelichungen, dass Erasmus von Rotterdam schrieb: „Auf solche Weise kreuzigen sie ihr Fleisch — die „protestantische Tragödie endet alle Mal, wie die „Comödie, mit einer Heirath!“ Nun, wir wollen einen Schleier über diese *Unbequemlichkeiten* ziehen. Was aber die Bequemlichkeiten der Katholiken anlangt, möchte ich dem geehrten Abgeordneten vorschlagen, einmal nur zwei Tage lang geistliche Exercitien zu machen und seine Sünden zu beichten, dann aber uns zu erzählen, ob er das Katholischsein noch für bequemer hält als protestantisch sein. Er würde alsdann auch vielleicht zum Bewusstsein gelangen, dass die katholische Lehre keineswegs die Seligkeit für die Annahme gewisser Glaubenssätze und die Beobachtung gewisser Gebräuche verbürgt, sondern im Gegentheil das Leben nach jenen Glaubenssätzen fordert. Der Herr Abgeordnete verwechselt hier offenbar, — er hat von der *sola fides* reden hören und meint, es sei ein Lehrsatz der katholischen Kirche. Oh, *si tacuisses!* So weit hat der geehrte Redner aus sich selbst gesprochen, dann aber citirt er eine Auctorität ⁽¹⁾ und diese Auctorität sagt, die Katholiken übernehmen fertig gemachte Meinungen aus dem Munde des Priesters, während es darauf ankomme, in dem Heiligthume des Ge-

(1) S. Anhang S. 69.

wissens mit schweren Sorgen und Kämpfen diese Meinungen sich zu erwerben. Ja, m. H., in dieser Beziehung haben wir Katholiken es freilich bequemer. Unsere Religion besteht nicht im sorgenvollen Suchen nach der Wahrheit, die Wahrheit hat Gott offenbart und der liebe Heiland gelehrt. Jesus Christus sagt: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben.“ Er selbst ist der Weg und diesen Weg hat Er uns gezeigt; wir sollen ihn nur einschlagen. Gewiss, wenn wir erst unser halbes Leben damit verbringen müssten, uns über das, was wahr ist, eine Privatmeinung zu bilden, welche uns vielleicht wenige Jahre darauf nicht mehr genüge, dann wären wir sehr zu beklagen; ich wüsste nicht, wozu Gott uns die Wahrheit geoffenbart hätte und wie man von uns verlangen könnte, dass wir glaubten und die Gebote befolgten. Wer noch fragt: *quid est veritas?* der ist noch nicht Christ und der hat, vor lauter inneren Zweifeln, nicht die Zeit, christlich zu leben. Arme Seele, die da noch sucht, während sie schon glauben und lieben sollte! Gott sei Dank, wir Katholiken glauben an Gottes Wort, wir bilden uns nicht neue individuelle *Meinungen*, wir haben hinreichende Beschäftigung, wenn wir der uns bekannten Wahrheit entsprechend an unserer Heiligung arbeiten und dazu die Gnadenmittel der Kirche benutzen. — Nach obigem Satze wären allerdings die Massen von der Kirche ausgeschlossen und die Religion wäre das Privilegium der Philosophen, denn sie bestände eben

nicht im Besitze und in der Befolgung der geoffenbarten Wahrheiten, sondern im Suchen darnach.

Würdig schliesst der geehrte Abgeordnete von Heiligenstedten seinen Vortrag mit dem *lapsus linguae*: „ich warne Sie also, auf der Hut zu sein.“⁽¹⁾

Bewogen durch die starre Unbeugsamkeit des von mir bereits erwähnten Ritters, welcher, in diesem Saale *rara avis*, der katholischen Kirche keinerlei Art von Freiheit zugestehen möchte, richtete unmittelbar vor mir der geehrte Abgeordnete für den 4ten städtischen Wahldistrict⁽²⁾ einige gut gemeinte Worte an die Versammlung und empfahl den Ausschussantrag zur Annahme. Sein versöhnlicher Sinn ist mir Bürge, dass er eine Berichtigung nicht übel auffassen wird. Ich meinerseits erkenne seine wohlwollende Absicht und verarge es ihm nicht, dass er von den tendenziösen Darstellungen der Tagespresse verleitet, die katholischen Christen in Ultramontane und Katholiken theilt. Aus der Vogelperspective von Rendsburg, vom protestantischen Norden aus, durch das Fernrohr der liberalen Zeitungen und Zeitschriften betrachtet, mag die katholische Welt sich wohl eigenthümlich ausnehmen und es fehlen dem Beobachter häufig die nöthigen Mittel um irrige Anschauungen einer ernsten Prüfung zu unterziehen. Auf die Gefahr hin, dass der geehrte Vorredner denn doch

⁽¹⁾ S. Anhang S. 70. ⁽²⁾ S. Anhang S. 82.

die Macht meiner Kirche für höchst bedrohlich halte, muss ich ihm, der Wahrheit zu Liebe, mittheilen, dass die Scheidung in Katholiken und Ultramontane eine Fiction ist, in Wirklichkeit nicht besteht. Es würde hier zu weit führen, den Ursprung der Bezeichnung *ultramontan* zu erörtern. Die Herren werden es mir schon glauben können, wenn ich Sie versichere, dass ein Theil der den sogenannten Ultramontanen untergeschobenen Eigenschaften und Tendenzen gar nicht vorhanden, der andere Theil aber allen denkenden Katholiken gemeinsam ist. Die Revolution feindet die kirchlich Gesinnten unter uns an und sucht sie unter dem Namen Ultramontane zu verdächtigen, um die laueren Katholiken in das eigne Lager zu ziehen; ultramontan im Sinne der Gegner, ist die ganze katholische Kirche und jeder fromme, gläubige Christ. So wird es auch bleiben, welche politische Umgestaltungen auch Italien und Deutschland ⁽¹⁾ noch erleiden mögen.

An den Schluss meiner Entgegnung gelangt, vernehme ich deutlich wie Manche unter Ihnen, m. H., sich zuflüstern: „*das ist eine harte Rede!*“ „und wozu dies Alles? bildet etwa jener Katholik sich ein, unsere Ueberzeugung erschüttern zu können?“ Nein, m. H., eine solche Wirkung er-

(1) S. Anhang S. 83.

warte ich von meiner Rede nicht. Wenn ich trotzdem keinen Anstand genommen habe, meine Stimme zur Polemik wider eine *res judicata* zu erheben, so leiteten mich drei Gründe:

einmal gebührte den vielen, zum Theil masslosen, stets ungerechtfertigten Anfeindungen meiner Kirche eine Widerlegung, es gebührte den Injurien eine Abfertigung;

sodann liegt es im Interesse der Wahrheit Ihrem Beschlusse den Heiligenschein der unbedingten Toleranz zu entwinden womit Sie beflissen waren ihn zu umgeben und

endlich drittens habe ich Sie für die Folgen Ihrer Schmähungen der katholischen Kirche verantwortlich zu machen. Solche Reden, solche Massregeln wie der gegen einen geistlichen Orden geschleuderte Bannstrahl, sie erregen Hass und Mißtrauen gegen die katholische Kirche, sie verletzen, sie kränken auf das Tiefste die Katholiken, sie *stören den confessionellen Frieden*. Ja, m. H., hier, in diesen Räumen, ist der confessionelle Friede gestört worden, hier sind beleidigende Worte gefallen, hier ist zum Kampfe aufgereizt worden. Es ist gut davon Act zu nehmen, dass nicht Katholiken, nicht Jesuiten es gewesen sind, welche das friedliche Nebeneinanderleben der Confessionen gefährdet haben, sondern die Vertreter des Landes und der Landeskirche in Itzehoe.

Nicht Allen unter Ihnen mache ich diesen Vor-

wurf. Fern sei es von mir diejenigen welche schwiegen zu Mitschuldigen derer zu machen, die so heftig redeten. Fern von mir auch die Ungerechtigkeit und Undankbarkeit gegen jene Herren, welche sich für die katholische Kirche wohlwollender geäussert haben. Ich erfülle im Gegentheil ein wahres Bedürfniss meines Herzens, indem ich dem geehrten Abgeordneten der Ritterschaft von Farve ⁽¹⁾, meine aufrichtige Hochachtung bezeuge, dem Herrn Vertreter der grösseren Gutsbesitzer von Jersbeck ⁽²⁾ in vielen Punkten beistimme und dem Herrn Berichterstatter des Ausschusses für die würdige, massvolle Behandlung seines Gegenstandes, sowie auch dem Herrn Abgeordneten der Geistlichkeit aus Itzehoe ⁽³⁾ meinen Dank sage. Allerdings steht der Herr Berichterstatter auf einem von dem meinigen sehr verschiedenen Boden und ich bezweifle dass er die Geschichte des Jesuitenordens ⁽⁴⁾ an zuverlässigen Quellen studirt hat, allein seine Sprache war nirgend eine schroffe, und seiner protestantischen Ueberzeugung scheint keinerlei Herbheit oder Gehässigkeit in Bezug auf Andersgläubende anzukleben.

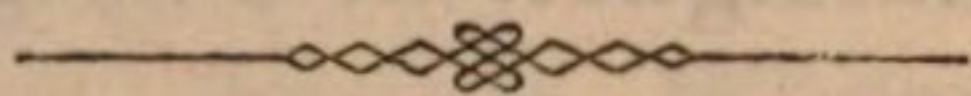
Im Uebrigen denke ich, m. H., dass Sie auch mir das Zeugniss nicht versagen werden, wenn ich selbst nicht alle Ausbrüche meines Unmuthes zurückgehalten habe, dass es aus dem Walde noch ungleich milder herausschallte als hineingerufen ward.

⁽¹⁾ S. Anhang S. 80. ⁽²⁾ S. Anhang S. 81 & 82.

⁽³⁾ S. Anhang S. 76 & 77. ⁽⁴⁾ S. Anhang S. 79.

In camera caritatis möchte ich endlich den hier anwesenden Herren Predigern zu bedenken geben, dass, wenn sie die katholische Kirche so rücksichtslos angreifen, wie hier geschehen, und den Einfluss derselben zu paralysiren suchen, nicht etwa die lutherische Confession damit gewinnt, sondern jener heut zu Tage immer mächtiger, immer selbstbewusster hervortretende Unglaube, der sich Humanitätsglaube betitelt und sein Ideal in der Confessionslosigkeit erblickt. Das, m. H. ist der gemeinsame Feind aller gläubigen Christen, gegen ihn — nicht gegen die katholische Kirche — sollten sie ihren Unwillen kehren.

Ich schliesse mit dem aufrichtigen Wunsche, dass es der Landeskirche in möglichst kurzer Frist gelingen möge, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Verfassung und völlige Unabhängigkeit von der Staatsgewalt zu erlangen.



Anhang.

Die erste Aufgabe der Verwaltung ist es, die
 Ordnung und Sicherheit des Landes zu erhalten,
 die Freiheit des Bürgers zu schützen und die
 Gerechtigkeit zu fördern. Die Verwaltung ist
 verpflichtet, die Interessen des Volkes zu
 vertreten und die Gesetze zu vollziehen.
 Die Verwaltung ist die Seele des Staates.
 Sie ist diejenige, die das Leben des
 Landes regiert und die Verantwortung für
 das Wohlbefinden der Bürger trägt.

A n b a n g

Die Verwaltung ist diejenige, die das Leben des
 Landes regiert und die Verantwortung für
 das Wohlbefinden der Bürger trägt. Sie ist
 verpflichtet, die Interessen des Volkes zu
 vertreten und die Gesetze zu vollziehen.
 Die Verwaltung ist die Seele des Staates.

Die Verwaltung ist diejenige, die das Leben des
 Landes regiert und die Verantwortung für
 das Wohlbefinden der Bürger trägt. Sie ist
 verpflichtet, die Interessen des Volkes zu
 vertreten und die Gesetze zu vollziehen.

Die Verwaltung ist diejenige, die das Leben des
 Landes regiert und die Verantwortung für
 das Wohlbefinden der Bürger trägt. Sie ist
 verpflichtet, die Interessen des Volkes zu
 vertreten und die Gesetze zu vollziehen.
 Die Verwaltung ist die Seele des Staates.
 Sie ist diejenige, die das Leben des
 Landes regiert und die Verantwortung für
 das Wohlbefinden der Bürger trägt.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die Religionsübung und Gemeindeverhältnisse der von der Landeskirche sich getrennt haltenden christlichen Glaubensgenossenschaften im Herzogthum Holstein.

§ 1.

Allen nicht zur evangelisch-lutherischen Kirche gehörigen Beken-
nern der christlichen Religion ist die gemeinsame öffentliche Religions-
übung an denjenigen Orten gestattet, wo sie mit Genehmigung der
Regierung zu einer kirchlichen Gemeinde zusammengetreten sind.

§ 2.

Die Genehmigung der Regierung zur Bildung einer Gemeinde
ist zu ertheilen, sobald die Mittel zur Gründung und Erhaltung der
zur Religionsübung erforderlichen Einrichtungen als vorhanden nach-
gewiesen werden. Für die Ertheilung und Aufrechterhaltung dieser
Genehmigung bildet es eine Voraussetzung, dass in der Genossenschaft
Nichts vorgenommen oder gelehrt wird, was der Sittlichkeit oder der
öffentlichen Ordnung zuwiderläuft.

Diejenigen, welche nicht an Orten wohnen, wo eine Gemeinde
ihrer Confession besteht, können sich in die nächstbelegene Gemeinde
ihres Bekenntnisses aufnehmen lassen. Jeder wird so lange als An-
gehöriger der Landeskirche betrachtet, bis er seine Aufnahme in eine
autorisirte Gemeinde seines Glaubensbekenntnisses nachgewiesen hat.

Wer solchermassen einer autorisirten religiösen Gemeinde ausserhalb der Landeskirche angehört, ist von persönlichen Beiträgen und Leistungen für das Landeskirchenwesen befreit, während die auf dem Grundbesitz haftenden Lasten zum Besten der Landeskirche auch von den aus der Letzteren Ausgeschiedenen abgehalten werden müssen. Dagegen kann er an den Grundbesitz geknüpfte Rechte und Functionen mit Beziehung auf die Landeskirche, welche durch die kirchliche Gemeindemitgliedschaft bedingt sind, nicht ausüben. Zu diesen Rechten gehören indessen Kirchen- und Schulpatronatsrechte an und für sich nicht.

§ 3.

Zur Erbauung neuer Kirchen ist die Allerhöchste Erlaubniss erforderlich. Beschränkungen in Betreff der Ausstattung der kirchlichen Gebäude mit Thürmen oder Glocken sollen künftig bei Gestattung solcher Bauten nicht vorgeschrieben werden, gleichwie solche Beschränkungen, wo dieselben bisher bestehen, von jetzt an wegfallen.

§ 4.

Oeffentliche religiöse Handlungen dürfen nur in solchen Gebäuden oder an solchen Plätzen vorgenommen werden, welche für die Abhaltung derselben mit Genehmigung der Regierung bestimmt sind.

§ 5.

Geistliche solcher Religionsgesellschaften aller Rangstufen und Classen, oder wer sonst nach dem Ritus der betreffenden Secte zur Administration der Sacra und zur Vornahme anderer geistlicher Amtsverrichtungen eingesetzt ist, dürfen Amtshandlungen in Beziehung auf holsteinische Staatsangehörige nur dann vornehmen, und im Herzogthum Holstein nur dann öffentlich fungiren, wenn ihnen hierzu vorgängig eine Allerhöchste Erlaubniss ertheilt ist. Dieselbe ist an die Bedingung zu knüpfen, dass die Geistlichen etc. die Landesgesetze genau befolgen. Insbesondere dürfen sie bei Strafe der Entziehung dieser Erlaubniss keine kirchlichen Anordnungen bekannt machen, oder zulassen, dass Solches geschehe, bevor dazu, insofern es sich um Erlasse der Kirchengewalt handelt, welche sich nicht ausschliesslich auf Lehre und Cultus beziehen, sondern zugleich, wenn auch nur mittelbar, in staatliche und bürgerliche Verhältnisse eingreifen, die regierungsseitige Genehmigung ertheilt ist, oder, insofern es sich um rein geistliche Verfügungen handelt, bevor dieselben der Regierung zur Einsicht vorgelegt sind. Auch die bereits fungirenden Geistlichen etc. haben, insoweit Solches noch nicht geschehen ist, diese Allerhöchste Erlaubniss nachträglich zu impetriren. Nur die von einem solchermassen autorisirten Geistlichen etc. vorgenommenen Taufen, Confirmationen, Aufgebote und Trauungen haben dem Staate gegenüber Gültigkeit.

§ 6.

Eheschliessungen zwischen fremden Glaubensgenossen sind, wenn beide Brautleute derselben Religionspartei angehören, durch die mit Allerhöchster Erlaubniss fungirenden Geistlichen etc. ihrer Confession, wenn sie verschiedenen Religionsgesellschaften angehören, von einem autorisirten Geistlichen der einen dieser beiden Confessionen zu vollziehen. Die Entscheidung über die Wahl des Geistlichen steht in diesem Fall der Uebereinkunft der Brautleute zu. Dabei sind hinsichtlich des Aufgebots, der Beseitigung der Ehehindernisse s. w. d. a. die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zu beobachten. Diese Bestimmungen sollen auch für die Trauung solcher Brautpaare gelten, von denen der eine Theil der evangelisch-lutherischen Kirche, der andere Theil einer anderen christlichen Religionspartei angehört. Dispensationen oder Concessionen sind bei solchen Eheschliessungen in Zukunft mit Rücksicht auf die Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses nicht mehr erforderlich.

§ 7.

Diejenigen, welche ihrem Glaubensbekenntnisse nach die Kindertaufe verwerfen, sollen der Verpflichtung ihre neugeborenen Kinder taufen zu lassen, enthoben sein. In gemischten Ehen hat in dieser Beziehung der Vater die Bestimmung zu treffen.

§ 8.

In denjenigen Gemeinden, bei welchen eine Confirmationshandlung nach Maassgabe ihrer kirchlichen Satzungen nicht stattfindet, tritt an die Stelle derselben eine Prüfung der aus der Schule zu entlassenden Kinder (§ 11) vor der Schulinspektion (§ 9), über welche von der Letzteren eine Bescheinigung zu ertheilen ist, die in allen bürgerlichen Verhältnissen an die Stelle des Confirmationsscheins treten soll.

§ 9.

Jede autorisirte Gemeinde ist befugt, innerhalb ihres Gemeindebezirks besondere Schulen einzurichten, wenn sie die Mittel zur Aufbringung der Lehrergehalte und der übrigen Bedürfnisse der Schule nachzuweisen vermag. Die Mitglieder einer solchen Schulcommüne sind von der Abhaltung persönlicher Schullasten für andre öffentliche Ortsschulen befreit, haben aber auch nur innerhalb ihrer eigenen Schulcommüne Rechte auszuüben.

Die Schulen stehen unter der Aufsicht des Staates. Gleichfalls findet die allgemeine Schulgesetzgebung auf dieselben Anwendung, mit denjenigen Modificationen, welche die abweichenden Einrichtungen der betreffenden Religionsgemeinschaft erfordern, und unter vollständiger Wahrung des concessionellen Charakters der einzelnen Schulen.

Die Einrichtung der Schulen ist von der Regierung durch Special-regulative zu ordnen, in welchen über Anstellung der Lehrer, Lehrplan, Schulinspection s. w. d. a. das Nähere festzusetzen ist.

§ 10.

In eine solche Schule dürfen nur Kinder aufgenommen werden, deren Eltern zu dem Glauben sich bekennen, welcher in der betreffenden Schule gelehrt wird. Gehören die Eltern zu verschiedenen Religionsparteien, so kommt es auf den Willen des Vaters an, in welcher Confession die Kinder zu erziehen sind, und die Schule welcher Confession dieselben mithin zu besuchen haben. Ist der Vater gestorben, ohne seinen Willen in der fraglichen Hinsicht erklärt zu haben, oder ist er unfähig geworden, seinen Willen zu erklären, ohne dass seine Absichten in dieser Beziehung nachzuweisen sind, so entscheidet zunächst der Wille der Mutter. Wenn auch dieser nicht constatirt werden kann, so sind die Kinder in der Religion des Vaters zu erziehen. Diese Bestimmungen kommen auch auf Kinder aus solchen gemischten Ehen, in denen der eine Theil sich zur evangelisch-lutherischen Religion bekennt, zur Anwendung, und wird die hiemit in Widerspruch stehende Vorschrift, wonach bei Heirathen zwischen Personen evangelisch-lutherischer und römisch-katholischer Religion die angehenden Eheleute sich verbindlich machen sollen, dass sie ihre Kinder beiderlei Geschlechts von einem evangelisch-lutherischen Prediger taufen und in der evangelisch-lutherischen Lehre auferziehen lassen wollen, hiemit aufgehoben.

§ 11.

An denjenigen Orten, wo selbstständige Confessionsschulen (§ 9) vorhanden sind, sind zu derselben die der betreffenden Gemeinde angehörigen Kinder von ihrem vollendeten 6ten Jahre an, die Knaben bis zum vollendeten 15ten, die Mädchen bis zum vollendeten 14ten Lebensjahre schulpflichtig, es sei denn, dass die regierungsseitige Erlaubniss zum Austritt aus der Schule in einem früheren Alter beigebracht werde.

An denjenigen Orten, wo keine solche Schulen bestehen, sind die fremden Religionsverwandten nach Maassgabe der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen gehalten, ihre Kinder während der schulpflichtigen Jahre (s. oben) die öffentliche Ortsschule besuchen zu lassen. An dem Religionsunterricht nehmen diese Kinder daselbst jedoch nur dann Theil, wenn Solches von dem, welcher über ihre Erziehung zu bestimmen hat, gewünscht wird; ist dies nicht der Fall, so ist anderweitig für den Unterricht derselben in der Religion zu sorgen, und nachzuweisen, dass dies in einer ausreichenden Weise geschieht.

§ 12.

Für jeden Ort oder District, woselbst sich fremde, einer autorisirten Gemeinde angehörige Glaubensgenossen aufhalten, sind zwei

gleichlautende Protocolle von dem Geistlichen, Gemeindevorsteher oder einem regierungsseitig damit zu beauftragenden Beamten zu führen, in welchen die Geborenen, Gestorbenen, Confirmirten oder aus der Schule Ausgetretenen (§ 8) und Verehelichten nach Namen und Datum zu verzeichnen sind. Damit diese Protocolle vollständig und genau geführt werden können, sind die Geburten und Todesfälle von den Eltern, überlebenden Ehegatten oder sonstigen nächsten Angehörigen, die Verehelichungen von dem die Trauung vollziehenden Geistlichen u. s. w. bei Vermeidung einer Geldbusse von 2 — 50 Rth. innerhalb 24 Stunden denen, welche die Protocolle führen, anzuzeigen. Ueber Einrichtung, Führung und Aufbewahrung dieser Protocolle hat die Regierung das Nähere anzuordnen.

§ 13.

Die Verwaltung der ökonomischen Angelegenheiten der autorisirten Gemeinden fremder Glaubensgenossen wird von der Regierung durch Regulative geregelt. Die Oberaufsicht des Staats ist dabei vorzubehalten.

§ 14.

Alle früheren mit den Vorschriften dieses Gesetzes in Widerspruch stehenden allgemeinen und besonderen Bestimmungen werden hierdurch aufgehoben.

Motive zu vorstehendem Entwurfe.

Von den nicht zur evangelisch-lutherischen Kirche gehörigen Bekennern der christlichen Religion haben die Reformirten in dem Herzogthum Holstein durch die Königlichen Privilegien vom 25. Janr. 1734 eine ziemlich unbeschränkte Freiheit in der Religionsübung und Gemeindebildung erhalten. Die andere grosse christliche Religionspartei, die der Katholiken, dagegen ist in dieser Beziehung wesentlichen Beschränkungen unterworfen gewesen. In Folge der Reformation wurden bekanntlich, wie in den übrigen rein protestantischen Ländern, so auch im Herzogthum Holstein die früheren katholischen Kirchen, Klöster etc. als solche aufgehoben, und der öffentliche katholische Gottesdienst eingestellt. Im sogenannten annus discretionis (1624) fanden sich daher hier im Lande auch keine katholischen Kirchen und Gemeinden mehr vor, und die Katholiken konnten mithin auf freie Religionsübung keinen rechtlichen Anspruch machen. Für einzelne Ortschaften: Altona, Glückstadt, Rendsburg, Wandsbeck, wurde demnächst den Katholiken die Niederlassung und die Religionsübung gestattet; dagegen enthält der Synodalbeschluss vom ^{6ten April} 1726 ^{5ten Juli} noch die Bestimmung, dass die Magistrate in den Städten, mit Ausnahme von Altona, Glückstadt und Rendsburg, Katholiken nicht ohne Vorfrage aufnehmen und als solche dulden sollten, und wenn diese Vorschrift auch unterm 20. October 1818 aufgehoben ist, wie denn ja auch dem § 16 der Bundesacte gegenüber diese Beschränkung nicht hätte aufrechterhalten werden können, so sind doch die Beschränkungen in der öffentlichen Religionsübung, soweit die speciellen Concessionen nicht Ausnahmen zulassen, bestehen geblieben.

In Wandsbeck und in Rendsburg haben sich, wenigstens seit längerer Zeit katholische Geistliche nicht aufgehalten. Katholische Gemeinden bestehen daher gegenwärtig nur in Altona, Glückstadt und Kiel, woselbst mittelst Allerhöchsten Rescripts vom 25. Juli 1800 dem einen der beiden Glückstädtischen katholischen Geistlichen Wohnsitz zu nehmen und den öffentlichen Gottesdienst zu besorgen, gestattet wurde, eine Einrichtung, die freilich erst über 40 Jahre später zur Ausführung kam. Endlich ist durch Allerhöchste Resolution vom 14. Decbr. v. J. dem in Kiel fungirenden katholischen Geistlichen gestattet, in

dem Flecken Neumünster in einem Privathause für die dortigen Katholiken katholischen Gottesdienst abzuhalten, sowie daselbst Copulationen katholischer Brautpaare und Taufen von Kindern katholischer Eltern vorzunehmen. Im Uebrigen ist noch die Bestimmung des Synodalbeschlusses vom ^{6ten April}_{5ten Juli} 1726 zu erwähnen, dass die Katholiken an Orten, wo ihnen nicht die Religionsübung speciell verstattet ist, ihre Geistlichen nur in Fällen schwerer Krankheit zu sich auf ihre Höfe und in ihre Häuser kommen lassen dürfen, für den Grossfürstlichen Antheil ist später durch Rescript des Glückstädter Oberconsistoriums vom 10. November 1779 eine entsprechende Bestimmung getroffen worden.

Nur in einem kleinen Theile des Herzogthums Holstein ist daher den Katholiken die öffentliche Religionsübung verstattet, und selbst an den concessionirten Orten ist sie Beschränkungen unterworfen, wie denn z. B. nicht verstattet ist, die katholischen Kirchengebäude mit Thürmen oder Glocken zu versehen, und dergleichen.

Eingreifend für die Stellung der Katholiken ist aber namentlich auch die Verordnung vom 10. Januar 1757, welche für Heirathen zwischen Evangelisch-Lutherischen und Römisch-Katholischen die Impetrirung einer Concession und die Trauung durch einen evangelisch-lutherischen Prediger vorschreibt, und nach welcher die Copulation nur dann vollzogen werden soll, wenn die Brautleute sich vor der Copulation verbindlich machen, ihre Kinder beiderlei Geschlechts von einem evangelisch-lutherischen Prediger taufen, und sie in der evangelisch-lutherischen Lehre erziehen zu lassen. Diese Verordnung ist auf die vormals gemeinschaftlichen Holsteinischen und Grossfürstlichen Districte ausgedehnt. Durch Allerhöchste Resolution sind freilich schon seit längerer Zeit Dispensationen von dieser Verordnung in denjenigen Fällen ertheilt, in welchen die Eheleute nach glaubhaften Angaben ihr Domicil in katholischen Ländern zu nehmen beabsichtigten. Bei Eheleuten, welche in hiesigen Landen ihren Wohnsitz nehmen wollten, ist die gedachte Verordnung indess regelmässig zur Anwendung gekommen, und nur in neuester Zeit ist auch in diesen Fällen mit Allerhöchster Genehmigung von einer vollständigen Durchführung der Bestimmungen derselben den Umständen nach abgesehen.

Wie die angeschlossene statistische Uebersicht ergiebt, bilden die Reformirten und Katholiken den bei weitem grössten Theil der fremden Religionsverwandten. Ihnen zunächst kommen die Baptisten, welche erst in neuerer Zeit sich etwas mehr ausgebreitet haben. Bei der Ungewissheit der Stellung derselben zur evangelisch-lutherischen Kirche haben die Holsteinischen Geistlichen nicht immer dieselbe Richtung in ihrem Verhalten zu dieser Partei eingenommen. Während die einen sie als ausgeschiedene Secte betrachten, haben andere die Baptisten als fortdauernd zu ihrer Gemeinde gehörig behandelt, und glauben einer Ausscheidung derselben sich entgegenstellen zu müssen. Da die

Baptisten einerseits aus ihrer Opposition gegen die evangelisch-lutherische Kirche und deren Geistlichen kein Hehl machen, andererseits die Geistlichen der Landeskirche sich der Vollziehung von Amtshandlungen für Baptisten, wenn dieselben von ihnen verlangt werden, regelmässig nicht werden entziehen können, so lange jene formell und vom Standpunkt der Gesetze aus als Mitglieder der Landeskirche betrachtet werden müssen, so sind verschiedentlich Unzuträglichkeiten entstanden, welche Anträge auf eine gesetzliche Normirung der Stellung der Baptisten gerade auch von evangelisch-lutherischen Geistlichen hervorgerufen haben. Diese Anträge verdienen um so grössere Beachtung, als für das Herzogthum Schleswig durch die Verordnung vom 24sten April 1860 nähere Bestimmungen getroffen sind, welche ihnen namentlich gemeinsame öffentliche Religionsübung einräumen und sie der Verpflichtung zur Kindertaufe entheben.

Die Zahl der übrigen christlichen Religionsbekenner, welche nicht zur evangelisch-lutherischen Kirche gehören, ist unbedeutend; speciell zu erwähnen wären etwa nur noch die Mennoniten, welchen ebenfalls durch das Mandat vom 5ten April 1741 die Erwirkung einer Allerhöchsten Dispensation für die Eingehung von Ehen mit Lutheranern vorgeschrieben ist,

Wenn die im Vorstehenden berührten gesetzlichen Bestimmungen wider die fremden Glaubensgenossen für ihre Zeit als gemässigte gelten konnten, und die Behörden von jeher die schärferen Bestimmungen im Einzelnen in toleranter Weise handhabten, so lässt es sich doch schwerlich verkennen, dass der Stand der Gesetzgebung, namentlich was die Katholiken anlangt, den Anforderungen der Gegenwart nicht mehr entspricht. Freilich ist die Zahl der Katholiken, namentlich mit Ausnahme derjenigen Orte, wo ihnen in allem Wesentlichen öffentliche Religionsübung eingeräumt ist, verhältnissmässig keine beträchtliche. So wenig dieses Zahlenverhältniss aber überhaupt gegen die Anbahnung einer Reform, welche im Princip als richtig erkannt wurde, einen entscheidenden Grund an die Hand geben dürfte, so entschiedene Berücksichtigung verdient der Umstand, dass die Katholiken im Herzogthum Holstein schon seit längerer Zeit die ihrer Confession auferlegten Beschränkungen als drückende empfunden, und wiederholt, ja, in neuerer Zeit andauernd um Gewährung grösserer Freiheit bei der Regierung sich bemüht haben. Andererseits ist auch die gesetzliche Stellung der Protestanten in katholischen Ländern, in welcher Beziehung insbesondere auf Oesterreich hinzuweisen ist, neuerdings eine so viel freiere geworden, dass die Reciprocitätsrücksichten, welche früher häufig für die Aufrechthaltung der die Katholiken im Herzogthum Holstein beschränkenden Bestimmungen geltend gemacht worden, auch eine Reform der diesseitigen Gesetzgebung angemessen erscheinen lässt. Freilich sind Stimmen laut geworden, welche zwar principiell sich für Gewährung grösserer Freiheit an die fremden Religionsver-

wandten aussprechen, vorerst aber, oder gleichzeitig, eine Reform der Verfassung der Landeskirche durchgeführt wissen wollen, damit dieselbe bei einer lebensvolleren Gestaltung der, wie sie sagen, aggressiven katholischen Kirche einen kräftigeren Widerstand entgegen zu setzen befähigt sei. Die in dieser Hinsicht gehegten Befürchtungen dürften indess bei der geringen Zahl der fremden Religionsverwandten, wie bei dem Character und der intellectuellen Entwicklung der Bewohner des Herzogthums Holstein, wenigstens nicht von einem solchen Belange sein, dass sie die Hinausschiebung der in Rede stehenden Reform bis zu einer die eingehendsten Verhandlungen erfordernden anderweitigen Organisation der Landeskirche und der landeskirchlichen Gemeinden, ausreichend motiviren möchten. Es dürfte daher schon jetzt an der Zeit sein, mit der Herbeiführung einer freieren Stellung, insbesondere der Katholiken vorzugehen, und da hiebei principielle Gründe leitend sind, so hat eine Ausdehnung der Reform auf alle nicht zur evangelisch-lutherischen Confession gehörigen Bekenner der christlichen Religion ins Auge gefasst werden müssen.

Die berührten Beschränkungen betreffen wesentlich die öffentliche Religionsübung und die Abschliessung der gemischten Ehen. In der ersten Beziehung beschränkt der Entwurf sich darauf, die Bildung von Gemeinden unter einer gewissen Controle frei zu geben und den Gemeinden die freie öffentliche Religionsübung zu gestatten. Bei dieser Begrenzung der zu gewährenden Freiheit dürfte dem wirklichen Bedürfniss abgeholfen werden. Der Verschiedenartigkeit der Confessionen, welche das Gesetz befassen will, gegenüber, können nur sehr allgemeine Vorschriften über die Bildung der Gemeinden sowie über die Organisation derselben gegeben werden, und müssen sich dieselben im Wesentlichen auf solche Punkte beschränken, welche mit Rücksicht auf dabei in Betracht kommende staatliche Interessen eine Normirung erfordern. Es erscheint selbstverständlich, dass eine Prüfung des Bekenntnisses der jetzigen oder künftig entstehenden Parteien im Allgemeinen durchaus nicht Sache der Regierung ist; andererseits hat der Staat die Sittlichkeit und öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, und die Regierung wird daher in dieser Hinsicht einer gesetzlichen Stütze zu einem Einschreiten nicht entbehren können.

Mit einer Reform, welche die verschiedenen im Lande befindlichen christlichen Religionsparteien den Bekennern der evangelisch-lutherischen Religion gleichzustellen beabsichtigt, scheint es ferner nicht vereinbar, diejenigen Beschränkungen aufrecht zu erhalten, welche hinsichtlich der Eingehung und Vollziehung von Ehebindnissen zwischen Personen, von denen die eine der evangelisch-lutherischen, die andere einer andern christlichen Religionspartei angehört, sowie hinsichtlich der Frage, in welcher Religion die Kinder aus einer solchen Ehe zu erziehen sind, zu Gunsten der Landeskirche bestehen. Vielmehr dürfte es lediglich consequent sein, bei Eingehung gemischter

Ehen es der Entscheidung des Brautpaares zu überlassen, ob sie einem Geistlichen der einen oder der andern Confession die Copulation übertragen wollen. Gleichfalls muss die Regierung sowohl aus allgemeinen Gründen, wie mit Rücksicht auf die Bedenken, welche einem Eingreifen in das Familienleben rücksichtlich der Kindererziehung entgegenstehen, es für richtig erachten, dass die Bestimmung, in welcher Confession die Kinder zu erziehen sind, zunächst vermöge des von ihm auszuübenden elterlichen Erziehungsrechts, dem Vater, und, wenn dieser weggefallen, event. der Mutter überlassen werde.

Im Einzelnen wird noch Folgendes bemerkt:

Zum § 2.

Die im Passus 2 enthaltene Vorschrift, dass ein Mitglied einer nicht zur Landeskirche gehörigen Gemeinde zur Abhaltung persönlicher Lasten für jene nicht pflichtig ist, hat bereits bisher verschiedentlich Anwendung gefunden. Eine ähnliche Bestimmung ist auch in den § 10 des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Verhältnisse der Juden, aufgenommen.

Die Ausübung des Kirchenpatronatsrechts ist den zur katholischen Confession gehörigen Gutsbesitzern bisher im Herzogthum Holstein zugestanden. Dagegen ist es einem Katholiken nicht als gestattet angesehen, Wahlrechte in der evangelischen Gemeinde auszuüben, auch wenn diese sonst an ein demselben gehöriges Grundstück geknüpft sind. Eine Ausdehnung dieser Grundsätze auf die übrigen christlichen Confessionsverwandten scheint consequent.

Zum § 5.

Die in dem dem Staate mit Beziehung auf die Kirche zustehenden Hoheitsrechte ihre rechtliche Begründung findenden Bestimmungen des Entwurfs sind bisher schon auf die an den katholischen Gemeinden im Herzogthum Holstein fungirenden Geistlichen zur Anwendung gebracht. Eine fühlbare Beschränkung dürfte in denselben nicht enthalten sein, da eine willkürliche Versagung der Bestätigung ausgeschlossen erscheint. Bei den in das Staatsleben übergreifenden Amtsbefugnissen der Geistlichen dürfte die Aufrechthaltung und beziehungsweise Ausdehnung dieser Vorschrift sich empfehlen, weil eine nähere Controle darüber, wer an einer einzelnen Gemeinde der befugte Geistliche ist, unerlässlich erscheint. Die dabei hinzugefügten, auch bisher bei der Bestätigung der katholischen Geistlichen schon üblichen Clauseln dürften sich aus den allgemein geltenden Grundsätzen über die Ausübung der Kirchengewalt rechtfertigen.

Zum § 7.

Die gesetzliche Aufhebung des ohnehin schwer in Ausführung zu bringenden Zwangs zur Kindertaufe, für diejenigen, welche sie ihrem Glaubensbekenntnisse nach verwerfen, dürfte bei einer Reform, welche sich die Beseitigung des Gewissensdruckes der Andersgläubigen zum Ziele setzt, als eine der ersten Aufgaben erscheinen und dürfte derselben um so weniger ein Bedenken entgegenstehen, als auch im Herzogthum Schleswig die Baptisten bereits durch Allerhöchste Resolution vom 16. März 1853, der Verpflichtung, ihre neugeborenen Kinder taufen zu lassen, enthoben sind.

Zum § 8.

Der landeskirchlichen Confirmationshandlung ist, da sie zugleich den Abschluss der Schuljahre bezeichnet und den Nachweis der erforderlichen Schulbildung der Kinder liefert, ausser der kirchlich-religiösen eine grosse Bedeutung für das bürgerliche Leben von der Gesetzgebung beigelegt, und ist die Beibringung des Confirmationsattestes in manichfachen Verhältnissen gesetzlich erforderlich. Es muss daher für diejenigen Glaubensgenossenschaften, welche einen eigentlichen Confirmationsact in dem Sinne dieser Handlung bei der lutherisch-evangelischen Kirche, und zu dem Zeitpunkt in dem Leben ihrer Mitglieder, in welchem dieselben in der Landeskirche stattfindet, nicht kennen, ein Ersatz gegeben werden, welcher die Forderungen der bürgerlichen Gesetzgebung in der fraglichen Beziehung zu erfüllen geeignet ist. Zu diesem Zwecke ist in ähnlicher Weise, wie in dem Entwurf, betreffend die Verhältnisse der Juden, eine Prüfung der Kinder, welche an das Ende ihrer schulpflichtigen Jahre gelangt sind, durch die Schulinspection in Vorschlag gebracht, dabei indessen von der Ablegung eines förmlichen Glaubensbekenntnisses abgesehen, weil der Staat nicht die Aufgabe haben kann, darauf zu achten, wie diejenigen seiner Unterthanen, welche der Landeskirche nicht angehören, im Einzelnen zu dem Bekenntniss ihrer Partei sich verhalten. Diese Prüfung und die darüber auszustellende Bescheinigung soll die Gewähr geben, dass der Betreffende hinreichenden Unterricht in der Religion genossen und genügende Schulkenntnisse sich angeeignet hat; es folgt hieraus, dass die Schulinspection unter denselben Bedingungen, unter welchen der landeskirchliche Geistliche berechtigt ist, Kinder von der Confirmation einstweilen zurückzuweisen, befugt und verpflichtet sein wird, die Prüfung und die Ausstellung der desfälligen Bescheinigung zeitweilig zu verweigern.

Zu den §§ 9—11.

Die Einrichtung besonderer Schulen wird den autorisirten Gemeinden nicht zu versagen sein, gleichwie auch der Entwurf des Gesetzes, betreffend die Verhältnisse der Juden, den letzteren eine

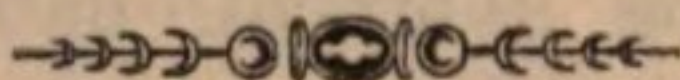
gleiche Befugniss einräumen will. Im Einzelnen sind die Grundsätze der allgemeinen Schulgesetzgebung, soweit nicht der besondere confessionelle Character einer Gemeinde entgegensteht, gewahrt worden.

Zum § 12.

Eine ähnliche Bestimmung ist auch in den Entwurf des Gesetzes, betreffend die Verhältnisse der Juden, aufgenommen. Nähere Bestimmungen über die Einrichtung, Führung und Aufbewahrung der angeordneten Protocolle dürften zweckmässiger von der Verwaltung, als durch eine gesetzliche Vorschrift, zu treffen sein.

Zum § 13.

Hinsichtlich der Verwaltung der ökonomischen Angelegenheiten der autorisirten Gemeinden dürfte allerdings die freie Bethätigung der letzteren thunlichst wenig zu beschränken sein. Eine Aufsicht der Staatsgewalt über die Gemeindeadministration, und somit auch ein gewisser Einfluss auf die Normen, nach welchen dieselben im Einzelnen bei einer Gemeinde vor sich gehen soll, dürfte indess vorzubehalten sein. Nähere Bestimmungen, nach welchen Grundsätzen die Verwaltung einzurichten sei, dürften sich bei der Verschiedenheit der Stellung der einzelnen Confessionen zur Gemeindeverwaltung nicht wohl generell treffen lassen.



Uebersicht

über

fremde Religionsverwandte

im Herzogthum Holstein,

den 1. Februar 1863.

	Reformirte, deutsch.			Reformirte, französisch.			Katholiken, römische.		
	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.
Städte:									
<i>Altona</i>	290	219	509	„	„	„	374	224	598
<i>Crempe</i>	„	„	„	„	„	„	5	„	5
<i>Glückstadt</i>	10	2	12	„	1	1	14	1	15
<i>Heiligenhafen</i>	1	1	2	„	„	„	1	„	1
<i>Itzehoe</i>	„	„	„	6	4	10	20	8	28
<i>Kiel</i>	31	14	45	4	5	9	106	58	164
<i>Lütjenburg</i>	„	„	„	„	„	„	2	„	2
<i>Neustadt</i>	1	„	1	„	„	„	8	2	10
<i>Oldenburg</i>	„	„	„	„	„	„	3	„	3
<i>Oldesloe</i>	5	1	6	„	„	„	19	7	26
<i>Ploen</i>	„	„	„	„	„	„	1	5	6
<i>Rendsburg</i>	17	6	23	„	„	„	21	6	27
<i>Segeberg</i>	2	3	5	„	„	„	10	1	11
<i>Wilster</i>	„	„	„	„	„	„	4	„	4
Summa . . .	357	246	603	10	10	20	588	312	900
Landdistricte:									
1) Flecken:									
<i>Ahrensboeck</i>	„	„	„	„	„	„	5	3	8
<i>Barmstedt</i>	„	„	„	„	„	„	1	„	1
<i>Blankenese mit Mühlenberg</i>	3	„	3	„	„	„	5	1	6
<i>Bramstedt</i>	1	„	1	„	„	„	2	1	3
<i>Elmshorn</i>	2	2	4	„	„	„	13	2	15
<i>Heide</i>	6	3	9	„	„	„	7	3	10
<i>Kellinghusen</i>	4	1	5	„	„	„	4	1	5
<i>Lunden</i>	1	„	1	„	„	„	8	7	15
<i>Meldorf</i>	1	„	1	„	„	„	3	„	3
<i>Neumünster</i>	9	3	12	„	„	„	31	13	44
<i>Pinneberg</i>	7	7	14	„	„	„	14	6	20
<i>Preetz</i>	„	1	1	„	„	„	6	4	10
<i>Reinfeld</i>	1	„	1	„	„	„	1	„	1
<i>Uetersen</i>	1	„	1	„	„	„	6	„	6
<i>Vormstegen und Klostersande</i>	„	„	„	„	„	„	2	„	2
<i>Wandsbeck</i>	15	19	34	„	1	1	30	16	46
<i>Wedel</i>	„	„	„	„	„	„	„	„	„
<i>Wesselburen</i>	1	1	2	„	„	„	1	„	1
Summa . . .	52	37	89	„	1	1	139	57	196

Katholiken, griechische.			Mennoniten.			Anglikaner.			Baptisten.			Mormonen.			Andere.		
Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.
„	„	„	35	59	94	17	24	41	26	25	51	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	1	1	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	1	„	1	„	„	„	„	„	„
1	„	1	„	1	1	„	„	„	2	„	2	„	„	„	5	4	9
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	2	1	3	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	7	2	9	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	2	„	2	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	1	„	1	„	„	„
„	„	„	3	3	6	„	„	„	„	„	„	„	„	„	1	„	1
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
1	„	1	38	63	101	17	24	41	40	29	69	1	„	1	6	4	10
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	1	„	1	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	1	2	3	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	17	2	19	30	24	54	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	2	„	2	5	„	5	„	„	„	„	„	„	1	„	1
„	„	„	„	„	„	„	„	„	1	1	2	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	2	1	3	„	„	„	1	„	1
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	1	1	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	3	3	6	22	2	24	34	26	60	„	„	„	2	„	2

	Reformirte, deutsch.			Reformirte, französisch.			Katholiken, römische.		
	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.
2) Aemter und Landschaften:									
<i>Amt Ahrensboeck</i>	„	„	„	„	„	„	1	„	1
— <i>Bordesholm</i>	1	„	1	„	„	„	„	„	„
— <i>Cismar</i>	„	„	„	„	„	„	2	„	2
— <i>Cronshagen</i>	4	„	4	„	„	„	„	„	„
— <i>Kiel</i>	3	6	9	„	„	„	5	5	10
— <i>Neumünster</i>	„	„	„	„	„	„	1	„	1
— <i>Ploen</i>	„	„	„	„	„	„	1	„	1
— <i>Reinbeck</i>	5	4	9	„	„	„	5	3	8
— <i>Reinfeld</i>	2	„	2	„	„	„	„	1	1
— <i>Rendsburg</i>	5	5	10	„	„	„	2	2	4
— <i>Rethwisch</i>	„	„	„	„	„	„	„	„	„
— <i>Segeberg</i>	„	„	„	„	„	„	„	„	„
— <i>Steinburg</i>	1	„	1	„	„	„	1	1	2
— <i>Traventhal</i>	„	„	„	„	„	„	1	„	1
— <i>Tremsbüttel</i>	„	„	„	„	„	„	1	„	1
— <i>Trittau</i>	1	„	1	„	„	„	5	2	7
<i>Herrschaft Pinneberg</i>	29	33	62	1	2	3	58	37	95
<i>Grafschaft Ranzau</i>	3	2	5	„	„	„	14	10	24
<i>Herrschaft Herzhorn</i>	„	„	„	„	„	„	„	„	„
<i>Landschaft Süderdithmarschen</i>	6	„	6	„	„	„	4	1	5
— <i>Norderdithmarschen</i>	14	4	18	„	„	„	5	3	8
<i>Köoge</i>	„	2	2	„	„	„	„	„	„
Summa	74	56	130	1	2	3	106	65	171
3) Adelige Districte:									
<i>Itzehoer adel. Güterdistrict</i>	10	12	22	„	1	1	16	11	27
<i>Preetzer</i> —	1	4	5	1	4	5	8	1	9
<i>Kieler</i> —	„	„	„	„	1	1	4	„	4
<i>Oldenburger adel.</i> —	5	2	7	„	„	„	9	7	16
<i>Grossherzogl. Oldenb. Fideicommissgüter</i>	„	1	1	„	„	„	„	„	„
<i>Kanzleigüter</i>	1	„	1	„	„	„	1	„	1
<i>Die lübeckischen Güter</i>	„	„	„	„	„	„	1	„	1
— <i>Stiftsdörfer</i>	„	„	„	„	„	„	„	„	„
<i>Das adelige Fräuleinstift Itzehoe</i>	„	„	„	„	„	„	1	„	1
— — <i>Preetz</i>	„	„	„	„	„	„	5	2	7
— — <i>Uetersen</i>	„	„	„	„	„	„	„	„	„
Summa	17	19	36	1	6	7	45	21	66
Zusammen für die Landdistricte	143	112	255	2	9	11	290	143	433
Totalsumme	500	358	858	12	19	31	878	455	1333

Katholiken, griechische.			Mennoniten.			Anglikaner.			Baptisten.			Mormonen.			Andere.		
Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.	Männl. Geschl.	Weibl. Geschl.	Zusammen.
„	„	„	„	„	„	„	„	„	1	1	2	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	1	1	2	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	3	4	7	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	3	3	6	„	„	„	„	„	„
„	1	1	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	1	„	1	„	„	„	„	„	„
3	„	3	„	„	„	„	„	„	1	2	3	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	1	„	1	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	2	„	2
„	„	„	7	13	20	11	3	14	3	2	5	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	5	5	10	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	7	5	12	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	2	„	2	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
3	1	4	7	13	20	15	7	22	24	19	43	„	„	„	2	„	2
„	„	„	„	„	„	2	1	3	12	14	26	„	„	„	„	„	„
„	„	„	8	„	8	„	„	„	1	1	2	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	1	1	„	„	„	„	„	„	1	„	1
„	„	„	„	„	„	1	5	6	7	12	19	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	3	3	6	„	„	„	„	„	„
„	„	„	4	6	10	„	„	„	29	24	53	„	„	„	„	„	„
1	„	1	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
1	„	1	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„	„
2	„	2	12	6	18	3	7	10	52	54	106	„	„	„	1	„	1
5	1	6	22	22	44	40	16	56	110	99	209	„	„	„	5	„	5
6	1	7	60	85	145	57	40	97	150	128	278	1	„	1	11	4	15

Ausschuss-Bericht

über

den Entwurf eines Gesetzes,

betreffend die Religionsübung und Gemeindeverhältnisse
der von der Landeskirche sich getrennt haltenden
christlichen Glaubensgenossenschaften im Herzogthum
Holstein,

sowie über

die Proposition des Abgeordneten für den 2. städtischen
Wahldistrict, Etatsrath Preusser:

die Ständeversammlung beschliesst, bei Sr. Majestät
dem König allerunterthänigst zu beantragen, dass ihr
der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt werde, durch
welches den Katholiken eine freiere Stellung gewährt
wird, als die bestehenden Gesetze es zulassen, dass
zugleich aber thunlichst bald eine aus Theologen und
Laien zusammengesetzte Commission bestellt werde
behufs Anbahnung einer synodalen und presbyterialen
Ordnung für unsere Landeskirche durch Aufstellung
eines desfälligen Verfassungsentwurfs.

Erstattet Itzehoe, den 14. März 1863.

Der zur Berichterstattung über die vorliegende Proposition erwählte Ausschuss ist von der Versammlung nachträglich auch mit der Prüfung und Begutachtung des von der Königl. Regierung später, nämlich erst in der 24. Sitzung dieser Diät, am 4. d. M., vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Religionsübung und Gemeindeverhältnisse der von der Landeskirche sich getrennt haltenden christlichen Glaubensgenossenschaften im Herzogthum Holstein, beauftragt. Durch die Vorlage dieses Gesetzentwurfes hat der erste Theil der Proposition, betreffend die Stellung der Katholiken, bereits seine Erledigung gefunden; unsere Aufgabe ist es daher, zunächst über diesen Gesetzentwurf und dann über den zweiten Theil der Proposition, betreffend die Anbahnung einer Ordnung der Verfassungsverhältnisse unserer Landeskirche, Bericht zu erstatten.

Wie sehr wir es auch im Interesse der fremden Religionsgemeinschaften mit Freude begrüsst haben, dass die Regierung noch während dieser Diät, wenn auch zu so später Stunde, dass die Kürze der uns noch zugemessenen Zeit die sorgfältige Prüfung sehr erschwert, der Versammlung den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt hat, welches den Katholiken sowohl, wie den andern christlichen, von der Landeskirche getrennten Glaubensgenossenschaften, die insbesondere von den Katholiken so oft erbetene und ihnen sicherlich gebührende freiere Stellung rücksichtlich ihrer Religionsübung gewährt, so können wir doch nicht verhehlen, dass es unserer Ansicht nach sehr zu beklagen ist, dass nicht gleichzeitig von der Königl. Regierung die dringend nothwendige Neuordnung der Verhältnisse unserer Landeskirche uns wenigstens in Aussicht gestellt ist. Wir können nicht umhin, es auszusprechen, dass es unserer Ansicht nach richtiger gewesen wäre, wenn die Königl. Regierung zuvörderst für die Organisation der Landeskirche Sorge getragen, diese von den Fesseln, mit welchen der Staat sie vielfach umschlingt, befreit und diejenigen Reformen ihrer Verfassung angebahnt hätte, welche ihr eine freiere Entwicklung ihres Lebens und eine nicht irgendwie gehemmte Entfaltung ihrer Kräfte zu gewähren und sichern geeignet wären. Andererseits aber müssen wir es anerkennen, dass eine Aufhebung derjenigen Beschränkungen, welche nach den bestehenden, aus einer längstvergangenen Zeit herstammenden Gesetzen noch immer auf den in unserm Lande vorhandenen, von der Landeskirche getrennten christlichen Glaubensgenossenschaften, namentlich den Katholiken, rücksichtlich ihrer Religionsübung lasten, sich nicht länger hinauschieben lässt. Wie diese Beschränkungen, denen die fremden Religionsgemeinschaften unterworfen sind, als bekannt vorausgesetzt werden können und rücksichtlich ihres Inhalts und Umfangs auf die desfälligen Ausführungen in den Motiven zum vorliegenden Gesetzentwurf Bezug genommen werden darf, so werden wir der Versammlung gegenüber nicht die Aufgabe haben, die Gründe ausführlich zu entwickeln, welche nach unserer Ueberzeugung es rechtfertigen und erheischen, den Mitgliedern der beiden grossen christlichen Religionsparteien, welche neben der lutherischen Kirche bestehen, den Reformirten und Katholiken, nicht minder wie den Mitgliedern anderer christlichen Glaubensgenossenschaften, so weit sie in unserm Lande in einer solchen Zahl vorhanden sind, dass ihr Bedürfniss, zur Bildung kirchlicher Gemeinden zusammenzutreten, anerkannt werden muss, die volle Freiheit der Religionsübung einzuräumen. Wir beschränken uns darauf, Folgendes hervorzuheben. Der den blutigen Religionskrieg des 17. Jahrhunderts abschliessende Westphälische Friede, welcher den drei Religionsparteien des Deutschen Reiches in politischer Beziehung vollständige Gleichberechtigung sicherte, anerkannte gleichzeitig das den Landesherren der einzelnen Territorien

als Ausfluss ihrer Landeshoheit zustehende *jus reformandi*, vermöge dessen es von ihrem Willen abhing, die Bekenner einer andern Confession in das Territorium zuzulassen, sowie das Maass der den Tolerirten zu gewährenden Religionsübung, abgesehen von der Hausandacht, zu bestimmen, so weit sie nicht im Jahre 1624 im Besitze der Religionsübung gewesen waren. Unser Land war schon im 16. Jahrhundert ein rein lutherisches, und da auch die Deutsche Bundesacte im 16. Artikel nur bestimmte, dass die Verschiedenheit der christlichen Religionspartei keinen Unterschied in dem Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte begründen könne, so können die Bekenner der anderen Confessionen unserer Staatsregierung gegenüber auf keine Bestimmung des gemeinen positiven Rechtes sich berufen, um freie Ausübung ihrer Religion zu verlangen. Aber weder der Geist christlicher Duldung lässt es zu, den Mitgliedern anderer christlichen Glaubensgenossenschaften jetzt, wo Jahrhunderte verflössen sind, seit der um die Anerkennung der evangelischen Kirche im Deutschen Reiche geführte Krieg durch Feststellung jener Bestimmungen sein Ende fand, die ihnen seitdem nicht gewährte freie Religionsübung noch länger zu versagen, oder letztere in einem Maasse zu beschränken, das den Bekennern der fremden Confessionen die volle Befriedigung ihres religiösen Bedürfnisses unmöglich macht, noch kann aus der den bestehenden nichtlutherischen christlichen Glaubensgenossenschaften zu gewährenden freien Religionsübung eine wirkliche Gefährdung für unsere Landeskirche erwachsen, am wenigsten wenn dieser eine Verfassung zu Theil geworden sein wird, welche ihr volle Selbstständigkeit auf dem Gebiete des kirchlichen Lebens gewährt. Unsere Kirche bedarf, um sich andern Confessionen gegenüber zu behaupten, nicht gesetzlicher Bestimmungen, welche jene in der Uebung ihres Cultus beschränken; sie bedarf zu ihrem Bestehen und ihrem Wirken nicht, dass die Anhänger anderer christlicher Lehre in unserm Lande unter einem Druck stehen, über den seitens derselben vielfach laute Klage erhoben worden ist; ihre feste Grundlage und ihre gute Waffe, die einzige, mit welcher sie kämpft, ist die Wahrheit ihrer Lehre; nur zu ihrem Heile, nicht aber zu ihrem Schaden wird der Kampf der verschiedenen religiösen Ueberzeugungen gereichen können, den vielleicht, ja wahrscheinlich die den Katholiken gewährte freiere Stellung bei dem nicht in Abrede zu stellenden aggressiven Charakter dieser Kirche in unserm Lande herbeiführen wird. Wir müssen endlich noch darauf hinweisen, dass gegenwärtig in fast allen Deutschen Staaten gesetzlich die Gleichstellung der verschiedenen christlichen Confessionen auch in Beziehung auf die Religionsübung festgestellt, namentlich auch in Oesterreich durch das Patent vom 8. April 1861 dem evangelischen Glaubensbekenntnisse volle Freiheit, den Protestanten das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung gewährt, und ihrer Kirche

die Selbstständigkeit auf kirchlichem Gebiete durch eine gesetzliche Ordnung ihrer Verfassung gesichert ist. Wir sind daher bei Erwägung der Frage, ob nicht die Versammlung Anlass habe, die Annahme des von der Königl. Regierung vorgelegten Gesetzentwurfs bis dahin abzulehnen, dass unserer Landeskirche durch Reform ihrer Verfassung die Organisation und selbstständige Stellung eingeräumt worden wäre, welche sie bedarf und welche ihr längst hätte zu Theil werden müsse, zu dem Resultate gelangt, dass wir glauben, einen solchen Vorschlag nicht an die Versammlung richten zu dürfen. Es würde dies einerseits die Befreiung der andern christlichen Religionsgemeinschaften von den ihrer Religionsübung gezogenen engen Schranken, auf welchen sie einen nach unserer Ueberzeugung in der Gerechtigkeit begründeten Anspruch haben, auf längere Zeit, wie dies auch in den Motiven des vorliegenden Gesetzentwurfs ausgesprochen ist, hinausschieben, und hierzu wird die Versammlung unserer Ansicht nach, wenn ihr auch in der That kein Vorwurf daraus gemacht werden könnte, einen Anlass nicht bieten wollen; andererseits hoffen wir, wird die Versammlung der festen Zuversicht sich hingeben können, dass, wenn sie bereitwillig die Hand dazu bietet, den im Lande vorhandenen christlichen Religionsgemeinschaften anderer Lehre eine freie Stellung und Religionsübung zu gewähren, und gleichzeitig den in der fast einstimmig von ihr unterstützten Proposition in Vorschlag gebrachten Antrag an Se. Majestät den König richtet, baldthunlichst der Landeskirche eine die unbehinderte Thätigkeit auf kirchlichem Gebiete und die freie Entfaltung ihrer Kräfte ihr sichernde Verfassung ertheilen zu wollen, die baldige Gewährung dieser Bitte uns nicht entstehen und die Königl. Regierung ihre moralische Verpflichtung nicht verkennen wird, ohne ferneres Säumen die dazu erforderlichen Schritte zu ergreifen.

Von dieser Voraussetzung ausgehend, glauben wir der Versammlung die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfs, jedoch mit den näher anzugebenden, nach unserm Erachten nöthigen Abänderungen und Zusätzen, sowie die Erhebung der Proposition, in so weit sie noch in Betracht kommt, zum Beschlusse dringend anempfehlen zu müssen.

I.

Was den vorliegenden Gesetzentwurf betrifft, so müssen wir zunächst hervorheben, dass dem Gesetze nach unserer Ansicht eine Beschränkung wird gegeben werden müssen, welche unserer Ueberzeugung nach ebenso sehr in sich selbst gerechtfertigt, wie insbesondere mit Rücksicht darauf, dass durch Annahme des Gesetzes den fremden christlichen Religionsgenossenschaften eine von jeder in das kirchliche Leben übergreifenden staatlichen Einwirkung freie Stellung eingeräumt wird, ehe die Landeskirche zu einer solchen gelangt ist, durchaus nothwendig erscheint. — Der Gesetzentwurf trägt den

Titel: „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Religionsübung und Gemeindeverhältnisse der von der Landeskirche sich getrennt haltenden christlichen Glaubensgenossenschaften im Herzogthum Holstein.“ In der dem Entwurfe angehängten, unterm 1. Febr. d. J. ausgefertigten Uebersicht über fremde Religionsverwandte im Herzogthum Holstein sind als solche unter Angabe ihrer Zahl aufgeführt: Deutsch- und Französisch-Reformirte, Römische und Griechische Katholiken, Mennoniten, Anglikaner und Baptisten, endlich 1 Mormone und 15 Andere. Der Ausschuss hat an den Königl. Herrn Commissair die Frage zu richten sich gestattet, zu welchen Glaubensgenossenschaften die letzterwähnten 15 Andern sich bekannten, und darauf die Auskunft erhalten, dass in dieser Kategorie 6 Personen, die sich zur freien Gemeinde bekannten, 2 Unitarier (Frauen), 1 Methodist, 1 Herrnhuter, 2 Presbyterianer und ferner 2 Männer, deren Bekenntniss nicht angegeben worden, zusammengefasst worden seien. Beiläufig erlauben wir uns zu bemerken, dass die Herrnhuter nicht zu den fremden Religionsverwandten gerechnet werden können, sondern zur protestantischen Kirche gehören. (Falck, Handb. III, 2, pag. 754.) Im § 1 des Entwurfs nun wird allen nicht zur lutherischen Kirche gehörigen Bekennern der christlichen Religion die gemeinsame öffentliche Religionsübung an denjenigen Orten gestattet, wo sie mit Genehmigung der Regierung zu einer kirchlichen Gemeinde zusammengetreten sind; diese Genehmigung ist im § 2 zunächst an die Bedingung geknüpft, dass die Mittel zur Gründung und Erhaltung der zur Religionsübung erforderlichen Einrichtungen als vorhanden nachgewiesen werden, dann aber die Bestimmung hinzugefügt, dass für die Ertheilung und Aufrechterhaltung dieser Genehmigung es eine Voraussetzung bilden solle, dass in der Genossenschaft nichts vorgenommen oder gelehrt werde, was der Sittlichkeit oder der öffentlichen Ordnung zuwiderlaufe. Abgesehen davon, dass von dieser Voraussetzung den Reformirten, Anglikanern, Mennoniten, Baptisten und Katholiken gegenüber doch überhaupt nicht die Rede sein kann und die Aufnahme einer solchen Bestimmung in das ihre kirchlichen Verhältnisse in unserm Lande regelnde Gesetz uns etwas für diese christlichen Religionsgemeinschaften Verletzendes zu enthalten scheint, geht aus der Aufnahme dieser Bestimmung, wie aus dem Titel und nicht minder aus den Motiven des Entwurfs, pag. 9, zweiter Absatz, hervor, dass die Königl. Regierung nicht allein die Regelung der kirchlichen Verhältnisse der laut der dem Entwurf angehängten Uebersicht gegenwärtig in Holstein vorhandenen christlichen Glaubensgenossenschaften ins Auge gefasst, sondern gleichzeitig gesetzliche Bestimmungen hat getroffen sehen wollen, welche auf künftig entstehende Parteien und die Ordnung ihrer Verhältnisse zur Anwendung kommen könnten. Der Ausschuss muss sich dagegen erklären, dass solche auf das Entstehen anderer, ausser den im An-

hange des Entwurfs aufgezählten christlichen Glaubensgenossenschaften, etwa auftauchenden religiösen Parteien berechnete Bestimmungen in den vorliegenden Gesetzentwurf mit aufgenommen werden.

Es liegt zur Zeit überall kein Bedürfniss vor, die religiösen Verhältnisse anderer Glaubensgenossenschaften gesetzlich zu ordnen, als der Reformirten, Mennoniten, Anglikaner, Baptisten und Katholiken; der eine Methodist, die zwei Presbyterianer und die beiden Unitarier geben keinen Anlass, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen es den Anhängern ihrer Bekenntnisse gestattet sein solle, Gemeinden zu bilden, ebenso wenig der eine Mormone oder die 6 Freigemeindler; nach der Ansicht des Ausschusses würde selbstverständlich auch diesen, mit Rücksicht auf ihr Bekenntniss vereinzelt Dastehenden nichts aufzuerlegen sein, was ihrer religiösen Ueberzeugung zuwiderliefe; ein wirkliches dringendes Bedürfniss der Ordnung ihrer religiösen Verhältnisse, der Beseitigung der nach der jetzigen Gesetzgebung ihnen auferliegenden Beschränkungen liegt nur vor rücksichtlich der Katholiken, welche am lautesten darüber klagen, dass ihnen bisher die volle Freiheit der Religionsübung nicht gestattet ist, und der Baptisten; ausser ihnen sind die Reformirten, Anglikaner und Mennoniten in solcher Zahl in unserm Lande wohnhaft, dass es gewiss geboten ist, diesen uns zunächststehenden Confessionen alle Rechte, deren Genuss der Gesetzentwurf den von der Landeskirche getrennten christlichen Glaubensgenossenschaften hinsichtlich der Religionsübung und der Bildung kirchlicher Gemeinden eröffnen will, dadurch mit angedeihen zu lassen, dass das Gesetz sie mit umfasst. Die Bestimmungen des Gesetzes auf die hier genannten christlichen Glaubensgenossenschaften zu beschränken, erscheint dem Ausschuss ferner um deswillen geboten, weil im Hinblick auf die etwaige Bildung s. g. freier Gemeinden es für die Landeskirche von besonderer Bedeutung sein muss, durch eine bessere Organisation eine festere Gestaltung gewonnen zu haben. Während wir daher der Versammlung nicht anrathen können, ein Bedenken daraus zu entnehmen, dass durch Annahme des Gesetzentwurfs in der von uns ihm gegebenen Beschränkung den fünf oft genannten christlichen Bekenntnissen eine freiere Stellung in kirchlicher Beziehung gewährt wird, als sie der Landeskirche bisher zu Theil geworden ist, glauben wir beantragen zu müssen, dass die Bestimmungen des Gesetzentwurfs auf jene fünf christlichen Religionsgemeinschaften ausdrücklich beschränkt werden. Der kommenden Zeit wird es überlassen bleiben, falls sich das Bedürfniss herausstellen sollte, auch die religiösen Verhältnisse anderer Glaubensgenossen, insbesondere etwaniger freier Gemeinden, gesetzlich zu regeln; jedes dritte Jahr wird der Regierung die Gelegenheit geboten sein, den Ständen des Landes etwanige desfällige Gesetzentwürfe vorzulegen; ehe aber auf etwa künftig entstehende religiöse Parteien Bedacht genommen wird, von denen der Staat, um ihnen die Genehmigung zur Bildung

von Gemeinden zu ertheilen, nur verlangt, dass sie die dazu erforderlichen Mittel nachweisen und dass innerhalb ihrer Genossenschaft nichts der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung Zuwiderlaufendes vorgenommen oder gelehrt werde, wird es die unabweisliche Aufgabe sein, für die Reform der Verfassung unserer Landeskirche Sorge zu tragen.

In Anleitung der vorstehenden Erwägungen beantragt der Ausschuss, dass der Titel des Gesetzes folgendermassen gefasst werden möge:

„Gesetz, betreffend die Religionsübung und Gemeindeverhältnisse der Reformirten, Katholiken, Mennoniten, Anglikaner und Baptisten im Herzogthum Holstein.“

Zum § 1 und 2.

In Uebereinstimmung mit dem vorgeschlagenen Titel würde der § 1 des Gesetzes nicht, wie im Entwurfe, alle nicht zur Landeskirche gehörigen Bekenner der christlichen Religion umfassen, sondern sich auf die im Titel angegebenen christlichen Religionsgemeinschaften beschränken. Der Ausschuss beantragt daher, dass dem § 1 nachstehende Fassung gegeben werde:

„Den Reformirten, Katholiken, Mennoniten, Anglikanern und Baptisten ist, wie die private, so an denjenigen Orten, wo sie mit Genehmigung der Regierung zu einer kirchlichen Gemeinde zusammengetreten sind, auch die gemeinsame öffentliche Religionsübung gestattet.“

Durch die in den Paragraphen eingeschalteten Worte: „wie die private“, haben wir jedem Zweifel darüber vorbeugen wollen, dass den im § 1 nach der vom Ausschuss beantragten Fassung desselben genannten christlichen Glaubensparteien, auch wo sie nicht zu einer kirchlichen Gemeinde zusammengetreten sein sollten, das Recht der privaten Religionsübung überall in Holstein zustehen soll.

Werden die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes auf die genannten fünf christlichen Glaubensparteien beschränkt, so verliert die im zweiten Satze des ersten Absatzes des § 2 gegebene Bestimmung, dass nämlich für die Ertheilung und Aufrechterhaltung der staatlichen Genehmigung der Gründung einer Gemeinde es eine Voraussetzung bilde, dass in der Genossenschaft nichts vorgenommen oder gelehrt werde, was der Sittlichkeit oder der öffentlichen Ordnung zuwiderlaufe — eine Bestimmung, welche auch unzweifelhaft nur auf die künftig etwa entstehenden religiösen Parteien ausser den fünf in der dem Entwurfe angehängten Uebersicht zunächst angeführten christlichen Religionsgenossenschaften berechnet gewesen ist — vollständig ihre Bedeutung; sie kann daher wegfallen. Wird dieses beschlossen, so wird es lediglich die Aufgabe des § 2 sein, festzustellen, unter

welchen Bedingungen die Bildung einer Gemeinde den im § 1 genannten Glaubensparteien zu gestatten ist, in welchem kirchlichen Verhältniss diejenigen Bekenner einer fremden Confession stehen sollen, welche an Orten wohnen, an denen eine Gemeinde ihrer Confession nicht besteht, und wie die Beziehung der Mitglieder der andern Religionsgemeinschaften zur Landeskirche zu regeln sind. Der zweite Satz des zweiten Absatzes des § 2: „Jeder wird so lange — — nachgewiesen hat,“ wird aber nach der Ansicht des Ausschusses, so weit sein Inhalt überall noch in Betracht zu ziehen sein wird, richtiger als allgemeine Bestimmung dem § 1 hinzuzufügen sein. Der angezogene Satz bestimmt nämlich nach der Fassung des Entwurfs, dass Jeder als Angehöriger der Landeskirche betrachtet werden soll, bis er seine Aufnahme in eine autorisirte Gemeinde seines Glaubensbekenntnisses nachgewiesen hat. Es wird allerdings eine derartige Bestimmung erforderlich sein, um zu verhindern, dass nicht Jemand durch das blosse Vorgeben, er gehöre der Landeskirche nicht an, sich den Verpflichtungen entziehen könne, welche den Mitgliedern der Landeskirche obliegen. Es wird aber genügen, dass die Betreffenden nachweisen, dass sie in eine der im § 1 benannten Religionsgemeinschaften aufgenommen sind. Dieser Nachweis kann ihnen auch nie Schwierigkeiten bereiten, während der im Entwurfe verlangte Nachweis der Aufnahme in eine Gemeinde ihres Bekenntnisses ihnen unmöglich sein kann. Ein Zwang zur Bildung einer Gemeinde wird nämlich den Bekennern der fremden Confessionen nicht auferlegt; es ist daher möglich, dass nicht alle der in Holstein lebenden fremden Religionsverwandten von der Erlaubniss, eine Gemeinde zu bilden, Gebrauch machen, auch aber, dass eine bestehende Gemeinde die erbetene Aufnahme versagen könnte.

Der Ausschuss beantragt daher, dass dem § 1, wie er nach dem oben gestellten Antrage des Ausschusses lauten würde, hinzugefügt werde:

„Diejenigen, welche erklären, dass sie einer der genannten Religionsgemeinschaften angehören, haben in Zweifelsfällen dies nachzuweisen.“

Dass ein solcher Nachweis von den beikommenden geistlichen oder weltlichen Behörden nur in Zweifelsfällen, nicht aber auch dann noch, wenn ein Individuum notorisch einer der fremden Religionsgenossenschaften angehört, verlangt werden soll, dürfte in sich gerechtfertigt sein.

Was die übrigen Bestimmungen des § 2 betrifft, so können wir uns nicht mit der Bestimmung desselben einverstanden erklären, dass die Genehmigung zur Bildung einer Gemeinde davon abhängig gemacht werden soll, dass die Mittel zur Gründung und Erhaltung der zur Religionsübung erforderlichen Einrichtungen als vorhanden nach-

gewiesen werden. Wir erblicken hierin nur eine Beschränkung, die für die Betheiligten sehr lästig sein kann, für den Staat aber von keinem Interesse ist. Ob jene Mittel vorhanden sind, ist zunächst doch nur eine Frage, welche diejenigen sich vorzulegen haben, die zur Bildung einer Gemeinde zusammentreten wollen; dem Staate ist es völlig gleichgültig, woher jene Mittel fliessen, sowie ob sie zur Erhaltung der gegründeten Gemeinde ausreichen; sollten sie ausgehen, so wird eben die Gemeinde aufhören zu existiren. Wie der Staat zur Gründung einer Gemeinde fremder Confession nichts beiträgt, so hat er auch nicht die Pflicht, eine solche gegründete Gemeinde im Fall des Versiegens der zu ihrer Erhaltung bestimmten Mittel durch Zuschüsse zu erhalten; die vermögensrechtlichen Beziehungen einer Gemeinde fremder Confession, welche durch die Genehmigung des Staates als Corporation anerkannt wird, fallen dem Staate gegenüber lediglich unter die Bestimmungen des Privatrechts, und können daher hier ebenso wenig in Betracht kommen. Der Ausschuss schlägt daher vor, dass jene Bestimmung wegfallen und an ihrer Statt für die Ertheilung der Genehmigung zur Gründung einer Gemeinde die Bedingung gestellt werden möge, dass die zur Organisation einer Gemeinde erforderlichen Einrichtungen als getroffen nachgewiesen werden. Es wird dann den Bekennern einer fremden Confession möglich sein, die Genehmigung zur Bildung einer Gemeinde zu erlangen, sobald sie nur nachweisen, dass ein Geistlicher ihrer Confession für ihre Gemeinde bestellt oder gewonnen sei, dass sie einen Beetsaal erworben hätten oder ein Gotteshaus zu bauen bereit seien. Die Ertheilung der Genehmigung zur Bildung einer Gemeinde kann den Betreffenden nicht versagt werden, sobald sie die gesetzliche Bedingung erfüllen; sie laufen daher keine Gefahr, wenn sie vor Impetrirung der Genehmigung der Regierung die zur Organisation der Gemeinde erforderlichen Einrichtungen treffen, und das Interesse des Staates ist vollständig gewahrt, sobald er die Sicherheit hat, dass für die zu einer Gemeinde zusammentretenden Bekenner der fremden Confession diejenigen Einrichtungen getroffen sind, welche die Ausführung der in den §§ 5, 8, 12 gegebenen Bestimmungen sichern. Löst sich eine solche Gemeinde auf, so fallen ihre Glieder unter die Bestimmungen, welche für diejenigen fremden Religionsverwandten gelten, welche zu keiner Gemeinde ihres Bekenntnisses gehören.

Aus den oben entwickelten Gründen schlägt der Ausschuss daher vor, dass der zweite Satz des ersten Absatzes und der zweite Satz des zweiten Absatzes des § 2 gänzlich wegfallen, sowie ferner, dass in der ersten Zeile des dritten Absatzes statt: „Wer solchermassen — — angehört“ gesetzt werde: „Wer einer der genannten Religionsgemeinschaften angehört.“ Wenn der Entwurf bestimmt, dass nur Diejenigen, welche einer autorisirten religiösen Gemeinde ausserhalb der Landeskirche angehören, von den persönlichen Beiträgen und

Leistungen für die Landeskirche befreit sein sollen, so kann der Ausschuss diese Beschränkung nicht für begründet halten; er ist vielmehr der Ansicht, dass diese Befreiung auch allen Denjenigen eingeräumt werden müsse, welche einer der mehrgedachten Confessionen angehören, ohne Mitglieder einer bestimmten Gemeinde zu sein; im Uebrigen ist er mit dem Inhalt des § 2 einverstanden, da die Bestimmung desselben, dass die Angehörigen einer der vom Gesetz befassten christlichen Religionsgemeinschaften die auf ihrem Grundbesitz haftenden Lasten zum Besten der Landeskirche abhalten müssen, nicht allein der Natur der Sache entspricht, sondern die im Wesentlichen gleiche Bestimmung z. B. auch in Oesterreich durch den § 13 des Protestantenpatents vom 8. Febr. 1861 für die evangelischen Glaubensgenossen der andern Kirche gegenüber getroffen ist. Dass dagegen das Kirchen- und Schulpatronatsrecht nicht zu denjenigen an den Grundbesitz geknüpften Rechten gezählt wird, deren Ausübung den Bekennern einer der fremden Confessionen untersagt ist, ist ein Grundsatz, der nicht nur im übrigen Deutschland bisher auf Grund des Art. V, § 31, der Westphälischen Friedensacte (Richter, Kirchenrecht § 154), sondern auch bereits im Vaterlande in einzelnen Fällen Falck, Handb. III, 2, p. 756, Note 37) Anerkennung gefunden hat.

Vorstehendem nach beantragt der Ausschuss, dass dem § 2 folgende Fassung gegeben werden möge:

„Die Genehmigung der Regierung zur Bildung einer Gemeinde (§ 1) ist zu ertheilen, sobald nachgewiesen worden ist, dass die zur Organisation einer Gemeinde erforderlichen Einrichtungen getroffen sind. — Diejenigen, welche an Orten wohnen, wo eine Gemeinde ihrer Confession nicht besteht, können sich in die nächstbelegene Gemeinde ihres Bekenntnisses aufnehmen lassen. — Wer einer der genannten Religionsgemeinschaften (§ 1) angehört, ist von persönlichen Beiträgen und Leistungen für die Landeskirche befreit, ist jedoch verpflichtet, die auf seinem Grundbesitz haftenden Lasten zum Besten der Landeskirche abzuhalten. Dagegen kann er u. s. w.“

Zum § 3.

Dass zur Erbauung neuer Kirchen die Allerhöchste Erlaubniss erforderlich ist, kann von den fremden Religionsverwandten nicht als eine unbillige Bestimmung angefochten werden, wie denn z. B. auch nach katholischem Kirchenrecht zur Anlegung einer Kirche ausser der Zustimmung des Bischofs die Genehmigung der Staatsgewalt erforderlich ist. Der Ausschuss hat geglaubt, annehmen zu dürfen, dass die Regierung durch den vorliegenden Gesetzentwurf die Anlegung von Klöstern nicht hat freigeben wollen, da, wenn dies der Fall wäre, eine ausdrückliche Bestimmung im Gesetze nicht hätte fehlen dürfen. Um Zweifeln über diesen Punct vorzubeugen, hat er es jedoch für

richtig angesehen, den betreffenden Passus hinzuzufügen. Die Errichtung von Klöstern steht in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der den katholischen Gemeinden zu gestattenden Freiheit der Religionsübung, und ist auch in andern Deutschen Ländern mehr oder weniger beschränkt, im Königreich Sachsen gänzlich verboten.

(Richter, Kirchenrechts § 292. Zöpfl, Staatsrecht § 535 Note 7.)

Der Ausschuss beantragt daher folgenden Zusatz am Schluss des Paragraphen:

„Klöster dürfen nicht errichtet werden.“

Zum § 5.

Die in diesem Paragraphen enthaltenen Bestimmungen über die Erforderlichkeit der Allerhöchsten Genehmigung zur Anstellung der Geistlichen, der Einholung der regierungsseitigen Genehmigung für Erlasse der Kirchengewalt, welche sich nicht ausschliesslich auf Lehre und Cultus beziehen, der Vorlegung der rein geistlichen Erlasse zur vorgängigen Einsicht der Regierung sind völlig in dem Aufsichtsrechte, welches dem Staate einer fremden Kirche gegenüber zusteht, begründet und entsprechen, was die katholische Kirche betrifft, den in vielen andern Deutschen Staaten festgestellten gesetzlichen Normen, wie z. B. das Gleiche für Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau, Kurhessen, Hannover, Baiern gilt (Richter, Kirchenr. § 100). Unter den Geistlichen, von welchen § 5 redet, sind aber nach der Auffassung des Ausschusses nur die für den öffentlichen und Privatgottesdienst fremder Confessionen im Herzogthum Holstein Angestellten zu verstehen. Es kann nicht die Absicht sein, durch die Bestimmung dieses Paragraphen für alle Geistlichen einer fremden Confession erst die Einholung der Allerhöchsten Erlaubniss vorzuschreiben, ehe sie an einer hiesigen Gemeinde ihrer Confession eine nicht ausschliesslich zum Amte des Gemeindegeistlichen gehörende geistliche Handlung vornehmen. Es wird nach dem Erachten des Ausschusses nichts dagegen erinnert werden können, dass in den hiesigen Gemeinden fremden Bekenntnisses auch andere Geistliche ihrer Confession, ausser dem Angestellten, ohne besondere Erlaubniss der Regierung den Gottesdienst abhalten oder als Vorgesetzte erscheinen, um das kirchliche Leben der Gemeinde zu prüfen; das Interesse des Staates ist gesichert, sobald ihm das Recht gewährt ist, die im Lande angestellten Geistlichen etc. zu bestätigen, und es gesetzlich bestimmt ist, dass Taufen, Confirmationen, Aufgebote und Trauungen nur dann Gültigkeit haben, wenn sie von den an den hiesigen Gemeinden fremder Confession angestellten Geistlichen etc. vorgenommen werden. Um hinsichtlich dieses Punctes jeden Zweifel auszuschliessen, schlägt der Ausschuss vor, dem § 5 eine etwas veränderte Fassung zu geben. Zugleich beantragt der Ausschuss einen die Ausschliessung der Jesuiten betreffenden Zu-

satz, welcher der Versammlung gegenüber keiner Motivirung bedürfen wird.

Demnach würde der § 5 folgendermassen lauten:

„Geistliche aller Rangstufen und Classen, sie mögen für den öffentlichen oder Privatgottesdienst der gedachten Glaubensgenossenschaften im Herzogthum Holstein angestellt werden, oder wer sonst u. s. w. — — eingesetzt ist, bedürfen zur Ausübung ihrer geistlichen Functionen den vorgängigen Allerhöchsten Erlaubniss. Auch die bereits fungirenden Geistlichen etc. haben u. s. w. — — — impetrieren. Insbesondere u. s. w. — vorgelegt sind. Nur die von den an einer Gemeinde angestellten Geistlichen etc. vorgenommen u. s. w. — Gültigkeit. Den Mitgliedern des Jesuitenordens sind geistliche Verrichtungen jeder Art untersagt.“

Zum § 6.

Der Ausschuss hat zu diesem Paragraphen nur eine Abänderung zu beantragen, die sich von selbst rechtfertigen wird. Der Ausschuss beantragt nämlich, dass der Schlusssatz des Paragraphen: „Dispensationen — erforderlich“ wegfallen und statt dessen folgender Satz aufgenommen werden möge:

„Es werden daher die Bestimmungen der Verordnung vom 10. Jan. 1757, nach welchen für Heirathen zwischen Evangelisch-Lutherischen und Römisch-Katholischen die Impetrirung einer Concession und die Trauung durch einen evangelisch-lutherischen Prediger erforderlich ist, und die Copulation nur dann vollzogen werden soll, wenn die Brautleute sich vor der Copulation verbindlich machen, ihre Kinder beiderlei Geschlechts von einem evangelisch-lutherischen Prediger taufen und in der evangelisch-lutherischen Lehre erziehen zu lassen, hiermittelst aufgehoben. Den Geistlichen aller Confessionen wird untersagt, den Brautleuten gemischter Confessionen vor der Copulation ein mündliches oder schriftliches Versprechen abzunehmen, dass sie ihre Kinder in keiner bestimmten Confession erziehen lassen wollen. Versprechen dieser Art sind ohne alle Gültigkeit. Geistliche, welche jenem Verbote zuwiderhandeln, werden mit Amtsentsetzung, resp. Entziehung der Erlaubniss, im Herzogthum Holstein zu fungiren, bestraft.“

Zum § 8.

Da die in diesem Paragraphen vorgeschriebene Bescheinigung mit Rücksicht auf die bürgerlichen Verhältnisse auch für solche Kinder erforderlich ist, welche einer bestimmten Gemeinde nicht angehören, so beantragt der Ausschuss, dass die Schlussworte des Paragraphen: „die — — soll“ wegfallen und statt derselben gesetzt werde:

„für solche Kinder, deren Eltern einer Gemeinde ihrer Confession nicht angehören, hat bei ihrem Austritt aus der Schule der betreffende Schulinspector eine Bescheinigung auszustellen, dass sie nach genügendem Schulbesuch aus der Schule entlassen seien. Diese Bescheinigungen sollen in allen bürgerlichen Verhältnissen an die Stelle des Confirmationsscheines treten.

Z u m § 9.

Der Ausschuss beantragt aus denselben Gründen, welche bereits ad § 2 für den Wegfall der dort für die Ertheilung der Genehmigung zur Bildung einer kirchlichen Gemeinde aufgestellten gleichen Bedingung geltend gemacht sind, dass in der 2. und 3. Zeile dieses Paragraphen die Worte:

„wenn sie die Mittel — — nachzuweisen vermag“

wegfallen.

Der Ausschuss schlägt ferner vor, dass in der ersten Zeile des dritten Absatzes die Worte:

„von der Regierung“

gestrichen werden, und dem Paragraphen folgender Schlusssatz hinzugefügt werde:

„diese Regulative bedürfen der Genehmigung der Regierung.“

Die Bestimmung nämlich, dass die Schulen fremder Confessionsgemeinden unter der Aufsicht des Staates stehen, erscheint uns ebenso sehr in sich gerechtfertigt, wie die Vorschrift, dass unter den im Gesetzentwurf angegebenen Modificationen die allgemeine Schulgesetzgebung auf sie Anwendung findet. Aehnliche Bestimmungen enthält der § 11 des Oesterreichischen Patents vom 8. Februar 1861 für die dortigen evangelischen Schulen. Es wird jedoch den betreffenden Gemeinden fremder Confession überlassen bleiben müssen, die Einrichtung der Schulen durch Specialregulative selbst zu ordnen, und das Interesse des Staates hinreichend gewahrt sein, wenn diese Regulative der Genehmigung der Regierung bedürfen. Letztere ist auch für die Schulgemeinden fremder Confession deshalb erforderlich, weil sie durch dieselbe die Befugniss erlangen, zur Eintreibung der regulativmässig etwa den Commüne-Interessenten auferlegten Schulleistungen den Beistand der weltlichen Behörde erforderlichenfalls in Anspruch zu nehmen.

Z u m § 10.

In Folge des vom Ausschuss zum § 6 beantragten Zusatzes würde in diesem Paragraphen der Schlusssatz von der 11. Zeile an, nämlich die Worte:

„und wird die hiermit — — aufgehoben“

wegfallen.

Z u m § 11.

Der Ausschuss beantragt, um die Bestimmungen dieses Parapraphen mit den für die Evangelisch-Lutherischen geltenden Vorschriften in Uebereinstimmung zu bringen, in der 3. Zeile

statt: „15ten“ — „16ten“

in der 4. Zeile

statt: „14ten“ — „15ten“

zu setzen.

Z u m § 12.

Der Ausschuss schlägt mit Rücksicht darauf, dass in einem Orte oder Districte Mitglieder einer der im § 1 genannten Glaubensgenossenschaften wohnen können, welche einer Gemeinde nicht angehören, vor, dass in der 1. und 2. Zeile dieses Parapraphen statt der Worte:

„sich — — aufhalten“

gesetzt werde:

„Mitglieder einer der im § 1 genannten Glaubensgenossenschaften wohnen.“

Ferner beantragt der Ausschuss, dass in der 5. Zeile zwischen den Worten:

„Namen und“

eingeschaltet werde:

„Alter“.

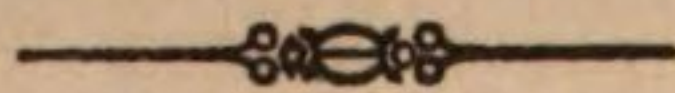
Z u m § 13.

Nach dem Erachten des Ausschusses wird die Aufsicht des Staates über die Verwaltung der ökonomischen Angelegenheiten der Gemeinden fremder Glaubensgenossen sich lediglich auf die Vorschrift beschränken müssen, dass die Gemeinden jene Verwaltung durch Regulative zu regeln und der Regierung diese Regulative zur Genehmigung vorzulegen haben. Dass der Staat irgend weiter in die Verwaltung der ökonomischen Angelegenheiten der Gemeinden fremder Confessionen einzugreifen sich vorbehalte, scheint uns nicht gerechtfertigt. Die Genehmigung der Regulative seitens der Regierung ist aber für die betreffende Gemeinde aus demselben Grunde erforderlich, den wir ad § 9 für die rücksichtlich der Schulregulative erforderliche Genehmigung der Regierung angeführt haben.

Der Ausschuss beantragt daher, dass in der 2. Zeile die Worte: „von der Regierung“, sowie der Schlusssatz: „die Oberaufsicht — — vorzubehalten“ gestrichen, dem Parapraphen jedoch folgender Zusatz am Schlusse gegeben werden möge:

„welche der Genehmigung der Regierung bedürfen.“

Mit den in Vorstehendem vorgeschlagenen Abänderungen und Zusätzen empfehlen wir den uns zur Prüfung überwiesenen Gesetzentwurf der Versammlung zur Annahme.



Auszug

aus der holfsteinischen Stände-Zeitung.

Fünfunddreißigste Sitzung.

Den 17. März 1863, Vormittags 10 Uhr.

Anwesend 48 Mitglieder.

Die Vorberathung über den Ausschussbericht, der vorhin verlesen worden, ist eröffnet.

Abgeordneter Propst Balemann: Herr Präsident! Auch ich theile die Ansicht des Ausschusses, dass der Geist christlicher Duldung es nicht zulässt, dass noch länger den andern christlichen Glaubensgenossen die freiere Religionsübung gehindert wird. Meines Erachtens fordert es unser Gewissen, dass wir auch jenen es gestatten, in ihrer Weise sich zu erbauen; und eben um deswillen ist es wohl nöthig, dass in unserm Lande etwas geschieht. Auch ich habe die volle Ueberzeugung, wie der Ausschuss dieselbe ausgesprochen, dass wir dastehen auf dem festen Grunde und Boden der Wahrheit, und in dem Worte der Wahrheit das rechte Mittel haben, uns zu wehren; dass wir eben darin Schutz und Waffen haben. Dennoch aber ist es ein sehr wichtiger Schritt, welcher gethan wird; denn wenn nun jenen eine freiere Religionsübung eingeräumt wird, so kann es meines Erachtens nur so geschehen, dass wir, wie unsere Pflicht — als der Landeskirche Angehörige — es von uns fordert, die Landeskirche zu gleicher Zeit möglichst sicher zu stellen gegen die Uebergriffe und Eingriffe der fremden christlichen Glaubensgenossenschaften. Es ist mit der Freiheit, welche den andern christlichen Glaubensgenossen eingeräumt wird, auch zu gleicher Zeit Thür und Thor geöffnet allem demjenigen, was insonderheit von der katholischen Kirche auch hier wird unternommen werden und nach ihrem aggressiven Character gar nicht anders zu erwarten steht. Da dürfen wir gewiss diese Macht, welcher wir nun Thor und Thür öffnen, nicht zu gering anschlagen. Was geschehen ist in andern Ländern — ich will nur erinnern an das, was geschehen ist in den letzten 50 Jahren in Holland, wo,

wenn ich recht erinnere, 70 katholische Kirchen erbaut sind; was in neuerer Zeit in England und überall, wo die Katholiken emancipirt worden, geschehen ist — das fordert zur grössten Vorsicht auf. Wenn ich nun darauf die Regierungsvorlage eingesehen habe, so habe ich darin allerdings sehr wenig gefunden, was unsere Landeskirche sicher stellt gegen solche Uebergriffe. Ich sage dem Ausschusse Dank, dass von demselben Manches hinzugefügt ist, wodurch wenigstens eine grössere Sicherheit entsteht, namentlich indem darauf hingewiesen ist, dass wir bis dahin noch ungerüstet sind gegen solche Angriffe und erst vollständig gerüstet sein werden, wenn wir eine Kirchenverfassung mit einer eigenen Oberkirchenbehörde an der Spitze haben werden. So kann ich auch dem, was gesagt ist über die gemischten Ehen, nur beistimmen. In einigen Punkten aber möchte ich mir noch Aufklärungen erbitten, die mir wesentlich erscheinen, so weit es sich um die Sicherung unserer Landeskirche handelt.

Zunächst wollte ich mir eine Auskunft darüber erbitten, warum man den Katholiken hier im Lande das Kirchen- und Schulpatronatsrecht lassen will. Wir sind darauf hingewiesen worden, dass es ein allgemeiner Grundsatz sei im übrigen Deutschland, und zwar nach dem 5. Artikel des Westphälischen Friedens. Dagegen muss ich bemerken, dass die Bestimmungen des Westphälischen Friedens auf Holstein gar keine Anwendung erleiden in dieser Beziehung. Falck, auf welchen wir verwiesen sind, sagt ausdrücklich im 3. Bande: „Die im Westphälischen Frieden festgestellten Bestimmungen über die kirchlichen Rechte der Katholiken und Reformirten kommen folglich für das Herzogthum Holstein nicht zur Anwendung.“ Das Patronatsrecht in Kirche und Schule ist ein sehr wichtiges; gerade durch dieses Patronatsrecht können die Andersdenkenden tief eingreifen in die Interessen unserer Kirche. Zwar ist bisher schon in einzelnen Fällen, wie auch von Falck bemerkt wird, das Patronatsrecht den Katholiken gelassen, so z. B. in Lebrade und auch in neuerer Zeit im Kirchspiel Gikau; aber es ist das eben eine Ausnahme, meine ich, gewesen, wenn es den Einzelnen gelassen ist. Jetzt, da ein neues Recht aufgestellt werden soll, müssen wir doch wohl bedenken, was wir thun. Ich möchte daher an den verehrlichen Berichterstatter die Frage richten, warum man nicht nach dem Vorgange in Schleswig die Bestimmung vorgezogen hat, dass dem Inhaber des Patronatsrechts, wenn derselbe ein Katholik ist, aufzugeben, es durch einen unserer Landeskirche Angehörigen verwalten zu lassen.

Der Berichterstatter: Der Ausschuss hat die Frage, ob den Katholiken das Recht des Kirchen- und Schulpatronats, wie der Regierungsentwurf bestimmt, gelassen werden solle, allerdings in Erwägung gezogen, und die Gründe, die uns bestimmt haben, uns gegen diese Bestimmung nicht zu erklären, sind folgende:

Hauptsächlich kommt nach unserer Ansicht in Betracht, dass den Katholiken das Kirchen- und Schulpatronatsrecht auch nach der jetzigen Gesetzgebung stets gelassen worden ist. Während sie unter dem Druck der bisherigen Gesetzgebung standen, hat man ihnen dies Recht nicht bestritten; dies dürfte mit davon die Folge sein, dass das Patronatsrecht in Holstein als ein dingliches Recht anerkannt ist. Wenn der Vorredner darauf hingewiesen hat, dass die Bestimmungen des Westphälischen Friedens für Holstein nicht in Betracht kämen, so erlaube ich mir zunächst darauf hinzuweisen, dass das Gegentheil nicht so ausdrücklich, wie hervorgehoben worden, im Ausschussbericht ausgesprochen ist. Dieser sagt, dass der Grundsatz, nach welchem Katholiken die Patronatsrechte zuerkannt werden, nicht nur im übrigen Deutschland bisher auf Grund der Westphälischen Friedensacte Art. V, § 31, sondern auch bereits im Vaterlande in einzelnen Fällen Anerkennung gefunden habe.

Ich glaube aber ferner allerdings, dass diese Bestimmungen des Westphälischen Friedens auch im Vaterlande zur Folge gezogen werden müssen. Die Bestimmungen des Westphälischen Friedens über die Rechte, die den Katholiken, von denen hier die Rede ist, mit Beziehung auf die Religionsübung zustehen, kommen für Holstein nicht in Betracht, weil zur Zeit des Westphälischen Friedensabschlusses, wie schon im Jahre 1624, welches als massgebend hingestellt wurde, keine Katholiken im Lande waren. Das Jahr 1624 ist nach der Westphälischen Friedensacte ferner massgebend gewesen mit Beziehung auf den Besitz der reichsunmittelbaren Prälaturen und Stifter, wie auch der mittelbaren Kirchengüter. Uebrigens aber steht der Anwendung der Bestimmungen des Westphälischen Friedens nichts im Wege, und das dingliche Recht des Patronats wird den Katholiken deshalb nicht entzogen werden können, weil 1624 keine Katholiken im Lande waren. Die Bestimmungen des Westphälischen Friedens hinsichtlich des jus reformandi sind später durch den Artikel 16 der Bundesacte beschränkt, welcher bestimmt, dass der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte nicht von dem Religionsbekenntniss abhängt; die Katholiken können daher den Bestimmungen der Westphälischen Friedensacte auch in so fern nicht mehr unterliegen, als es sich um staatsbürgerliche Rechte handelt. Jetzt, wo es sich um ein zu erlassendes Gesetz handelt, erschien es uns nicht geboten, ihnen ein Recht zu nehmen, welches sie seither unbestritten ausgeübt haben. Ausserdem vermag ich doch nicht einzusehen, wie es eine Gefahr für die lutherische Kirche herbeiführen sollte, wenn das Patronatsrecht von katholischen Patronen ausgeübt würde. Von dem Wahlrecht sind sie nach § 2 ausgeschlossen, das Patronatsrecht aber findet ja seine hauptsächlichste Ausübung in der Präsentation zu den geistlichen Stellen, und

da die katholischen Patrone hierbei gebunden sind an examinierte evangelisch-lutherische Pfarramtsandidaten, so sehe ich nicht ein, in wie fern sie bei der Präsentation eine katholische Propaganda sollten ausüben können.

Abgeordneter Propst Balemann: Nach meiner Meinung ist das Patronatsrecht nicht ein solches, was zu den bürgerlichen und Staatsrechten gehört. Davon handelt der Bundesartikel. Es ist eben ein kirchliches Recht, und dass durch den Gebrauch oder Missbrauch dieser kirchlichen Stellung grosses Unheil angerichtet werden kann, sollte man meines Bedünkens doch gar nicht bezweifeln. Allerdings ist der Patron bei der Besetzung der Schul- und der kirchlichen Stellen gebunden; aber angenommen, ihm liegt, um seine Kirche in Blüthe zu bringen, daran, unsere Kirche zu drücken, so hat er es in der Hand; er kann 3 weniger begabte Candidaten präsentiren, um so besser für seine Kirche wirken zu können. Auch in andern Ländern, wenn ich nicht irre, in Preussen, ist das Patronatsrecht beschränkt, wenn der Patron der evangelischen Confession nicht angehört; er muss nicht nur einen, sondern er muss mehrere vorschlagen, und eben deswegen, meine ich, ist das hier im Lande etwas, worauf wir wohl Bedacht nehmen müssen.

Gerade weil der Westphälische Frieden keine Anwendung leidet, standen bisher die Katholiken bloss auf dem Boden der Gnade; nun aber sollen sie rechtlich gestellt werden. Hat man ihnen das Patronatsrecht gelassen, was bei uns mit dem Grund und Boden zusammenhängt, so ist nun die Frage, ob es ihnen rechtlich bleiben soll. Wir wissen nicht, wie viele Güter in die Hände von Katholiken kommen, welche auch dann das Kirchen- und Schulpatronatsrecht haben. Ich hoffe, dass aus der Versammlung noch die eine oder andere Stimme laut werde, und zweifle nicht, dass daran sich noch ein Amendement knüpfen werde. — Eine weitere Auskunft möchte ich mir erbitten über das, was zum § 5 gesagt ist. Es ist da nämlich darauf hingewiesen, dass diejenige Beschränkung, welche in der Gesetzvorlage sich finde, wegfallen solle; die Regierungsvorlage kann wenigstens so verstanden werden. Da hat nun der Ausschuss es für eine Beschränkung gehalten und hat gerade das Gegentheil hier ausgesprochen, dass nämlich den Geistlichen, welche nicht hier angestellt sind, sondern im Auslande, der Zutritt und die geistliche Wirksamkeit hier im Lande auch zustehen soll. Es ist das, meine ich, etwas Gefährliches, denn wir werden, wenn die Vorlage so durchgeht, ja auch erleben, dass die katholische Propaganda uns Missionsprediger zuschicken wird; darum, meine ich, sind wir der Kirche es schuldig, dass wir uns in Acht nehmen, uns wehren vor einem solchen Einzug katholischer Priester in unser Land. Nun hat aber der Ausschuss die Katholiken viel günstiger gestellt, als die protestantischen

Geistlichen gestellt sind. Wir dürfen keinen Candidaten, welcher nicht hier im Lande geprüft ist und welcher unsere Kanzel betreten will, predigen lassen. Zwar ist das Gesetz in neuerer Zeit wenig beobachtet worden; es ist aber doch noch in Kraft, und deswegen dürfen wir keinen Lübeckischen oder Hamburgischen Prediger im Lande predigen lassen. Es werden katholische Geistliche kommen, einzeln oder in Massen, um hier dann ihr Wesen oder Unwesen zu treiben. — Da möchte ich mir doch auch noch ein Weiteres vorbehalten und fragen, ob es nicht richtig wäre, eine Beschränkung eintreten zu lassen, und möchte den Herrn Berichterstatter bitten um eine Auskunft darüber, aus welchen Gründen gerade dieser Passus in den Bericht hat aufgenommen werden müssen, der, wie mir scheint, noch weiter geht, als die Gesetzesvorlage.

Abgeordneter Justizrath Rötger: Ich möchte mir erlauben, einen Augenblick auf diejenigen Bedenklichkeiten zurückzukommen, die das verehrliche Mitglied der Geistlichkeit mit Beziehung auf den § 2 erhoben hat. Was nämlich die Bestimmung für das Herzogthum Schleswig anbetrifft, die von dem verehrlichen Abgeordneten angezogen wurde, so ist diese, besonders wenn man auf ihre Entstehung sieht, zur Nachahmung wohl schwerlich geeignet. Es handelte sich nämlich damals, wie bekannt ist, um das Vorhandensein eines Kirchenpatrons. Nach Allem, was darüber bekannt geworden ist, glaube ich, dass die Verschiedenheit des Bekenntnisses einer der Gründe gewesen ist, die man am allerwenigsten damals vor Augen hatte.

Der Berichterstatter: Ich möchte gleichfalls noch einmal auf die katholischen Patrone zurückkommen und sagen, dass ich die von dem verehrlichen Abgeordneten der Geistlichkeit von Oldenburg aufgestellte Ansicht nicht theilen kann, dass ein katholischer Patron die lutherische Kirche und Gemeinde dadurch benachtheiligen würde, dass er nicht geeignete Candidaten zur Wahl präsentirte.

Was die Bestimmung des § 5 betrifft, so verhält es sich so, wie der geehrte Vorredner es dargestellt hat. Wir haben in der Bestimmung des § 5, dass jeder auswärtige Geistliche einer fremden Confession, um hier im Lande in einer Gemeinde seiner Confession eine geistliche Function auszuüben, vorher erst der Allerhöchsten Erlaubniss bedürfen solle, eine Beschränkung gefunden, welche in unsern Augen als eine sehr drückende erscheint. Was steht im Wege, wenn eine katholische Gemeinde hier im Lande begründet ist, dass ein katholischer Geistlicher aus einem benachbarten Staate, oder etwa der den hiesigen katholischen Gemeinden vorgesetzte Provicar oder der Bischof, der ihnen übergeordnet ist, wenn er hierher kommt, in der Kirche der katholischen Gemeinde eine Messe lies't oder eine geistliche Handlung vornimmt? Nach dem Wortlaut des § 5 des Regierungsentwurfs würde es bei der bisherigen Bestimmung verblieben sein, nach welcher ein katholischer Geistlicher, ehe er in

einer Gemeinde seiner Confession irgend eine geistliche Function ausüben darf, erst die Allerhöchste Erlaubniss aus Kopenhagen impetrieren muss. Ich kann ferner nicht einsehen, dass eine Gefahr für die lutherische Kirche mit der Aufhebung dieser Bestimmung verbunden ist, freilich kann man sich nicht verhehlen: wird den katholischen Glaubensgenossen das Recht gewährt, in Holstein Gemeinden zu gründen und ihre Religion unbeschränkt auszuüben, so wird die Folge sein, dass auch ausser den hier angestellten katholische Geistliche aus andern Ländern hierher kommen und die katholische Kirche einen Kampf gegen die lutherische Confession beginnen wird. Dieser Kampf möge aber immerhin erstehen. Unserer innigen Ueberzeugung nach gefährdet er nicht unsere Landeskirche; er wird zu ihrem Heile mehr beitragen als zu ihrem Schaden, er wird es sofort dadurch, dass der Gegensatz zwischen den Lehren der lutherischen und der katholischen Confession mehr in das lebendige Bewusstsein des Einzelnen treten wird, als das augenblicklich der Fall ist.

Wir glauben also, dass es allerdings eine für die katholischen Gemeinden drückende Beschränkung sein würde, wenn es beim § 5 der Regierungsvorlage sein Bewenden behielte, und dass auf der andern Seite für die lutherischen Gemeinden irgendwie Gefahr damit nicht verbunden sein kann, insbesondere noch, wenn man Rücksicht darauf nimmt, dass der eine Orden der katholischen Kirche, der besonders thätig ist in Ausübung der katholischen Mission und vorwiegend als der Träger der katholischen Propaganda erscheint, nach dem Vorschlage des Ausschusses ausgeschlossen sein soll.

Abgeordneter Propst Balemann: Ein besonderes Amendement werde ich mir in dieser Beziehung nicht vorbehalten, da in dem § 5 der Regierungsvorlage das Nöthige enthalten ist. Dann möchte ich noch auf etwas aufmerksam machen. Im § 7 heisst es:

„Diejenigen, welche ihrem Glaubensbekenntnisse nach die Kindertaufe verwerfen, sollen der Verpflichtung, ihre neugeborenen Kinder taufen zu lassen, enthoben sein. (Das versteht sich von selbst.) In den gemischten Ehen hat in dieser Beziehung der Vater die Bestimmung zu treffen.“

Nun aber gerade kommt bei den Baptisten der Fall vor, der sehr häufig in neuerer Zeit nahe tritt, dass nämlich die Baptisten Kinder haben, die lutherisch getauft sind, und da fragt sich nun: was soll daraus werden, wenn das Confirmationsalter heranrückt? Da möchte ich nun darauf aufmerksam machen, dass es nicht bloss von den Eltern abhängen kann, was dann geschehen soll. Das Confirmationsalter ist das Alter, wo ja, wie wir es anschauen, die kirchliche Mündigkeit beginnt; nun kann der Vater doch nicht allein bestimmen, ob das Kind confirmirt werden soll oder nicht. Der Ausschuss hat eine Bestimmung hinzugefügt zum § 8 darüber, wie Kinder, die nicht zur Landeskirche gehören, aus den Schulen

entlassen werden sollen, und da wollte ich nur den Ausschuss ersuchen, ob nicht die Bestimmung hinzugefügt werden möchte, dass es so mit der Entlassung aus der Schule gehalten werden soll, dass bereits getaufte Kinder von Baptisten entlassen werden, wenn sie erklären, der lutherischen Landeskirche nicht angehören zu wollen. Ich glaube, dass kommt sehr oft vor, und es ist bisher auch so verhalten worden nach den Vorschriften der Regierung, dass, wenn ein Kind, dessen Vater oder Mutter später zum Baptistenthum übergetreten war, erklärte, es wolle nicht confirmirt werden, es damit gut war. Was soll ein solches Kind als Bescheinigung mitnehmen in die Welt, dass es Schulunterricht genossen habe? Mir scheint ein Zusatz doch nothwendig zu sein.

Abgeordneter Pastor Versmann: Ich will mir, ohne im Uebrigen dem Herrn Berichterstatter vorzugreifen, eine Erwiderung auf diesen Punkt erlauben. Wir sind davon ausgegangen, dass, wenn ein Mitglied der lutherischen Landeskirche zur Baptistengemeinde übertritt, auch seine Kinder, wenn sie auch lutherisch getauft sind, von dem Uebertritt der Eltern an als Baptistenkinder würden anzusehen sein.

Die Eltern können doch nicht gezwungen werden, ihre Kinder noch in die lutherische Schule zu schicken, falls eine Schule ihrer Confession am Orte ist, sondern sie werden selbstverständlich das Recht haben, über ihre unmündigen Kinder zu verfügen, und sie in die Baptistenschule zu schicken. Würde keine solche am Orte sein, so würden sie doch das Recht haben, sie von dem lutherischen Religionsunterricht in der Ortsschule zurückzuhalten. Wenn nun solche Kinder die Ortsschule besucht haben, so werden sie bei der Entlassung aus der Schule von dem Schulinspector mit einer Bescheinigung über ihren Schulbesuch zu versehen sein, wie dies durch den von uns beantragten Zusatz zu § 8 vorgeschrieben ist. Wenn sie im Besitze dieser Bescheinigung sind, würden sie ja übrigens die Aufnahme in die lutherische Gemeinde fordern können, da sie alsdann als Mündige das Recht haben müssen, selbst über ihre Confession zu bestimmen.

Ich darf mir erlauben, auf diesen Zusatz zum § 8 bei dieser Gelegenheit noch mit einem Worte hinzuweisen, um der Versammlung die Gründe darzulegen, welche uns bewogen haben, denselben in Vorschlag zu bringen. Im § 2 der Regierungsvorlage heisst es:

„Diejenigen, welche nicht an Orten wohnen, wo eine Gemeinde ihrer Confession besteht, können sich in die nächstbelegene Gemeinde ihres Bekenntnisses aufnehmen lassen.“

Sie können das, müssen es aber nicht. Die Regierungsvorlage setzt also voraus, dass Baptisten, Reformirte oder Katholiken zerstreut im Lande wohnen können, ohne einer bestimmten Gemeinde ihrer Confession anzugehören. Dann fährt der Entwurf fort:

„Jeder wird so lange als Angehöriger der Landeskirche betrachtet, bis er seine Aufnahme in eine autorisirte Gemeinde seines Glaubensbekenntnisses nachgewiesen hat.“

Danach würden also, wenn sich hier in Itzehoe einige Baptisten aufhielten, während eine Baptistengemeinde hier noch nicht gebildet wäre, diese Baptisten nach dem Religionsentwurf so lange als Angehörige der Landeskirche angesehen werden, als sie noch nicht in eine Gemeinde ihrer Confession an einem andern Orte eingetreten wären. Man würde sie also nicht blos nöthigen, rücksichtlich der kirchlichen Steuern Alles zu leisten, was von Mitgliedern der Landeskirche gefordert wird, sondern man würde sie auch zwingen, ihre Kinder taufen event. confirmiren zu lassen. Das würde aber nach der Ansicht des Ausschusses, zumal nach Erlassung dieses Gesetzes, ein Verfahren sein, welches nicht zu rechtfertigen wäre. Wir sind deshalb davon ausgegangen, dass sie in Zweifelsfällen sich nur darüber auszuweisen haben würden, welcher Religionsgemeinschaft sie angehören. Nun kommt aber weiter die Frage: wie soll es mit den Kindern solcher Leute verhalten werden? Es ist in dem § 8 des Regierungsentwurfs eine Bestimmung getroffen über die Kinder von solchen Mitgliedern fremder Confessionen, welche einer bestimmten Gemeinde angehören. Derselbe lautet:

„In denjenigen Gemeinden, bei welchen eine Confirmationshandlung nach Maasgabe ihrer kirchlichen Satzungen nicht Statt findet, tritt an die Stelle derselben eine Prüfung der aus der Schule zu entlassenden Kinder (§ 11) vor der Schulinspection (§ 9), über welche von der letzteren eine Bescheinigung zu ertheilen ist, die in allen bürgerlichen Verhältnissen an die Stelle des Confirmationscheins treten soll.“

Das trifft aber nicht die Kinder Derjenigen, die hin und her im Lande an solchen Orten wohnen, wo eine Gemeinde ihrer Confession nicht ist, und die sich auch in eine Gemeinde ihrer Confession an einem andern Orte nicht haben aufnehmen lassen. Es würde also für diese die — wie es im § 8 der Regierungsvorlage heisst — „in allen bürgerlichen Verhältnissen an die Stelle des Confirmationscheins tretende“ Bescheinigung nicht zu erlangen sein. Daher haben wir geglaubt, mit Beziehung auf diese Kinder einen solchen Zusatz machen zu müssen. Wenn von dem Schulinspector der lutherischen Ortsschule auch nicht wird gefordert werden können, dass er eine Prüfung mit diesen Kindern, namentlich hinsichtlich ihrer Religionskenntnisse, vornehme, so wird doch nichts dem im Wege stehen, dass er die betreffende Bescheinigung für sie ausstelle, da er in derselben nur über den Schulbesuch und über die Entlassung aus der Schule den Kindern das nöthige Attestat ertheilen soll.

Abgeordneter Propst Balemann: Ich meine doch, wenn die Eltern auch der Gemeinde nicht angehören, so doch die Kinder,

weil sie in der lutherischen Kirche getauft sind und die Schule besucht haben.

Sollen sie denn gar nicht gefragt werden, eben weil der Vater später übergetreten ist? Sollen sie denn eo ipso der baptistischen Gemeinde angehören? Oder ist dies nur eventuell der Fall, wenn sie erklären, sie wollen es?

Abgeordneter Pastor Versmann: Es würde diese Frage schon vorher zu erledigen sein. Wenn Eltern zu einer andern Confession übertreten, so werden doch nicht die Kinder, die vielleicht 6- oder 8jährigen Kinder zu fragen sein, in welche Schule sie geschickt sein wollen, sondern die Eltern werden das Recht haben, darüber zu verfügen; so weit werden doch die unmündigen Kinder, die auch in kirchlicher Beziehung noch als unmündig betrachtet werden müssen, unter der Leitung der Eltern stehen. Wenn dann nachher die Confirmationszeit herankommt, so würde ein solches Kind, wenn es aus der Schule entlassen wird, mit dem Entlassungsschein in der Hand, das Recht haben, zu einem lutherischen Prediger zu gehen und die Confirmation zu beanspruchen, und würde nicht zurückgewiesen werden können. Ich würde es doch für sehr bedenklich halten, in dieser Sache Eltern und Kinder so gegen einander zu stellen und von den Kindern eine selbstständige Erklärung zu verlangen, so lange sie noch in einem kirchlich unmündigen Alter stehen. Ich glaube, das würde ein unberechtigtes Verfahren sein.

Abgeordneter Propst Balemann: Ich meine auch nicht gesagt zu haben, dass man Kinder von 8 Jahren fragen solle, sondern dann soll man sie fragen, wenn der Schulunterricht beendet ist, mit dem resp. 15. und 16. Jahre, wenn die Mündigkeit eintritt. Es ist gewöhnlich, dass Baptisten ihre Kinder in die Schule schicken, und das wird, auch wenn eine Gemeinde sich gebildet hat, so bleiben. Es heisst ja, diese Kinder sollen nach diesem Zusatz nicht entlassen werden mit einem Schein. Wir dürfen ihn nicht ertheilen; hier steht ja:

„Für solche Kinder, deren Eltern einer Gemeinde ihrer Confession nicht angehören, hat bei ihrem Austritt aus der Schule der betreffende Schulinspector eine Bescheinigung auszustellen, dass sie nach genügendem Schulbesuch aus der Schule entlassen seien. Diese Bescheinigungen sollen in allen bürgerlichen Verhältnissen an die Stelle des Confirmationsscheins treten.“

Abgeordneter Pastor Versmann: Das geehrte Mitglied der Geistlichkeit von Oldenburg hat, glaube ich, den Sinn unsers Zusatzes nicht ganz richtig aufgefasst, oder die Schuld mag daran liegen, dass wir nicht ganz concis und correct das ausgedrückt haben, was wir haben sagen wollen. Im § 8 ist zuerst die Rede von Kindern, welche in einer Gemeinde der Confession ihrer Eltern aufgewachsen sind. Nun handelt es sich weiter um die Kinder

solcher Eltern, die freilich Katholiken oder Baptisten sind, die aber nicht einer katholischen oder Baptistengemeinde angehören, weil an ihrem Wohnorte keine Gemeinde ihrer Confession ist. Für solche Kinder, deren Eltern einer Gemeinde ihrer Confession nicht angehören — das „ihrer“ soll nämlich in diesem Satze auf die Eltern gehen, nicht auf die Kinder —, hat bei ihrem Austritt aus der Schule der betreffende Schulinspector die Bescheinigung auszustellen. Der Prediger würde selbstverständlich das Recht haben, bei dieser Gelegenheit sie zu fragen: Wollt Ihr denn auch Baptisten oder Katholiken bleiben, wie Eure Eltern es sind? Wenn sie dann erklären, sie wollen auch der Confession angehören, welche die ihrer Eltern sei, so würde er ihnen, wie Kindern eines Baptisten, einen Schein über ihren Schulbesuch und ihre Entlassung aus der Schule auszustellen haben.

Abgeordneter Justizrath Wyneken: Wenn ich recht verstanden habe, so ist ausgesprochen, dass in einem solchen Falle die Kinder verlangen können, confirmirt zu werden. Das scheint mir doch sehr zweifelhaft; denn ein Kind in solchem Alter kann doch nicht das Recht haben, zu sagen: Ich will nun confirmirt werden im lutherischen Glauben! während die Eltern zu einer andern Religionspartei gehören. Ich meine, so lange die Kinder im Elternhause unter elterlicher Vormundschaft stehen, gehört das nicht zu ihren Befugnissen, sondern tritt erst ein mit der Mündigkeit, mit der die Selbstbestimmung beginnt.

Abgeordneter Pastor Versmann: Der Herr Secretair hat auf das, was ich geäußert, nicht Acht gegeben. Ich habe nämlich gesagt: nachdem sie die Bescheinigung über ihre Entlassung aus der Schule in Händen haben, haben sie das Recht, jeden Augenblick die Confirmation zu beanspruchen. Es handelt sich hier nicht um rechtliche Mündigkeit, sondern um kirchliche Mündigkeit. Kirchlich mündig ist bekanntlich Einer, wenn er confirmirt ist, und in denjenigen Confessionen, die die Confirmation nicht haben, wenn er die Bescheinigung über seine Entlassung aus der Schule hat. Damit wird ihm die kirchliche Mündigkeit zugesprochen, so dass er dann auch das Recht hat, seine Confession zu verändern, wenn er will.

Abgeordneter Justizrath Wyneken: Nachdem der Confirmande confirmirt ist, ist das, scheint mir, vollkommen richtig; aber es ist ein grosser Unterschied, ob er vorher verlangen kann, confirmirt zu werden, oder ob er die Mündigkeit erst besitzt, wenn er mit Zustimmung seiner Eltern confirmirt worden ist.

Abgeordneter Propst Simonsen: Ich erlaube mir, mit Beziehung auf das Gesagte hinzuzufügen, dass ein Fall der Art schon vor Jahren vorgekommen ist, wo eine herangewachsene Tochter eines Katholiken in einem Alter von 16 Jahren die Confirmation beanspruchte. Die Eltern legten ihr viele Hindernisse in den Weg;

es kam in Folge dessen zu einer weiteren Verhandlung, indem sie sich an den Ortsprediger hielt. Es kam die Sache an die damalige Schleswig - Holsteinische Regierung und den damaligen Generalsuperintendenten, und es wurde zuletzt festgesetzt, dass ihr der Religionsunterricht durch einen lutherischen Prediger ertheilt werden solle, in Folge dessen sie auch in die lutherische Kirche aufgenommen wurde. Die Weigerung der Eltern wurde damals von der Regierung nicht als eine berechtigte anerkannt.

Abgeordneter Pastor Versmann: Ich möchte dem nur noch hinzufügen, dass ja eben die Bescheinigung über die Entlassung aus der Schule, von der immer die Rede ist, ganz an die Stelle des Confirmationsscheines tritt. Dass wir also den Zeitpunkt der Entlassung aus der Schule nothwendig als zusammentreffend denken müssen mit dem Zeitpunkt der Confirmation in unserer Landeskirche, kann nicht zweifelhaft sein.

Abgeordneter Justizrath Wyneken: Ich danke für die mir gewordene Aufklärung. Aber mir scheint, dass der von dem Herrn Vorredner besprochene Fall etwas lebhaft an den Fall in Italien erinnert, wo auch eine solche Entscheidung gegen den Willen der Eltern vorgenommen worden ist.

Dann möchte ich mir noch eine Aufklärung darüber erbitten, warum der Ausschuss eigentlich zu dem § 13 bemerkt hat, dass die Oberaufsicht der Regierung über das Gemeindevermögen wegfallen soll. Es würde genügen, steht da, dass die Genehmigung der Regulative vorbehalten werde. Mir scheint nun aber, dass in der Hoheit, die dem Landesherrn immer zusteht, namentlich das Oberaufsichtsrecht immer mitbegriffen ist, und dass es zweckmässig ist, dass die Oberaufsicht eben mit Rücksicht auf die Erhaltung und stiftungsmässige Verwendung des Kirchenvermögens ausgeübt werde. Dagegen ist rücksichtlich unserer Kirche auf der folgenden Seite bemerkt worden, dass wir uns dem wohlbegründeten Aufsichtsrechte des Staates nicht würden entziehen können. Wenn aber mit Beziehung auf unsere Kirche das Oberaufsichtsrecht des Staates als wohlbegründet anerkannt wird, so scheint mir doch, dass, wenn die andern Religionsparteien unserer Kirche in allen Beziehungen gleichgestellt werden sollen, es doch richtiger wäre, wenn auch rücksichtlich ihrer das Aufsichtsrecht festgehalten würde.

Ferner ist gesagt worden zum § 3: „Klöster dürfen nicht errichtet werden.“ Damit bin ich ganz einverstanden; aber ich meine, dass in der katholischen Kirche namentlich auch ähnliche Verbindungen bestehen, die gerade nicht eigentliche Klöster sind. Es scheint mir doch, dass es nicht überflüssig wäre, wenn hinzugefügt würde: „Klöster und ähnliche Genossenschaften dürfen nicht errichtet werden.“ Es ist freilich sehr wahr, dass eine Umgehung des Gesetzes nicht zu verhindern ist, aber wenn man solche Be-

stimmungen trifft, so, scheint mir, muss man auch so weit gehen, als es eben angemessen erscheint.

Abgeordneter Propst Simonsen: Der geehrte Vorredner scheint vorauszusetzen, dass ein Kind in einem Alter von 16 oder 17 Jahren gar nicht in die Lage kommen könne, zu einem selbstständigen Glauben zu gelangen, namentlich nicht ein solches Kind, welches unter lutherischem Einfluss heranwächs't. Er scheint vorauszusetzen, dass eine solche Ueberzeugungskraft sich da nicht zeigen könne, ohne dass irgend etwas von Proselytenmacherei sich hineingemischt habe. Ich kann zu seiner Beruhigung hinzufügen, dass der von mir erwähnte Fall wenigstens nichts von irgend einer Proselytenmacherei an sich hatte, sondern dass das Kind sich selbstständig aus dem elterlichen Hause heraus an die betreffende Persönlichkeit wandte und eine Vergleichung mit dem bekannten Fall in Italien hier eigentlich nicht zutrifft.

Abgeordneter Justizrath Wynecken: Von Proselytenmacherei habe ich gar nicht gesprochen, aber eben die angeführten Worte: „aus dem elterlichen Hause heraus,“ scheinen mir charakteristisch, und das ist es, was ich eben hervorhob, dass das Kind, so lange es im elterlichen Hause sei, nach meiner Meinung eben nicht diese Selbstbestimmung habe.

Abgeordneter Pastor Versmann: Ich muss mir zu erwidern erlauben, dass die rechtliche und die kirchliche Mündigkeit zwei verschiedene Sachen sind.

Der Berichterstatter: Ich gestatte mir, noch Folgendes hervorzuheben, zunächst hinsichtlich des § 8. In den Motiven zum § 8 ist ausgesprochen, dass „der landeskirchlichen Confirmationshandlung, da sie zugleich den Abschluss der Schuljahre bezeichnet und den Nachweis der erforderlichen Schulbildung der Kinder liefert, ausser der kirchlich-religiösen eine grosse Bedeutung für das bürgerliche Leben von der Gesetzgebung beigelegt sei.“ Der § 8 des Entwurfs bestimmt dann ausdrücklich, welche Art von Bescheinigung in denjenigen Gemeinden, welche nicht zur Landeskirche gehören, an die Stelle der Confirmationshandlung treten soll. Durch den Zusatz, welchen der Ausschuss zum § 8 beantragt hat, hat dafür Sorge getragen werden sollen, dass solche Kinder, deren Eltern einer Gemeinde ihrer Confession nicht angehören, eine dem Confirmationsschein entsprechende Bescheinigung erhalten; es ist daher die Bestimmung vorgeschlagen, dass bei ihrem Austritt aus der Schule der betreffende Schulinspector ihnen eine Bescheinigung auszustellen habe, dass sie nach genügendem Schulbesuch aus der Schule entlassen seien. Diese Bescheinigung soll in allen bürgerlichen Verhältnissen an die Stelle des Confirmationsscheins treten. Um sie also einen solchen Schein nicht entbehren zu lassen, der mit Rücksicht auf die bürgerlichen Verhältnisse von ausserordentlicher Wichtigkeit ist, ist diese Bestimmung vom Ausschuss in Vorschlag gebracht und

dürfte doch wohl ihre Nothwendigkeit vollständig gerechtfertigt sein. — Auf die Vorfrage des geehrten Secretairs zunächst mit Bezug auf § 13 erlaube ich mir nur zu erwidern, dass es nicht die Absicht des Ausschusses gewesen ist, die Aufsicht des Staats gänzlich auszuschliessen. Unserer Ansicht nach übt der Staat die Aufsicht über die ökonomischen Angelegenheiten der Gemeinden fremder Confession hinreichend dadurch aus, dass er die Genehmigung der Regulative ertheilt. Im Ausschussbericht ist ausdrücklich hervorgehoben, dass diese Genehmigung der Regierung erforderlich sein solle, und deshalb ist ein Zusatz in Vorschlag gebracht, welcher lautet:

„welche der Genehmigung der Regierung bedürfen.“

Es ist aber ebenfalls hervorgehoben, dass es uns als eine unnöthige Beschränkung erscheinen würde, wenn die Regierung sich eine noch weiter gehende Einwirkung und Beaufsichtigung vorbehalten, etwa zu bestimmten Zeiten die Nachlebung der regulativmässigen Bestimmungen noch durch eine Inspection überwachen wollte. Es scheint uns um so weniger gegeben, eine solche Bestimmung zu treffen, als der Staat zur Gründung der Gemeinden fremder Confession durchaus nichts beiträgt. Nach dem Entwurf der Regierung war es zur Bedingung gemacht, dass Diejenigen, welche zur Bildung einer kirchlichen Gemeinde zusammentreten, den Nachweis führen sollten, dass die dazu erforderlichen Geldmittel vorhanden wären. Auch diesen Nachweis haben wir nach unserer Ansicht streichen müssen. In andern Staaten wird aus Staatsmitteln ein Beitrag zur Begründung und Erhaltung der Gemeinden einer fremden Confession geleistet; so z. B. ist im Oesterreichischen Protestantentum den Protestanten zugesagt, dass sie zur Erhaltung und Gründung neuer Gemeinden aus Staatsmitteln Zuschüsse erhalten sollen. Da in unserm Lande von solchen Zuschüssen aus Staatsmitteln nicht die Rede ist, so scheint es auch die Billigkeit zu fordern, dass der Staat nicht mehr verlange, als die Regulative zu genehmigen.

Dem von dem geehrten Secretair zum § 3 vorgeschlagenen Zusatz würde schwerlich von Seiten des Ausschusses etwas im Wege stehen, was ich freilich nur als meine persönliche Meinung aussprechen kann. Wir haben die Klöster ausgeschlossen aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit der Religionsübung der Katholiken stehen.

Abgeordneter Justizrath Wyneken: Auf die erste Bemerkung mochte ich mir zu erwidern erlauben, dass mir dann die Consequenz dahin zu führen scheint, dass auch der Staat sich nicht um die Regulative bekümmere, denn wenn er nicht das Recht haben soll, zu controliren; ob den Regulativen auch nachgelebt werde, so sehe ich nicht ein, warum ihm das Recht beigelegt werden soll, diese Regulative zu erlassen.

Der Berichterstatter: Daran haben aber die Gemeinden fremder Confession ein ganz specielles Interesse; denn sie könnten

in die Lage kommen, von ihren Interessenten die regulativmässig etwa bestimmten Beiträge zur Erhaltung der Gemeindeanstalten einzufordern, und falls ihnen die Beiträge verweigert werden sollten, den Schutz und Beistand des weltlichen Arms in Anspruch nehmen zu müssen. Dieser würde nicht zu verweigern sein, sobald die Regulative mit der Genehmigung der Regierung versehen sind; er würde ihnen aber nicht zur Seite stehen, wenn eine solche Genehmigung fehlte.

Abgeordneter Baron Blome: Der zur Discussion stehende Gesetzentwurf oder der Bericht des Ausschusses, der sich auf denselben bezieht, ist namentlich mit Beziehung auf die Stellung, welche der römisch-katholischen Kirche künftig in unserm Lande eingeräumt werden soll, von einer so grossen Wichtigkeit, dass ich mit dem Ausschuss es tief beklage, dass uns so wenig Zeit gegeben ist, diese Frage nach allen Seiten hin zu erwägen und zu beleuchten. Was die Regierung veranlasst hat, uns diesen Entwurf erst so spät vorzulegen, verstehe ich nicht, und wenn ich bedenke, dass der königl. Herr Commissair uns denselben erst am 4. März vorgelegt hat, also zwei oder drei Tage vor dem Schluss unserer Diät, falls wir nicht die Verlängerung erhalten hätten, die uns damals noch nicht gesichert war, — ich sage, wenn ich das bedenke und dazu noch den Umstand rechne, dass, so viel ich gehört habe, keine einzige der geistlichen Behörden im Lande um ihre Meinung und Ansicht über diesen Entwurf gefragt ist: so liegt eigentlich die Vermuthung nahe, dass wir der Absicht der Regierung würden entsprochen haben, wenn wir denselben vorläufig ad acta gelegt hätten. Dann würde das Odium, den Beschwerden der Katholiken nicht abgeholfen zu haben, auch auf die Holsteinischen Stände gefallen sein, und deshalb, glaube ich, hat der Ausschuss den richtigen Weg gewählt, wenn er nicht allein Tage, sondern auch Nächte angewandt hat, um den Entwurf der Regierung einer ernsten Beurtheilung zu unterziehen. Was nun den Ausschussbericht selbst betrifft, so stimme ich vollkommen mit dem Ausschuss darin überein, dass er den Entwurf einem kleinen Läuterungsprocess unterworfen, dass er namentlich den einzigen Mormonen und die „Andern“, die in dem Entwurf Platz gefunden hatten, unberücksichtigt gelassen und den Titel des Gesetzes demgemäss verändert hat. Ich stimme auch mit dem Ausschuss vollkommen darin überein, wenn er sagt, dass den Katholiken eigentlich ein positives Recht auf freie Religionsübung nicht zustehe, dass aber der Geist christlicher Duldung, der ja nach meiner Ansicht auch vor allem der evangelischen Kirche zum Grunde liegt, dahin treibe, die Beschränkungen, denen die Religionsübung der Katholiken bisher unterworfen war, zu entfernen,

Auf der andern Seite kann ich mir nicht verhehlen, dass bei dem aggressiven Charakter, welchen die Römische Kirche hat, und

bei der Macht, die ihr durch ihre Organisation und ihre Reichtümer zusteht, es nicht ganz ohne Gefahr für unsere Landeskirche sein wird, jener ein freies Feld zu öffnen. Ich möchte mir erlauben, in dieser Beziehung Einiges hervorzuheben, das bei mir Bedenken erregt hat, sei es nun, dass mein Standpunkt überhaupt ein anderer ist, sei es, dass ich den Ausschuss nicht recht verstanden habe, oder es von mir anders aufgefasst wird, als von ihm.

Zuvörderst möchte ich mir die Frage erlauben, welche Ausdehnung der Ausschuss dem Ausdruck Privatreligionsübung giebt; ob unter diesem Ausdruck das Recht verstanden ist, Capellen zu bauen, sich einen Hauscaplan zu halten, Messen im Hause halten zu lassen, die Dienstboten mit hinzuzuziehen u. s. w.

Der geehrte Berichterstatter wird vielleicht so gütig sein, mir mitzutheilen, welche Ausdehnung er diesem Ausdruck giebt.

Der Berichterstatter: Man unterscheidet Hausandacht, Privatgottesdienst und öffentlicher Gottesdienst. Die Hausandacht, d. h. die Erbauung im häuslichen Kreise kann Niemandem verwehrt werden. Der Unterschied zwischen Privat- und öffentlichem Gottesdienst besteht darin, dass ersterer die religiöse Erbauung in einem grösseren Kreise, der jedoch nicht eine Gemeinde bildet, unter Vernehmung des Gottesdienstes durch einen Geistlichen ist, während der öffentliche Gottesdienst voraussetzt, dass er innerhalb einer kirchlichen Gemeinde Statt finde. Die Gestattung des Privatgottesdienstes würde allerdings, wie der geehrte Herr Vorredner es bezeichnet, die Erlaubniss in sich enthalten, einen Hauscaplan anzustellen und ausser den Dienstboten auch andere Glaubensgenossen an dem Gottesdienste Theil nehmen zu lassen.

Abgeordneter Baron Blome: Dann würde auch eine Capelle ausserhalb des Hauses gebaut werden dürfen.

Der Berichterstatter: Ja! jedoch nach § 3 erst nach eingeholter Allerhöchster Genehmigung.

Abgeordneter Baron Blome: Nach dieser Erklärung behalte ich es mir vor, hierzu ein Amendement zu stellen.

Was ich zum § 2 bemerken möchte, hat das verehrliche geistliche Mitglied von Oldenburg schon hervorgehoben. Im Entwurf steht:

„Dagegen kann er an den Grundbesitz geknüpfte Rechte und Functionen mit Beziehung auf die Landeskirche, welche durch die kirchliche Gemeindemitgliedschaft bedingt sind, nicht ausüben. Zu diesen Rechten gehören indessen Kirchen- und Schulpatronatsrechte an und für sich nicht.“

Der Ausschuss hat dieses Wort stehen lassen, und ich werde mir ein Amendement vorbehalten, dahin gehend, dass nur evangelische Christen Kirchen- und Schulpatrone sein können. Die Gründe des Herrn Berichtstatters haben mich nicht überzeugt; auch kann ich es nicht für glaublich halten, wenn der geehrte Herr Secretair gesagt hat, dass die Bestimmungen der Schleswigschen Verfassung

über das Patronatsrecht wahrscheinlich mit Rücksicht auf ein bestimmtes Mitglied der Schleswigschen Ständeversammlung getroffen worden sind. Es scheint mir unmöglich zu sein, dass Jemand, der den Grundsatz hat, dass wir alle Ketzer und Ungläubige seien, die Wahl und Präsentation eines Predigers haben kann. Auf der andern Seite ist es nach meinem Dafürhalten für Candidaten unwürdig, dass sie ihre Gesuche an einen Patron richten sollen, der nicht allein ihren Glauben nicht hat, sondern sie geradezu für Ketzer hält.

Von dem § 5 hat das geistliche Mitglied von Oldenburg Alles gesagt, was ich mir zu sagen vorgenommen hatte. — Im § 6 des Regierungsentwurfs heisst es:

„Eheschliessungen zwischen fremden Glaubensgenossen sind, wenn beide Brautleute derselben Religionspartei angehören, durch die mit Allerhöchster Erlaubniss fungirenden Geistlichen etc. ihrer Confession, wenn sie verschiedenen Religionsgesellschaften angehören, von einem auctorisirten Geistlichen der einen dieser beiden Confessionen zu vollziehen. Die Entscheidung über die Wahl des Geistlichen steht in diesem Falle der Uebereinkunft der Brautleute zu.“

Ich glaube, dass diese Bestimmungen sowohl, wie die des § 10, zu vielfachen Schwankungen Anlass geben würden, und ich behalte mir daher zum § 6 folgendes Amendement vor:

„Bei gemischten Ehen geschieht die Trauung durch den Pfarrer des Bräutigams.“

Das hängt zusammen mit den Aenderungen, welche ich vorschlagen werde mit Beziehung auf den § 10, worin es heisst:

„Gehören die Eltern zu verschiedenen Religionsparteien, so kommt es auf den Willen des Vaters an, in welcher Confession die Kinder zu erziehen sind, und die Schule welcher Confession dieselben mithin zu besuchen haben.“

Mir scheint, dass diese Bestimmungen passender in den § 6 aufgenommen wären, welcher von der Eheschliessung handelt, als hier, wo von der Schule die Rede ist. Zum § 10 werde ich folgendes Amendement stellen:

„Alle Kinder folgen der Kirche des Vaters, so weit die Eltern es nicht einmüthig anders wollen, und sind mithin die Kinder, wenn die Eltern zu verschiedenen Religionsparteien gehören, in der Religion des Vaters zu erziehen.“

Eine Bestimmung, dass, wenn der Vater gestorben ist, die Mutter bestimmen kann, in welcher Confession die Kinder erzogen werden sollen, scheint mir nicht praktisch zu sein. Es geht nicht an, wenn die Kinder 11 oder 12 Jahre alt geworden und protestantisch erzogen sind, dass die Mutter dann nach dem Tode des Vaters verlangt, dass sie katholisch erzogen werden sollen. Ich halte es für viel besser, wenn man geradezu bestimmt, dass alle

Kinder unbedingt der Religion des Vaters folgen, es sei denn, dass die Eltern übereingekommen, in welcher Confession die Kinder zu erziehen sind; denn in das Heiligthum der Familie will ich nicht eingreifen. Augenblicklich habe ich nichts weiter zu bemerken.

Der Berichterstatter: Der Bemerkung des geehrten Vorredners mit Rücksicht auf die Ausübung des Patronatsrechts möchte ich noch, indem ich mich auf das früher Gesagte beziehe, hinzufügen, dass der Ausübung des Patronatsrechts seitens eines katholischen Patrons über eine lutherische Kirche, und umgekehrt, auf Grund der Bestimmungen des Westphälischen Friedens in Deutschland eine mehr als zweihundertjährige Uebung zur Seite steht, ohne dass man gehört hätte, dass für die lutherische Kirche ein Nachtheil daraus erwachsen wäre.

Abgeordneter Pastor Schrader: Die Versammlung wird gewiss mit mir sich dem Ausschusse zum aufrichtigsten Dank verpflichtet fühlen für den klaren, eingehenden und instructiven Bericht in einer so ausserordentlich wichtigen, eingreifenden Frage, um so viel mehr, da dem Ausschuss für diese Arbeit eine so ausserordentlich kurze Frist zugemessen war. Ich würde mich fast ausnahmelos mit den Anträgen des Ausschusses einverstanden erklären können, denn sie sind ganz aus den Anschauungen hervorgegangen, von denen auch ich ausgehe, — ich habe aber ein Bedenken, und zwar, ich muss es einräumen, ein sehr wichtiges Bedenken, bisher noch nicht überwinden können. Ich glaube dieses Bedenken am einfachsten in eine Frage fassen zu können. Können wir es unserer eigenen Kirche, können wir es unsern Gemeinden gegenüber verantworten, den Katholiken so weitgehende kirchliche Freiheiten einzuräumen, wie dieses Gesetz es will, so lange unsere eigene Landeskirche in der ihr gebührenden Stellung nicht gesichert, mit den ihr gebührenden Mitteln nicht ausgerüstet ist? Ich habe aus dem Ausschussberichte, ich denke, richtig, herausgelesen, dass dieses Bedenken ebenfalls im Schoosse des Ausschusses lebhaft ventilirt worden ist. Der Ausschuss räumt ein, dass die katholische Kirche aggressiv sei; er räumt ein, dass man der Versammlung keinen Vorwurf daraus würde machen können, wenn sie die Regierungsvorlage abweisen würde um deswillen, weil der Landeskirche noch nicht eine ihr gebührende Verfassung geworden ist; der Ausschuss räumt ferner ein, dass unsere Landeskirche einen sehr gerechten und begründeten Anspruch auf eine Verfassung habe; er spricht es überdies mit nachdrücklichen Worten aus, dass es eine moralische Pflicht der Regierung sei, der Landeskirche das nicht vorzuenthalten, was ihr gebühre; — aber dennoch kommt der Ausschuss schliesslich zu dem Antrage No. 1: „dass der vorgelegte Gesetzentwurf mit den angegebenen Abänderungen und Zusätzen zum Gesetz erhoben werde.“ Ich

halte dies allerdings für etwas ausserordentlich Bedenkliches, ja Gefährliches, ohne bestimmte daran geknüpfte Bedingungen. Die katholische Kirche ist aggressiv, das können und dürfen wir uns nicht verhehlen; es hilft nichts, die Augen darüber zu verschliessen und, weil sie bisher in unserm Lande ohnmächtig gewesen ist, anzunehmen, sie werde auch fortan ohnmächtig bleiben; sie muss aggressiv sein, das gehört zu ihrem Wesen und Charakter; sie behauptet, die allein seligmachende zu sein, und zwar nicht nach einer vorübergehenden Meinung, sondern nach einem Dogma, mit welchem sie steht und fällt; sie sieht den ganzen Complex evangelischer Länder, auch unser Land, an als eine *injuria temporum* in Folge einer fluchwürdigen kirchlichen Revolution verloren gegangene kirchliche Provinz, welche mit allen möglichen Mitteln zurückzuerobern sei; sie erklärt uns sammt und sonders für Abtrünnige und Ketzler.

Wie wird es nun in Zukunft bei uns sein? Nach dem Regierungsentwurf und den Amendements des Ausschusses, wenn der Entwurf so, wie er danach vorliegen würde, zum Gesetz erhoben werden sollte, werden die Katholiken in Zukunft Gemeinden errichten können im Lande wo immer sie wollen; denn es wird nur die eine Bedingung daran geknüpft, dass sie die Mittel zur Gründung der Gemeinde nachweisen. An Mitteln fehlt es bekanntlich der Römisch-katholischen Kirche nicht, und mit der Verwendung dieser Mittel zu ihren besonderen Zwecken pflegt sie nicht karg zu sein. Was wird nun die Folge sein? Nach meiner Ueberzeugung werden, vielleicht nicht in den ersten 10 oder 20 Jahren, — und wer kann es wissen, es mag rascher geschehen, als wir denken; denn die katholische Kirche rastet nicht, namentlich hier nicht, wo sie so viel einzuholen hat und gern das wiedergewinnen möchte, was sie verloren hat, — nach meiner Ueberzeugung werden in allen grösseren Städten und Orten Gemeinden erstehen, und die, welche bereits bestehen, werden fester begründet, ausgebaut, geschmückt und geziert werden; in vielen, oder jedenfalls in einzelnen Gütern, deren Besitzer bereits Katholiken geworden sind — die Convertiten sind bekanntlich die Eifrigsten für ihre Kirche — werden ebenfalls Gemeinden begründet, Priester in das Land gerufen werden etc., — und wir wissen es ja Alle, welchen Einfluss katholische Grundbesitzer auf die von ihnen abhängigen Unterhörigen ausüben. Es wird dann weiter in diesen also erwachsenen katholischen Gemeinden ein prachtvoller Gottesdienst eingerichtet werden, — die katholische Kirche arbeitet eben mit auf die Sinne wirkenden Mitteln; — es werden Schulanstalten begründet werden mit grossen Mitteln, ausgestattet mit Stipendien, mit Erleichterungen und mancherlei Anerbietungen für Die, welche an diesem Unterrichte Theil nehmen wollen; es wird eine Mission

ins Leben gerufen werden, von den tüchtigsten Kräften geleitet, eine Mission, welche das Volk bearbeiten soll, — und katholische Priester werden ihren Beichtstuhl eröffnen. Wer wird alsdann die Hinzuströmenden abhalten, wer den geheimen Finflüsterungen einer fremden gefährlichen Priesterschaft wehren können?

Und wer soll den Kampf mit diesem Gegner aufnehmen? Denn das darf ich aussprechen, dass die katholische Kirche unser Feind ist, d. h. wir befeinden sie nicht, sie aber sieht uns als ihren geborenen Feind an, den sie überwinden muss. Und wir nun, welche Waffen haben wir denn? Man verweist uns auf die Wahrheit; nun ja, die Wahrheit haben wir, die evangelische Wahrheit, das scharfe Schwert des Wortes Gottes, das wird uns auch bleiben, — aber wir werden es führen müssen zunächst mit gebundenen Armen, — und das ist ein ungleicher Kampf. Wir haben nicht die Mittel, welche der katholischen Kirche zu Gebote stehen.

Können wir etwa Gemeinden begründen und Kirchen bauen? Wir können es wohl, wenn wir die Mittel haben. — Wer giebt sie uns? Man verweigert uns sogar einige Tausend Thaler, um dieses so hochnothwendige Werk ausführen zu können. Können und dürfen wir eine unserm evangelischen Gemeindebewusstsein entsprechende Liturgie ins Leben rufen? Und wenn wir es könnten und dürften, wer reicht uns die Mittel dar, namentlich die künstlerischen, die dazu gehören, um solche Werke mit Erfolg zu betreiben? — Können wir Missionen anordnen und aussenden? Wir dürfen es nicht einmal, wir haben bisher nicht einmal einige Hülfsprediger, die nöthig, sehr nöthig wären für den geistlichen Dienst, erlangen können. Darum, meine ich, ist es in der That gefährlich, den Andersgläubigen, die uns als Feinde betrachten und uns angreifen werden, bedingungslos alle Thore und Thüren zu öffnen.

Der Antrag 1 des Ausschusses lautet:

„dass der vorgelegte Gesetzentwurf mit den angegebenen Aenderungen und Zusätzen zum Gesetz erhoben werde;“

dazu schlage ich folgenden Zusatz vor:

„sobald von Sr. Majestät Regierung die bindende Zusage ertheilt worden ist, dass die zur Regulirung der Verfassungsverhältnisse der evangelisch-lutherischen Landeskirche erforderlichen Massregeln unverzüglich in Angriff genommen werden sollen.“

Damit würde denn freilich der Antrag des Ausschusses sub 2 von selbst wegfallen.

In der Hoffnung nun, dass dieser Vorschlag von der Versammlung acceptirt und diese Zusage von der Regierung werde ertheilt werden, würde ich zu den Anträgen des Ausschusses nur eine kleine Bemerkung noch mir erlauben dürfen, indem ich übrigens mich wesentlich denselben anschliesse. Der Ausschuss hat es selbst gefühlt, dass es doch jedenfalls nöthig sei, der grossen weit ausge dehnten Religionsfreiheit, die den Katholiken nach diesem Gesetz eingeräumt werden soll, einige Beschränkungen hinzuzufügen; er hat daher vorgeschlagen, dass es ihnen nicht gestattet werden solle, Klöster zu bauen, wie auch, dass die Jesuiten keinen Eingang ins Land finden dürften. — Zu dem § 4 ist von dem Ausschuss keine Bemerkung gemacht worden; ich glaube aber, dass hier ebenfalls ein beschränkender Zusatz nöthig sein würde. Die katholische Kirche nämlich ist in ihrer Aggression ganz besonders darauf bedacht, äussere Mittel zur Anwendung zu bringen, solche Mittel, die keineswegs zu ihrer freien Religionsübung nothwendig gehören und deren nur in beschränktem Masse zulässige Verwendung für sie keine Gewissensbedrückung ergeben würde. Zu diesen Mitteln katholischer Wirksamkeit gehören vorzugsweise kirchliche Processionen, die mit grossem Pomp ausgeführt werden. Wer jemals in katholischen Ländern gewesen ist, wird sich davon durch den Augenschein überzeugt haben und wird auch wissen, welche ausserordentliche Wirkung eben damit hervorgerufen wird. Dazu gehört ferner die Ausstellung von Heiligenbildern und die damit häufig verbundene Aufforderung, zu solchen Heiligenbildern zu wallfahrten. Ich glaube in der That nicht, dass Jemand wird behaupten dürfen, dass die katholischen Glaubensgenossen in ihrem Gewissen beengt, bedrückt würden, wenn ihnen hier Schranken gesetzt werden, und ich schlage daher vor, dass zum § 4 der Zusatz hinzugefügt werde:

„Processionen, sowie Ausstellungen von Reliquien, Heiligenbildern und dergl. sind nur innerhalb der Kirchmauern zulässig.“

So weit also ein wirklich religiöses Bedürfniss für Katholiken dadurch befriedigt wird und sie einen Anspruch darauf haben, dass ihnen diese Befriedigung nicht verkümmert werde, wird sie ihnen durch diesen Zusatz auch gewährt. Ich behalte mir ein Amendement rücksichtlich dieser beiden namentlich berührten Punkte vor.

Abgeordneter Graf Reventlow-Jersbeck: Ich gestehe, dass ich die Besorgnisse des geehrten Vorredners nicht theile, und ich glaube nicht, dass dadurch, dass den fremden Religionsgesellschaften, die schon im Lande bestehen, eine grössere Freiheit, ihrer Ueberzeugung nach ihren religiösen Formen auszuüben, gewährt wird, die Landeskirche in Gefahr gerathen würde. Ich glaube sogar im Gegentheil, wenn wir wünschen, dass unsere Landeskirche eine verbesserte Organisation und Verfassung erhalte und ihr Raum

geschaffen werde, sich weiter auszubilden und frei zu werden von den sehr engen staatlichen Schranken, von welchen sie gedrückt ist, dass es hierzu nur dienlich sein wird, die fremden christlichen Religionsgesellschaften aus der Beschränkung, in der sie bisher gehalten sind, zu befreien.

Der Umstand, dass unsere Landeskirche allein berechtigt und ohne allen Kampf mit andern Confessionen war, hat vielleicht dazu beigetragen, sie einzuschläfern und in den traurigen Zustand zu bringen, in dem sie sich befindet.

Ich meine, unsere Landeskirche wird durch Aufhebung der den andern Religionsgesellschaften gesetzten Schranken belebt und eine neue Organisation derselben und frischeres Leben in derselben gefördert werden. Dessungeachtet muss ich Denen beitreten, die einige Schranken den fremden Religionsgesellschaften setzen wollen, welche der Ausschuss nicht befürwortet hat, und ich muss daher erklären, dass ich damit einverstanden bin, dass den Katholiken die Ausübung des Kirchenpatronats nicht gestattet werde. Ich glaube, ich brauche mich nicht sehr eingehend über die Gründe auszulassen; ich finde etwas Unwürdiges darin, dass wegen eines dinglichen Rechts Jemand sollte befugt sein, möglicherweise einen sehr grossen Einfluss in rein kirchlichen und religiösen Sachen auszuüben, ohne zur Kirche zu gehören. Ich stimme in dieser Beziehung freilich nicht mit dem Mitgliede von Oldenburg überein und halte die Sache nicht für so gefährlich für unsere Kirche; aber es widersteht meinem Gefühl, wenn man einmal organisirt und reorganisirt, dann ein solches Verhältniss bestehen zu lassen, dass Jemand, der zur katholischen Kirche gehört, ein protestantisches Kirchenamt ausübe. Sonst bin ich für Einschränkungen überhaupt nicht, weder für fremde Religionsgesellschaften, noch für die eigene Kirche. Ich will ein Beispiel anführen, um darzulegen, wie ich darin denke. Ich würde z. B. sehr dafür sein, dass auch die Anstellung der Geistlichen hier im Lande gar nicht auf die Landeskinder beschränkt würde. Ich würde glauben, dass es auch in dieser Hinsicht besser wäre, wie es früher in Deutschland gewesen ist, wo namentlich bei Anstellung von Geistlichen von dem Indigenat gar nicht die Rede gewesen; und als Beispiel, dass auch auswärts so gedacht wird, kann ich anführen, dass gerade das Gesetz, ich glaube vom 8. Oct. 1861, welches jetzt in Oesterreich erlassen ist und für die protestantische Kirche Alles sehr genau und deutlich bestimmt, es gestattet, dass aus andern Ländern Geistliche zugelassen werden. Dies spricht auch für die Ansicht des Ausschusses hinsichtlich der Beschränkung im Gesetzentwurf, dass fremde Geistliche hier durchaus keinen kirchlichen Act ausüben sollen, ohne jedesmal eine Allerhöchste Erlaubniss zu erwirken; es spricht dafür, dass man auch in dieser Beziehung nicht so eng denke und dem Ausschuss folge. Man hat von einer sehr grossen Gefahr gesprochen, die da-

durch entstehen würde, wenn katholische Missionen hier ins Land kommen würden. Ich muss gestehen, dass ich davon nichts fürchte, und wenn man ganz besonders befähigte Männer schickte, so würde es mich sehr interessiren, sie zu hören, aber ich glaube nicht, dass dadurch Viele katholisch würden. Wir haben ja in einer Nachbarstadt im vorigen Jahre katholische Missionen gehabt, die sehr interessant und anregend gewesen sein sollen. Dass in Folge dessen Uebertritte Statt gefunden, davon habe ich nichts gehört. Im Ganzen bin ich daher mit dem Ausschusse einverstanden; ich will aber auf einen kleinen Fehler bloss beiläufig aufmerksam machen.

Es ist sehr zu bewundern, dass der Ausschussbericht in der so enorm kurzen Zeit, in welcher er entstanden, so vortrefflich ausgefallen ist. Ich möchte aber doch auf ein kleines Versehen aufmerksam machen. Es ist nämlich auf Spalte 5 gesagt:

„Beiläufig erlauben wir uns zu bemerken, dass die Herrnhuter nicht zu den fremden Religionsverwandten gerechnet werden können, sondern zur protestantischen Kirche gehören.“

Das ist offenbar ein Versehen, denn es hätte heissen sollen:

„sondern zu den Augsburgischen Confessionsverwandten gehören.“

Erstlich ist es richtig, dass sie dazu gehören, und zweitens passt der Gegensatz hier nicht, denn die Reformirten werden vom Ausschuss zu den fremden Religionsverwandten gerechnet. Ich habe hierauf aufmerksam machen wollen, damit dies Versehen nicht in das Bedenken hineinkomme.

Abgeordneter Pastor Versmann: Der Ausdruck ist vielleicht nicht ganz genau. Wir haben darauf hinweisen wollen, dass es nicht nöthig gewesen wäre, den einen Herrnhuter unter die „Anderen“ mit aufzunehmen. Die Herrnhuter gehören der Landeskirche an und haben nur mit Beziehung auf ihre Gemeindeverfassung abweichende Bestimmungen. Ich will mir noch erlauben, auf einige Stücke, die im Laufe der Debatte vorgekommen sind, etwas weiter einzugehen. Zunächst auf das, was der verehrliche Abgeordnete für die Geistlichkeit aus Kiel über den Ausschussbericht und die Anträge des Ausschusses bemerkt hat. Ich habe mich früher schon, als die Proposition, die unserer Prüfung mit überwiesen ist, motivirt wurde, dahin ausgesprochen, dass ich mit dem Eintritt der Katholiken in das Land zugleich ein Eintreten von allerlei Kampf in kirchlicher Beziehung erwarte. Ich habe die Gründe für diese Meinung damals weiter ausgeführt und will heute nicht darauf zurückkommen. Auch ich halte es um dieses in Aussicht stehenden Kampfes willen für sehr wichtig und nöthig, dass der Landeskirche eine bessere Organisation gegeben werde, damit sie, wenn sie in den Kampf eintreten muss, das Schwert auch unbehindert führen könne. Eben die vorliegende Sache hat aufs Neue einen Beweis dafür geliefert, wie nothwendig es ist, dass rücksichtlich der Ver-

waltung der Landeskirche Aenderungen eintreten. Es sind uns allerlei juristische Vorlagen in dieser Diät gemacht worden. Wir haben zugleich gehört, dass dieselben vorher der Begutachtung der obersten Gerichtshöfe unsers Landes vorgelegt worden sind. Es ist uns eine Vorlage gemacht worden über die Verhältnisse der Juden im Herzogthum Holstein. Der Ausschuss, welcher in dieser Sache gearbeitet hat, wandte sich an den Königl. Herrn Commissair mit der Bitte, ihm einen Einblick in die Voracten zu gestatten. Da haben wir denn gefunden, dass der jüdische Oberrabbiner, das jüdische Gericht in Altona, der dortige Magistrat und das Oberappellationsgericht zuvor über diese Sache befragt worden sind, mit alleinigem Ausschluss der die Landeskirche vertretenden geistlichen Behörde. Jetzt liegt uns ein Gesetzentwurf über die künftige Stellung der andern Confessionen in unserm Lande vor, der, wie das auf der Hand liegt, auf das Tiefste in die Verhältnisse der Landeskirche eingreift. Wir haben uns wiederum mit der Bitte an den Königl. Herrn Commissair gewandt, uns eine Einsicht in die Voracten zu gestatten, und haben dieselben auch durch die Güte des Königl. Herrn Commissairs bekommen.

Daraus hat nun der Ausschuss erfahren, dass ein Gutachten über diese wichtige und eingreifende Vorlage von dem Bischof unserer Landeskirche gar nicht eingezogen worden ist. Die Vorlage ist, ohne dem obersten Geistlichen des Landes vorgelegt zu sein, aus der Königl. Regierung direct in die Versammlung gekommen. Allerdings hat der Bischof im Jahre 1859 auf gegebene Veranlassung sich einmal über die Frage, ob die Katholiken zu emancipiren seien oder nicht, ausgesprochen; er hat in einem Bericht, der den Acten anliegt, sich damals dahin geäußert, dass die Sache nach seiner Ansicht gewichtige Bedenken habe. Ich glaube aber doch, dass um so mehr Veranlassung vorgelegen hätte, jetzt noch einmal sein Gutachten einzuholen und diesen Gesetzentwurf ihm zur Prüfung vorzulegen. Ich glaube, es lässt sich nicht schlagender nachweisen, in welcher Lage in diesem Augenblick unsere Landeskirche ist, als wenn man auf diese Thatsachen hinweis't. In so fern also bin ich völlig damit einverstanden, dass es ein dringendes Erforderniss ist, namentlich da jetzt den Katholiken eine so freie Stellung eingeräumt werden soll, auch für unsere eigene Landeskirche etwas zu thun. Der Ausschuss ist aber der Ueberzeugung gewesen, dass nicht bloß die Versammlung das fühlen werde, sondern dass die Königl. Regierung selbst, namentlich nach den Verhandlungen, die über diese Sache in diesem Saale geführt sind, auch dieser Ueberzeugung sich nicht verschliessen werde; er hat geglaubt, sich der festen Hoffnung hingeben zu dürfen, dass die von der Versammlung in dieser Beziehung gestellten Anträge nicht lange auf Gewährung würden zu warten haben. Ausserdem würde es doch bedenklich sein, noch einmal wieder die begründeten Bitten und

Wünsche der andern Religionsparteien zurückzuweisen und alle die Beschränkungen noch länger aufrecht zu erhalten, die ihrer Religionsübung hier im Lande auferlegt sind. Wir haben uns nach vielfacher Berathung nicht dazu entschliessen können, der Versammlung dies zu empfehlen, und ich bin auch durch die heutige Discussion nicht zu einer andern Auffassung der Sache geführt. Wenn auch für eine Weile noch die Verhältnisse der Landeskirche unverändert bleiben, Eins hat sie auch jetzt, und dies Eine kann man ihr nicht nehmen, wenn man ihr nicht ihre Existenz nehmen will, — das ist die freie Predigt des Evangeliums von Jesu Christo. Ich habe das feste Vertrauen, dass das Evangelium, wenn der Kampf anhebt, wie er denn anheben wird, noch lauter und kräftiger innerhalb der Landeskirche verkündigt werden wird. Die Landeskirche wird immer mehr dess inne werden, was für einen Schatz unsere theure evangelische Kirche in der Predigt des Evangeliums hat, und dass sie den Katholicismus um alle seine die Sinne berauschende Herrlichkeit, worauf wir heute hingewiesen sind, nicht zu beneiden braucht.

Ich will mir erlauben, zugleich auf einige andere Punkte einzugehen, welche im Laufe der Debatte vorgekommen sind. Es ist von verschiedenen Seiten her immer wieder ein Punkt ins Auge gefasst; das ist die Ausübung des Kirchen- und Schulpatronats, welches nach dem Entwurf den Katholiken belassen ist, wogegen der Ausschuss keine Einwendung erhoben hat. Es ist ein Amendement nach der Seite hin angekündigt worden, und ich freue mich darüber. Der Ausschuss hat diesen Punkt wiederholt und eingehend erörtert und wird Veranlassung haben, diese Erörterung bei der Besprechung dieses Amendements vor der Schlussberathung noch einmal wieder aufzunehmen. Wie das Resultat einer solchen Besprechung ausfallen wird, ob wir das Amendement werden befürworten können oder nicht, darüber erlaube ich mir in diesem Augenblick kein Urtheil. Eins will ich doch aber jetzt schon hervorheben. Wenn das Kirchen- und Schulpatronat den Grundbesitzern, welche einer andern Confession angehören, nicht gelassen würde, so würde ihnen doch meines Erachtens jedenfalls das Recht gelassen werden müssen, dieses Patronatsrecht, welches an ihrem Grundbesitz haftet, auf einen andern zu übertragen, der der evangelisch-lutherischen Kirche angehört, selbstverständlich unter Genehmigung der Regierung. Es ist das, wie der geehrten Versammlung bekannt sein wird, auch in jenem besprochenen Schleswigschen Falle geschehen, und eben dieser Fall hat es bewiesen, dass eine solche Bestimmung auch ihre bedenklichen Seiten hat. Ueberdies würde es dann doch dem katholischen Patron noch überlassen sein, die Sache so zu ordnen, dass er wesentlichen Einfluss auf die Ausübung des Patronatsrechts behält, oder dies Recht in solche Hände zu legen, welche für die evangelisch-lutherische Kirche

wenig Schutz darbieten würden. Desshalb glaube ich, dass ein solches Amendement, wenn es angenommen würde, nicht eine solche Tragweite haben möchte, als ihm vielleicht beigelegt wird. Für uns ist es massgebend gewesen, dass es in der Deutschen Kirche bisher nach dem Grundsatz verhalten ist, der im Regierungsentwurf und auch im Ausschussbericht festgehalten ist, und wir haben geglaubt, dass davon auch hier im Lande nicht abzugehen sei. Ich kann irren, aber ich glaube, dass umgekehrt auch evangelischen Grundbesitzern in katholisch. Ländern Patronatsrechte belassen sind.

Wenn der geehrte Abgeordnete für die grösseren Grundbesitzer von Heiligenstedten auf den Privatgottesdienst hingewiesen und auf die Erbauung von Capellen auch ausserhalb des Hauses besonderes Gewicht gelegt hat, so habe ich eigentlich nicht verstanden, was für Besorgnisse aus diesen beiden Stücken zu entnehmen sind. Wenn ein kirchliches Gebäude aufgeführt werden soll, so wird immer vorher die Erlaubniss der Regierung einzuholen sein; ob das nun eine Kirche oder unter Umständen ein Betsaal oder eine Capelle sei, das scheint mir keinen wesentlichen Unterschied zu machen. Wichtiger ist allerdings das Andere, dass den katholischen Bewohnern des Landes ausser dem Hausgottesdienst nach der Ansicht des Ausschusses auch das Recht des Privatgottesdienstes gestattet sein soll, in solcher Weise, dass sie einen Hauscaplan halten und von ihm die Hausandacht leiten lassen können. Dies könnte ja ohne Frage dazu führen, dass allerlei Einwirkung auf die lutherische Landeskirche dadurch ausgeübt würde. Wenn aber den Katholischen der öffentliche Gottesdienst überall gestattet wird, so ist, wie mir scheint, darin eingeschlossen, dass wir sie rücksichtlich ihrer gottesdienstlichen Uebung nach keiner Seite hin behindern dürfen. Wenn z. B. hier in Itzehoe 3—4 katholische Familien leben und dieselben eine katholische Kirche nicht bauen könnten, warum wollte man sie hindern, nachdem ihnen freie Religionsübung gestattet worden ist, in einem ihrer Häuser eine Hauscapelle einzurichten, einen katholischen Geistlichen anzustellen und mit einander ihren Gottesdienst zu halten?

Was die Processionen betrifft, so haben wir geglaubt, dass die, so fern sie öffentlich sind, durch den § 4 ausgeschlossen wären. Es heisst da:

„Oeffentliche religiöse Handlungen dürfen nur in solchen Gebäuden oder an solchen Plätzen vorgenommen werden, welche für die Abhaltung derselben mit Genehmigung der Regierung bestimmt sind.“

Nun wird die Regierung, wenn hier von bestimmten Plätzen die Rede ist, doch schwerlich verstatten können, dass eine ganze Stadt mit ihren Strassen und Plätzen den Katholischen überlassen werde, um öffentliche religiöse Handlungen vorzunehmen. Wir haben nicht

bezweifelt, dass durch die Bestimmung des § 4 die öffentlichen Processionen ausgeschlossen seien.

Abgeordneter Pastor Schrader: Auf das, was das geehrte Mitglied der Geistlichkeit aus Itzehoe so eben ausgeführt hat, erlaube ich mir mit Rücksicht auf das, was ich vorher gesagt habe, zu bemerken, dass ich begreiflicherweise nicht die Kraft des Evangeliums irgendwie zurückstelle. Öffentlich, Mann gegen Mann, wird die evangelische Kirche mit ihren Geistlichen gewiss getrost der katholischen Kirche gegenüber treten können. Aber bekanntlich tritt die katholische Kirche noch mit ganz andern Waffen auf, wirkt noch mit ganz andern Mitteln.

Wenn der geehrte Vorredner ein grosses, festes Vertrauen, in Uebereinstimmung mit dem Ausschusse und dessen Ansichten, zur Regierung kund gegeben hat, wenn er hervorgehoben hat, dass sie (die Regierung) namentlich auch in Folge der hier in der Versammlung laut gewordenen Ansichten und Wünsche in Bezug auf die Verfassung der Landeskirche etwas thun werde, so möchte ich für meine Person kein Misstrauen gegen die Regierung geäussert haben; ich will aber dabei doch bemerken, dass ich allem persönlichen Vertrauen eine bestimmte Zusage seitens der Regierung weit vorziehe.

Ob unter dem Ausdruck im § 4 „öffentliche religiöse Handlungen“ Processionen etc. gemeint sein können, will ich dahin gestellt sein lassen; ich glaube, jedenfalls würde man darunter nicht wohl die Ausstellung von Heiligenbildern und so manches Andere, was diesem nach katholischem Gebrauch anhängt, verstehen können, und ich glaube deshalb, dass in der That sich der von mir gewünschte Zusatz sehr wohl rechtfertigen lasse, damit jedem Zweifel in der Beziehung eine Schranke gesetzt werde.

Der Berichterstatter: Ich möchte mir zunächst noch mit Beziehung auf den Vorwurf, der von dem geehrten Abgeordneten für die grösseren Gutsbesitzer von Jersbeck gegen einen Ausdruck im Ausschussbericht erhoben ist, zu bemerken erlauben, dass dieser Ausdruck, wenn er denn auch vielleicht nicht ganz genau richtig ist, wesentlich mit dem übereinstimmt, was Falck sagt. Im III. Bande, Seite 754 sagt er:

„Wenn übrigens hier von fremden Religionsverwandten die Rede ist, so können unter diesem Namen die Herrnhuter oder Mährischen Brüder nicht mit verstanden werden. Sie bilden im rechtlichen Verstande keine besondere Religionspartei, sondern gehören zur protestantischen Kirche etc.“

Demnächst möchte ich die Aeusserungen des geehrten Mitgliedes der Geistlichkeit aus Itzehoe über die Ausübung des Patronatsrechts seitens eines Katholiken an einer lutherischen und

eines Lutheraners an einer katholischen Kirche noch dahin ergänzen, dass, wie ich glaube auch früher schon hervorgehoben zu haben, nach Richter's Kirchenrecht (§ 154) eine an den Art. V, § 31 des Westphälischen Friedens bisher geknüpfte Uebung in Deutschland gestattet, dass ein Katholik Patron über eine protestantische Kirche und ein Protestant Patron über eine katholische Kirche sein kann. Es ist ferner im „Deutschen Staatswörterbuch von Bluntschli und Brater“ in Bezug auf die persönliche Befähigung zum Patronatsrecht bemerkt:

„Wie aber die Consequenzen dieses Standpunkts in Folge der den evangelischen Confessionen gewährten reichsgesetzlichen Anerkennung durch die Deutsche Entwicklung im Allgemeinen überwunden wurden, so konnte auch eine an die Bestimmungen des Osnabrücker Friedens (Art. V, § 31) sich anknüpfende Deutsche Uebung sich dahin geltend machen, dass Katholiken das Patronatsrecht über protestantische Kirchen, Protestanten über katholische Kirchen lange Zeit unbestritten ausgeübt haben. Darin lag die Anerkennung, dass ungeachtet der im sechszehnten Jahrhundert erfolgten Spaltung der Deutschen Kirche damit doch nicht jedes Band thatsächlicher Gemeinsamkeit der Reichsconfessionen weggefallen sei. Diese Uebung hat im Preussischen A. L. R., Thl. II, Tit. 11, § 340 etc. dahin ausdrückliche Anerkennung gefunden, dass der katholische Patron der evangelischen Gemeinde, und umgekehrt, drei Candidaten zur Auswahl vorzuschlagen hat.“

Es steht also ausser allem Zweifel, dass auf Grundlage der Bestimmung des Westphälischen Friedens in verschiedenen Deutschen Ländern das Patronatsrecht an einer lutherischen Kirche einem Katholiken unbestritten zugestanden worden ist.

Endlich möchte ich mir noch einige kurze Worte erlauben über den Antrag, den das geehrte Mitglied der Geistlichkeit aus Kiel gestellt hat. Derselbe hat vollkommen Recht, wenn er darauf hinweist, dass der Ausschuss in seinem Bericht sein tiefes Bedauern darüber ausspricht, dass, während seit langen Jahren das Bedürfniss einer der Landeskirche zu ertheilenden Organisation nicht nur im Lande, sondern selbst, wie gleichfalls im Ausschussbericht hervorgehoben ist, von der Regierung schon im Jahre 1856 anerkannt worden ist, trotzdem bei Vorlage dieses Gesetzesentwurfs nicht die mindeste Andeutung uns darüber gegeben ist, dass auf eine solche Reform unserer Landeskirche nur überhaupt Bedacht genommen werde, im Gegentheil in den Motiven darauf hingewiesen wird, dass eine solche der Landeskirche zu ertheilende Reform tief eingreifende und lange dauernde Verhandlungen voraussetzen würde. Der Ausschuss hat sich deshalb auch, wie von dem Mitgliede der Geistlichkeit aus Kiel hervorgehoben worden

ist, ernstlich die Frage vorgelegt, ob er nicht verpflichtet wäre, der Versammlung vorzuschlagen, dass bis dahin, wo der Versammlung eine Vorlage in Betreff der Reform der Landeskirche gemacht werde, der Gesetzentwurf abgelehnt werde. Wenn er trotzdem schliesslich den Antrag stellt, dass der Gesetzentwurf mit dem vom Ausschuss vorgeschlagenen Aenderungen zum Gesetz erhoben werde, so liegt darin doch kein Widerspruch, sondern ich muss mir erlauben, darauf hinzuweisen, dass der Ausschuss bestimmte Gründe angegeben hat, warum er trotz der entgegenstehenden Bedenken nicht zu dem Resultat gelangt ist, von der Annahme dieser Regierungsvorlage bis zur Verleihung einer neuen, ihren Bedürfnissen entsprechenden Verfassung an die Landeskirche abzurathen. Der Hauptgrund ist der, dass es wirklich doch nicht länger zu rechtfertigen sein würde, die fremden Religionsparteien unter dem unsäglich harten Druck stehen zu lassen, der auf ihnen rücksichtlich der Religionsausübung lastet, und zweitens, dass, wenn es auch anzuerkennen ist, dass sie in eine bessere Lage kommen würden rücksichtlich der Bildung von Gemeinden und ihrer kirchlichen Organisation, wie zur Zeit unsere Landeskirche, sowie dass beim Beginn einer nicht zu vermeidenden Bewegung auf dem kirchlichen Gebiet unsere Landeskirche doppelt der Herstellung einer neuen Organisation bedarf, — wir doch die Landeskirche weder als wehrlos ansehen, noch als wehrlos hinstellen können; für sie fürchten wir keine Gefahr. In dieser Beziehung möchte ich mich ganz dem anschliessen, was das geehrte Mitglied für die Geistlichkeit aus Itzehoe so eben geäussert hat.

Abgeordneter Pastor Schrader: Ich darf wohl bemerken, dass ich keineswegs behauptet habe, der Ausschuss sei inconsequent geworden, dass ich aber allerdings glaube, er hätte ebenso consequent den Antrag mit dem Zusatz, den ich vorgeschlagen habe, in die Versammlung bringen können. Ich will nämlich keineswegs die Erlassung dieses Gesetzes abhängig gemacht wissen von der zuvor ausgeführten Gemeindeorganisation, sondern ich wünsche nur, dass die Regierung, ehe das Gesetz erlassen wird, die bestimmte Zusicherung gebe, dass sie die zu solchem Zweck erforderlichen Massnahmen in Angriff nehmen wolle, damit es nicht geschehe, dass die fremden Religionsparteien im weitesten Umfang in Zukunft kirchliche Rechte bei uns geniessen, während wir selbst in unseren kirchlichen Rechten beschränkt sind. Denn das lässt sich gar nicht bestreiten, dass, wenn dieser Entwurf zum Gesetz erhoben wird, die fremden Religionsparteien in Zukunft viel günstiger gestellt sein werden, als wir selbst, und ich meine, es wäre durchaus nur billig und würde zur Beruhigung wesentlich beitragen, wenn die Regierung von einem richtigen Gefühl ihrer Stellung getrieben, durch eine solche Zusage erklärte: „ja, es ist in der That

nicht recht, den Fremden das Brot zu geben und es den Kindern vorzuenthalten!“

Der Berichterstatter: In dieser Hinsicht möchte ich nur noch meine innige Ueberzeugung dahin aussprechen, dass, wenn jetzt — nachdem im Jahre 1856 bereits von der Königl. Regierung in einem Actenstück, welches sich im Gesetz- und Ministerialblatt abgedruckt findet, die Nothwendigkeit einer Reform unserer Landeskirche anerkannt ist — der Antrag an Se. Majestät den König gerichtet wird, dass thunlichst bald eine aus Theologen und Laien zusammengesetzte Commission ernannt werde, um die Grundzüge einer der Landeskirche zu verleihenden, ihren Bedürfnissen entsprechenden Verfassung aufzustellen, — wenn die Ständeversammlung nach dem Vorschlage des Ausschusses die von dem Mitgliede des 2. städtischen Wahldistricts gestellte Proposition gleichzeitig mit der Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfs zum Beschluss erhebt, — wenn dann die Königl. Regierung doch nicht die nach Ansicht des Ausschusses ihr obliegende moralische Verpflichtung anerkennen würde, diejenigen Schritte zu thun, welche nothwendig sind, um eine Reform der Landeskirche herbeizuführen, — dass dann auch eine Zusage, die sie ertheilen würde, uns keine Garantie geben und dass es daher meinem Sinn vielmehr entsprechen würde, ohne die Bedingung einer solchen Zusage zu stellen, den erwähnten Antrag der Proposition dringend an den König zu richten, gleichzeitig aber den fremden Religionsbekennern diejenigen Rechte einzuräumen, auf welche sie meiner Ueberzeugung nach in der That einen in der Gerechtigkeit begründeten Anspruch haben.

Abgeordneter Graf Reventlow-Jersbeck: Ich will mir nur mit zwei Worten erlauben, darauf aufmerksam zu machen, dass ich einen Ausspruch darum noch nicht für richtig anerkennen kann, weil er vielleicht einmal einem sonst so würdigen Manne wie Falck entschlüpft ist. Uebrigens stelle ich mir die Sache so vor, dass der Ausschuss vielleicht einen Augenblick zerstreut gewesen ist durch das grosse Erstaunen über die vom Königl. Herrn Commissair ertheilte Auskunft, dass unter den 15 „Andern“ ein Herrnhuter sei, während bekanntlich eine ganze Herrnhuter-Gemeinde in Altona besteht.

Der Präsident: Wünscht Keiner der Herren noch das Wort zu ergreifen, — so schliesse ich hiermit die Vorberathung.

Achtunddreißigste Sitzung.

Den 19. März 1863, Vormittags 10 Uhr.

Anwesend 48 Mitglieder.

Der Präsident: Ich erlaube mir vorzuschlagen, dass wir zunächst übergehen zu der Schlussberathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Religionsausübung und Gemeindeverhältnisse der von der Landeskirche sich getrennt haltenden christlichen Glaubensgenossenschaften im Herzogthum Holstein.

Die Schlussberathung ist eröffnet.

Der Berichterstatter. Es wird zunächst die Aufgabe des Ausschusses sein, rücksichtlich der Amendements, welche zu dem Gesetzentwurf und zu den Aenderungsvorschlägen des Ausschusses gestellt sind, sich zu erklären. Der Ausschuss hat diese Amendements einer reiflichen Erwägung unterzogen; er hat sich aber doch mit keinem derselben einverstanden erklären können, sondern beharrt vielmehr bei den im Ausschussberichte niedergelegten Vorschlägen.

Was zunächst das erste Amendement des Abgeordneten für die grösseren Gutsbesitzer von Heiligenstedten betrifft, den letzten Satz im § 2 wegzulassen und statt dessen zu setzen:

„Nur evangelische Christen können Kirchen- und Schulpatrone sein oder an der Verwaltung des Kirchenregiments oder des Vermögens der evangelisch-lutherischen Kirche Antheil nehmen; doch bleibt es demjenigen Besitzer eines mit Patronatsrechten versehenen Grundstücks, der sich zur evangelischen Kirche nicht bekennt, unbenommen, die Ausübung der mit dem Grundstücke verbundenen Patronatsrechte für die Zeit seines Besitzes auf einen Andern zu übertragen, der nach dem Ermessen der ständigen Oberbehörde die dazu erforderlichen Eigenschaften besitzt,“

so bleibt der Ausschuss bei seiner Ansicht, dass die Bestimmungen, welche in der Gesetzvorlage enthalten sind, die richtigeren sein dürften. Ich erlaube mir, die Gründe, welche den Ausschuss dazu bewogen haben und welche schon in der Vorberathung geltend gemacht sind, kurz zu wiederholen.

Auf Grund der Bestimmungen des Westphälischen Friedens hat sich in Deutschland die Uebung geltend gemacht, dass einem katholischen Patron die Ausübung der Patronatsrechte über eine lutherische Kirche und ebenso einem lutherischen Patron die Ausübung der Patronatsrechte über eine katholische Kirche nicht verwehrt wor-

den ist. Diese Uebung, welche auf Grund des Westphälischen Friedens sich Geltung erworben hat, ist auch im Vaterlande zur Anwendung gekommen, und der Ausschuss glaubt, dass es richtiger ist, bei der Erlassung dieses Gesetzes nicht von der bisherigen Uebung abzuweichen, welche in dem übrigen Deutschland zur Anwendung kommt. Es ist zwar der Einwand dagegen erhoben, dass die Bestimmungen des Westphälischen Friedens für Holstein keine Geltung hätten, und allerdings findet sich in Falck's Handbuch die Aeusserung, dass die Bestimmungen des Westphälischen Friedens über die kirchlichen Rechte der katholischen und reformirten Religionspartei für Holstein nicht zur Anwendung kommen. Diese Aeusserung kann aber nicht die Bedeutung haben, welche ihr beigelegt ist, oder jedenfalls kann sie nicht in der Bedeutung, die ihr beigelegt worden ist, richtig sein. Nach meiner Ansicht kommen die Bestimmungen des Westphälischen Friedens für Holstein nicht zur Anwendung, so weit sie die Beschränkung des dem lutherischen Landesherrn beigelegten jus reformandi enthalten, katholischen Unterthanen, so fern sie im Lande geduldet würden, dasjenige Mass der Religionsübung zu belassen, welches sie an irgend einem Tage des Jahres 1624 besessen hatten, sowie ferner rücksichtlich der Festsetzung, dass das Jahr 1624 für den Besitz der Kirchengüter massgebend sein solle. Diese Bestimmungen des Westphälischen Friedens kommen aber einfach deshalb nicht für Holstein zur Anwendung, weil das Land im Jahre 1624 bereits so rein lutherisch geworden war, dass keine Katholiken in demselben im Besitz von Religionsübung oder Kirchengüter waren; es fehlte also das Object für die Anwendung jener Bestimmungen des Westphälischen Friedens. Wo dieses nicht fehlt, kann das Westphälische Friedensinstrument auf Geltung ebenso sehr für Holstein Anspruch machen, wie für das übrige Deutschland. Wenn der Ausschuss also der Ansicht war, wie ich gesagt habe, dass von jener auf Grund des Westphälischen Friedens in Deutschland zur Anwendung kommenden Uebung rücksichtlich der Ausübung des Patronatsrechts nicht abzuweichen sei, war der Ausschuss gleichzeitig der Ansicht, dass die Belassung der Ausübung des Patronatsrechts durch katholische Patrone mit keiner Gefahr für die evangelisch-lutherische Landeskirche verknüpft sei. Wir glauben nicht von der Voraussetzung ausgehen zu dürfen, dass ein Patron katholischer Confession die ihm durch das Patronatsrecht zustehende Befugniss missbrauchen würde, um einer lutherischen Kirche und den Interessen einer lutherischen Gemeinde zu schaden, und ferner möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Bestimmung, welche das Amendement in Vorschlag bringt, wenn es in dem letzten Satze desselben heisst;

„doch bleibt es demjenigen Besitzer eines mit Patronatsrechten versehenen Grundstücks, der sich zur evangelischen Kirche nicht bekennt, unbenommen, die Ausübung der mit

dem Grundstücke verbundenen Patronatsrechte für die Zeit seines Besitzes auf einen Andern zu übertragen, der nach dem Ermessen der ständigen Oberbehörde die dazu erforderlichen Eigenschaften besitzt,“

auch nicht als völlig ausreichend und geeignet angesehen werden kann, die Interessen der lutherischen Kirche zu sichern. Ich erlaube mir, in dieser Beziehung auf das Beispiel Bezug zu nehmen, welches in der Vorberathung bereits angeführt ist, nämlich auf den bekannten Schleswigschen Fall. In Schleswig gilt genau die gleiche Bestimmung, die durch das Amendement in Vorschlag gebracht ist. Der katholische Patron einer lutherischen Kirche wurde genöthigt, die Ausübung seines Patronatsrechts einem Stellvertreter zu übertragen; trotz seiner Proteste blieb es bei dieser Auflage. Er präsentierte der Regierung verschiedene Stellvertreter, welche diese aber alle als nicht geeignet verwarf, worauf sie zuletzt die Ausübung des Patronats dem Kirchenvisitatorium übertrug.

Das zweite und dritte Amendement hängen wesentlich mit einander zusammen. Der Ausschuss hat sich auch nicht für diese Amendements erklären können; er hat zunächst einige formelle Bedenken, d. h. Bedenken mit Bezug auf den diesen Verbesserungsvorschlägen gegebenen Ausdruck.

Was nämlich das erste Amendement betrifft zum § 6 im zweiten Satz der mit den Worten beginnt:

„Die Entscheidung“ u. s. w. wegzulassen und dagegen einzuschalten: „In diesem Falle geschieht die Trauung durch den Pfarrer des Bräutigams,“

so möchte ich hervorheben, dass nach der Regel *ubi sponsa ibi copula*, wenn man eine solche Bestimmung treffen wollte, die Trauung durch den Pfarrer der Braut geschehen müsste.

Statt Pfarrer würde es auch jedenfalls heissen müssen „Geistlichen etc.“, da die ganze Gesetzesvorlage sich nicht allein auf die Katholiken, sondern auch auf die Anglikaner, Mennoniten und Baptisten bezieht. Für Diejenigen, welche glauben sollten, durch diese Bestimmung für das Interesse der lutherischen Confession in unserm Lande sorgen zu müssen, möchte ich noch beiläufig hervorheben, dass auch aus dieser Rücksicht der Bestimmung der Vorzug zu geben sein würde, dass der Pfarrer der Braut die Copulation zu vollziehen habe, da die Katholiken nach der von der Regierung uns vorgelegten Uebersicht gegenwärtig im Lande über die Hälfte mehr Männer zählen, als Frauen.

Auch aber gegen das sub 3 gestellte Amendement muss der Ausschuss sich erklären. Es lautet folgendermassen:

„Im § 10 den 2., 3. und 4. Satz von den Worten an: „Gehören den Eltern“ bis zu den Worten „zu erziehen“ — wegzulassen und statt dessen einzuschalten: „Alle Kinder folgen der Kirche des Vaters, so weit die Eltern es nicht ein-

müthig anders wollen, und sind mithin die Kinder, wenn die Eltern zu verschiedenen Religionsparteien gehören, in der Religion des Vaters zu erziehen.“

Schon das Wort „Kirche“ würde nicht passen, wenn ein Baptist eine Ehe mit einem Mitgliede einer andern Glaubensgenossenschaft geschlossen hätte, weil von einer Baptistenkirche nicht die Rede sein kann. Sollte dies Amendement angenommen werden, so würden wir jedenfalls anheimgeben, demselben eine etwas andere Fassung zu geben, etwa dahin:

„Alle Kinder sind in der Confession des Vaters zu erziehen, falls nicht eine ausdrückliche Willenserklärung der Eltern das Entgegengesetzte bestimmt.“

Wir müssen aber doch der Bestimmung, wie sie in der Regierungsvorlage enthalten ist, den Vorzug geben. Jede Bestimmung, die sich auf die Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen erstreckt, mag in dem einen oder andern Falle zu einer Härte führen können; nach der Erwägung, der der Ausschuss die in dieser Rücksicht zu treffende Bestimmung unterzogen hat, ist er zu der Ansicht gelangt, dass die Bestimmung, welche im Regierungsentwurf enthalten ist, am wenigsten zu einer Härte führen könne, da es nach ihr, wenn die Eltern zu verschiedenen Religionsparteien gehören, zunächst auf den Willen des Vaters ankommt, in welcher Confession die Kinder zu erziehen sind, und nur, wenn der Vater gestorben oder unfähig geworden, seinen Willen zu erklären, der Wille der Mutter entscheidend sein soll. Ebensowenig haben wir uns mit den beiden Amendements des Herrn Abgeordneten für die Geistlichkeit aus Kiel einverstanden erklären können. Was das erste betrifft, dass dem Schlusse des § 4 hinzugefügt werde:

„Ausstellungen von Reliquien, Heiligenbildern etc. sind nur innerhalb der Kirchenmauern zulässig,“

so möchte ich Folgendes hervorheben. An sich vermag der Ausschuss nicht einzusehen, warum es den Katholiken nicht gestattet sein soll, auch an den äusseren Kirchenmauern Reliquienkästchen oder Heiligenbilder anzubringen. Ist eine solche Ausstellung mit einer öffentlichen Religionshandlung verbunden, so bedarf die letztere nach § 4 vor ihrer Abhaltung der Genehmigung der Regierung; überhaupt vermag der Ausschuss in ihrer Ausstellung ausserhalb der Kirche nicht irgend eine Gefahr für die lutherische Kirche oder irgend etwas zu erblicken, was deren Mitgliedern einen Anstoss zu geben im Stande wäre. Wir haben uns desshalb nicht damit einverstanden erklären können; ebenso wenig mit dem ferneren Amendement,

„dass dem Antrage 1 des Ausschusses (Seite 16 des Ausschussberichts), dahin lautend, „dass der vorgelegte Gesetzentwurf mit den angegebenen Abänderungen und Zusätzen zum Gesetz erhoben werde,“ hinzugefügt werde: „sobald von Sr. Majestät Regierung die bindende Zusage ertheilt worden ist, dass die

zur Regulirung der Verfassungsverhältnisse der evangelisch-lutherischen Landeskirche erforderlichen Massnahmen unverzüglich in Angriff genommen werden sollen.“

Der Ausschuss kann sich, wenn er sich gegen das Amendement erklärt, nur auf das beziehen, was im Ausschussbericht gesagt ist. In demselben hat der Ausschuss ausgesprochen, wie sehr auch er es für beklagenswerth halte, dass die Königl. Regierung nicht zuerst auf eine neue Organisation der Landeskirche Bedacht genommen habe, ehe den fremden Religionsgesellschaften grössere Freiheiten gewährt würden. Er hat aber zugleich die Gründe entwickelt, welche den Ausschuss bewogen haben, die Annahme des Gesetzes nicht bis dahin abzulehnen, dass der Landeskirche die Reform der Verfassung zu Theil werde, welcher sie bedarf. Sind diese Gründe richtig — und wir sind noch völlig davon überzeugt, dass sie richtig sind —, dann wird es auch nicht erforderlich sein, die Annahme des Gesetzes von der Bedingung abhängig zu machen, deren Aufstellung der Zweck dieses Amendements ist. Wir glauben, dass die Nothwendigkeit einer Reform der Verfassung der Landeskirche so sehr gegeben ist, dass die Regierung sie füglich nicht länger werde hinausschieben dürfen und wollen; sie wird es um so weniger thun, wenn wir bereitwillig dazu die Hand bieten, den fremden Religionsgesellschaften die Freiheiten zu gewähren, auf die sie in der That einen in der Gerechtigkeit begründeten Anspruch haben, und die Proposition, welche heute zur Schlussberathung steht, einmüthig zu unserm Beschluss erheben.

Endlich bleibt mir noch übrig, den letzten Zusatz, der von dem geehrten Mitgliede für die Geistlichkeit aus Oldenburg zum § 5 des Ausschussberichts beantragt ist, zu berühren. Derselbe lautet:

„Geistlichen der katholischen Kirche, welche nicht im Lande angestellt sind, ist das kirchliche Wirken im Lande nur mit Allerhöchster Erlaubniss gestattet.“

Der Ausschuss kann sich auch mit diesem Zusatzantrage nicht einverstanden erklären, sondern muss bei seinem im Ausschussberichte niedergelegten und motivirten Antrage beharren. Dieser Zusatz bezieht sich nur auf Geistliche der katholischen Kirche; der § 5 handelt von Geistlichen aller fremden Confessionen; dieser Zusatz würde also nur die Geistlichen Einer fremden Confession beschränken und nicht die andern. Wir glauben, dass auch der katholischen Confession eine solche Beschränkung nicht aufzuerlegen ist. Nach unserm Vorschlage würde der § 5 die Bestimmung enthalten, dass die hier im Lande angestellten Geistlichen, also was die Katholiken in specie betrifft, sowohl die an den Gemeinden wie die behufs des Privatgottesdienstes angestellten katholischen Geistlichen der Allerhöchsten Erlaubniss bedürfen, ehe sie geistliche Functionen verrichten dürfen. Es ist im § 5 zugleich bestimmt, dass diejenigen Handlungen des Geistlichen, an deren Verrichtungen der Staat ein Interesse hat, wie Taufen, Confirmationen, Aufgebote und Trauungen dem Staate gegen-

über nur dann Gültigkeit haben sollen, wenn sie von einem an einer Gemeinde angestellten Geistlichen vorgenommen werden. Wir sehen nicht ein, welche Gefahr für die evangelische Kirche damit verbunden sein könnte, wenn auswärtigen katholischen Geistlichen gestattet würde, an denjenigen Orten, wo öffentlicher Gottesdienst oder Privatgottesdienst gestattet ist, geistliche Handlungen, welche nicht ausschliesslich zum Amte des an einer Gemeinde angestellten Geistlichen gehören, vorzunehmen, auch ohne vorher die Allerhöchste Erlaubniss eingeholt zu haben.

Abgeordneter Baron Blome: Herr Präsident! Ich habe schon in der Vorberathung einige Bedenklichkeiten geäussert über den Umfang, der dem Begriff „Privatgottesdienst“ gegeben werden könnte; ich habe darauf von dem Ausschusse die Aufklärung erhalten, dass sowohl der Bau von Capellen, wie auch die Anstellung von Hauscaplänen nicht ohne bestimmte Auctorisation der Regierung Statt finden könne, und ich habe diesen Punkt mithin fallen lassen. Dagegen habe ich 3 Amendements gestellt, und ich bedauere, dass der Ausschuss sich nicht hat veranlasst gefühlt, dieselben anzunehmen. Das erste Amendement bezweckt, die Katholiken von der Ausübung des Patronatsrechts auszuschliessen und dieses nur evangelischen Christen zu gestatten. Ich wiederhole, was ich schon in der Vorberathung gesagt habe, dass es mir widernatürlich erscheint, dass man einem Katholiken mit seinem Glauben an die alleinseligmachende Kirche und mit seiner Verwerfung unserer Kirche als einer Ketzerkirche irgend einen Einfluss auf die Besetzung von Predigerstellen gestatten will.

Ich will gern glauben, dass ein katholischer Christ diesen seinen Einfluss nicht in einem verderblichen Sinne für unsere Landeskirche ausüben werde, aber ich muss doch sagen, dass er vollkommen gleichgültig dabei sein wird, ob dieser oder jener Ketzer das Predigtamt erhält, und ich meine, dass schon dies Gefühl der Gleichgültigkeit von Seiten des Patrons Grund genug wäre, ihm dieses Recht nicht zu gestatten. Der verehrliche Berichterstatter hat sich auf die Bestimmungen des Westphälischen Friedens berufen und hat schon in der Vorberathung gesagt, dass diese Bestimmungen eben nicht auf Holstein hätten angewandt werden können, weil damals keine Katholiken im Lande waren. Dass nach dem Westphälischen Frieden in Deutschland hier und dort wenigstens Patronate an Katholiken gegeben worden sind für protestantische Kirchen und umgekehrt sogar auch Protestanten Patronatsrechte in katholischen Ländern ausgeübt haben, das ist unbestreitbar; aber ich möchte doch bezweifeln, dass der geehrte Berichterstatter sichere Nachrichten darüber hat, ob das Patronatsrecht eines Protestanten in katholischen Ländern nicht durch Einmischung der Bischöfe derartig beschränkt wird, dass es eigentlich ein vollkommen illusorisches Recht ist. Wenn der geehrte Berichterstatter gesagt hat, dass auch im Vaterlande dieses Recht zur

Ausübung gebracht werde, so kann ich ihn zurückweisen auf die Note, die sich in Falck's Handbuch befindet, wo bestimmt ausgesprochen worden ist, dass es nur in einzelnen Fällen gestattet worden ist, also jedenfalls nur ausnahmsweise, und dass man es nicht als ein Anrecht, sondern nur als eine Concession ansehen muss, die den Katholiken von Zeit zu Zeit gegeben worden ist. Meine Herren! Wir haben bei der Verhandlung über die Verhältnisse der Juden äussern hören, wie es doch ein empörendes Ereigniss für einen Christen sei, sich von einem jüdischen Richter den Eid abnehmen zu lassen. Ich gestehe nun aufrichtig, dass es für mich vollkommen ebenso empfindlich ist, wenn ich mir denke, dass ein Candidat der Theologie sein Gesuch an einen Patron richten soll, von dem er weiss, dass er ihn für einen Ketzer und sogar für einen fluchwürdigen Ketzer hält.

Mein zweites Amendement hängt eng mit dem dritten zusammen und würde, falls das dritte Amendement nicht angenommen wird, von selbst wegfallen. Der geehrte Berichterstatter hat mich auf einige formelle Fehler aufmerksam gemacht, welche dies Amendement habe, und darin muss ich ihm Recht geben. Ich habe überhaupt nur an Katholiken gedacht, habe aber nichts dagegen, dass die Aenderungen, die der Berichterstatter vorgeschlagen, in dem Falle, wenn das Amendement angenommen wird, vorgenommen werden. Dieses dritte Amendement also bezweckt, es durch Gesetz festzustellen, dass die Kinder aus gemischter Ehe der Kirche des Vaters folgen sollen. Ich glaube, dass gewiss ein jeder Staat vollkommen berechtigt ist, in dieser Beziehung ein allgemeines Gesetz zu erlassen, und so viel ich weiss, sind zwei Fassungen eines solchen Gesetzes in Deutschland hergebracht. Die eine Fassung ist die, dass das Kind eben der Kirche des Vaters folge, und die zweite, dass es je nach dem Geschlecht gehe. Für beide Fassungen lassen sich gewiss viele Gründe anführen; ich glaube aber, dass die erste Fassung deshalb die beste sein würde, weil, wenn es nach dem Geschlechte geht, der Zwiespalt der Kirche auch in der Familie noch fortgesetzt werden und Unfrieden in derselben hervorrufen würde. Ich glaube auch, dass in Preussen dieser Grundsatz durchgeführt ist, so viel ich weiss, in den östlichen Provinzen mit dem grössten Erfolge, in den westlichen Provinzen weniger, weil die katholische Geistlichkeit gegen diese Bestimmung ankämpfte. In Oesterreich allein gilt ein anderer, nämlich der Grundsatz, dass, wenn der Vater Katholik ist, sämmtliche Kinder auch Katholiken werden, wenn der Vater aber Protestant ist, es je nach dem Geschlechte geht. Dass dieser Grundsatz ein ungerechter ist, wird wohl von allen Seiten zugestanden werden. Der Entwurf will eigentlich dasselbe, was ich vorgeschlagen habe, nur etwas modificirt. Der Entwurf will ja auch, dass das Kind dem Vater folge, oder dass es in der Wahl des Vaters stehe, in welcher Confession das Kind erzogen werden soll; wenn der Vater stirbt und sein Wille nicht er-

mittelt werden kann, soll es zunächst nach dem Willen der Mutter gehen; wenn auch dieser nicht constatirt werden kann, sind die Kinder in der Religion des Vaters zu erziehen. Ich glaube, dass diese Bestimmungen des Entwurfs die Thür offen lassen für sehr viele Intriguen, und ich würde es daher einfacher finden, wenn das Gesetz sagte: es soll nun einmal so sein, die Kinder folgen der Kirche des Vaters.

Mein zweites Amendement, worin ich gesagt habe: „in diesem Falle geschieht die Trauung durch den Pfarrer des Bräutigams,“ hängt, wie bereits gesagt, eng mit dem dritten zusammen und fällt von selbst weg, falls das dritte verworfen würde. Da ich das Wort nicht wieder ergreifen darf, möchte ich mir jetzt noch erlauben, ein paar allgemeine Bemerkungen hinzuzufügen. Der Gesetzentwurf, der uns vorliegt, ist mir ein neuer Beweis, dass der Geist religiöser Toleranz jetzt mehr und mehr um sich greift, und ich freue mich, dass uns Gelegenheit gegeben ist, die lästigen und auch unverständigen Beschränkungen, denen die Katholiken in Beziehung auf die Ausübung ihrer Religion unterworfen waren, zu beseitigen. Dass dieser Geist der Toleranz seinen Einfluss auch auf katholische Regierungen geäußert hat, davon haben wir einen Beweis in dem Reichsverfassungsgesetz, welches Oesterreich erlassen hat. Aber, meine Herren! täuschen wir uns darüber nicht, die Römisch-katholische Kirche kennt das Wort Toleranz nicht, für die Römisch-katholische Kirche ist das Wort Toleranz ein Unsinn und eine Sünde. Sie hält ihren alten Standpunkt fest, sie glaubt, die allein seligmachende Kirche zu sein, und hofft die Alleinherrschaft wieder zu erringen, und sie strebt danach, dass es baldmöglichst geschehe. Wir dürfen uns also nicht verhehlen, dass dieses Streben der Katholiken, sowie sie bei uns festen Fuss gefasst haben, auch in unserm Lande Statt finden werde. Der geehrte Abgeordnete für die Geistlichkeit aus Kiel hat schon in der Vorberathung hervorgehoben, dass uns ein schwerer Kampf bevorstehe, und dass wir nicht mit ganz gleichen Waffen kämpfen würden. Ich kann dem nur beistimmen, aber ich möchte noch hinzufügen: die Macht der katholischen Kirche liegt nicht allein darin, dass sie eine einheitliche Organisation hat, dass sie über grosse Mittel verfügen kann, dass sie einen prunkvollen Gottesdienst hat, der die Massen anzieht, sondern sie hat auch noch einen tieferen Grund, und das ist der, dass die katholische Religion für alle bequemen Geister und namentlich also auch für die Massen bequem ist; denn sie giebt eine sichere Bürgschaft der Seligkeit, wenn man nur gewisse Glaubenssätze gelten lassen will und sich gewissen Gebräuchen unterwirft. „Für die Massen,“ sagt ein Schriftsteller, der, glaube ich, in dieser Frage eine Auctorität ist, „ist die Last der Freiheit im Reich des Geistes schwerer zu tragen, als die Last der Unfreiheit, indem es viel angenehmer ist, sich fertig gemachte Meinungen durch die Hand des

Priesters und die heilige Predigt anzueignen und zu übernehmen, als in dem Heiligthum des eigenen Gewissens mit schweren Sorgen und Kämpfen diese Meinungen sich zu erwerben.“ Meine Herren! Ich warne Sie also, auf der Hut zu sein, und würde in der Beziehung wünschen, dass die geehrte Versammlung die Amendements annehme, die, wenn sie auch keine Sicherheit bieten, doch eine Art Schutzwehr gegen das aggressive Verfahren der Katholiken sind.

Abgeordneter Pastor Schrader: Es möge mir gestattet sein, ein paar Worte zur Rechtfertigung der von mir gestellten Amendements vorzubringen. Der Ausschuss hat nicht geglaubt, auf die von mir beantragten Aenderungen und, wie ich meine, Verbesserungen eingehen zu können.

Was meinen Hauptantrag betrifft, nämlich, dass das Gesetz erst erlassen werde, wenn von der Regierung Zusagen zu Gunsten unserer Landeskirche gemacht sind, so glaube ich in der That, dass der Ausschuss ganz dasselbe wünscht. Ich schliesse das aus der ganzen Motivirung des Ausschussberichts, aus der starken Hervorhebung der moralischen Pflicht der Regierung, die sie zu erfüllen hat, und bin in dieser meiner Ansicht durch das, was der Herr Berichterstatter so eben vorgetragen hat, nur bestärkt worden. Ich sehe in der That durchaus nicht ein, welches Bedenken obwalten könnte, sich meinen Antrag anzueignen. Der Herr Berichterstatter hat allerdings darauf hingewiesen, dass die Regierung sich dieser moralischen Pflicht nicht länger werde entziehen können, wenn wir willig die Hand geboten haben würden zu einem von der Regierung gewünschten Gesetz zu Gunsten der andern Religionsparteien. Wenn nun aber die Regierung etwa ausspräche: die Verfassung, welche die Landeskirche hat, ist nach unserer Ansicht die allerbeste, es kann für sie keine zweckmässigere geben, als eine bürokratische, die bürokratische Staatskirche ist die allerglücklichste, und wir können im Interesse der Unterthanen nicht die Hand dazu bieten, auf Neuerungen einzugehen, — dann würde die Regierung in keiner Weise verpflichtet sein, von ihrer eigenen Ansicht abzugehen. Es wünscht der Ausschuss ebenso wenig, wie ich, dass diese Ansicht, welche in der That bei evangelischen Landesregierungen sich findet, bei uns zur Geltung kommen möge; weil wir aber aus Erfahrung wissen, dass es schwierig ist, auf einem solchen Wege, wie der Ausschuss ihn sich denkt, zum Ziele zu gelangen, gerade deshalb möchte ich die von mir formulirte Erklärung aus dem Munde der Regierung, als eine der Versammlung gegenüber sie bindende, vernehmen, und ich verlange ja keineswegs — wie der Herr Berichterstatter es missverständlich aufgefasst zu haben scheint, — dass, bevor dieser Gesetzentwurf als Gesetz erlassen werde, eine vollständig ausgearbeitete neue Verfassung der Landeskirche gegeben werde, sondern ich wünsche nur, dass ihr die Zusage gegeben werde, dass die dazu erforderlichen Massnahmen baldmöglichst in Angriff

genommen werden sollen, und ich glaube in der That, dass der Ausschuss in allem Wesentlichen mit mir einverstanden ist.

Was ferner den von mir vorgeschlagenen Zusatz zum § 4 betrifft, so habe ich aus dem Munde des Herrn Berichterstatters vernommen, dass der Ausschuss nicht hat einsehen können, welche Gefahr für die lutherische Kirche damit verbunden sein sollte, wenn Reliquien, Heiligenbilder und dergl. auch ausserhalb der katholischen Kirchen auf- und ausgestellt würden. Ich antworte darauf ganz einfach: die damit verbundene Gefahr ist eine Gefahr der Verführung einestheils und des Aergernisses andernteils, — der Verführung für die Schwachen und — ich räume das in gewissem Sinne ein — des Aergernisses auch für die Schwachen, dies Letztere vielleicht doch auch auf Starke anzuwenden. Es ist eine bekannte Sache, dass die katholische Kirche, wie ich es auch schon in der Vorberathung ausgesprochen habe, durch auf die Sinne wirkende Mittel Proselyten zu machen trachtet. Man braucht sich nur einmal in katholischen Ländern umgesehen zu haben, um hiervon auf das Unwiderleglichste überzeugt zu werden. Unsere Väter haben, theilweise mit Gewalt, das, was sie Götzendienst nannten, abgeschafft; — ich glaube wir thun nicht wohl daran, unser Volk den Künsten der Verführung preiszugeben, und ich glaube in der That, dass unser Volk wenig dazu im Stande sein wird, den feinen Unterschied, welchen die katholische Kirche zwischen Anbetung und Verehrung macht, festzuhalten. Ich sehe in der That nicht ein, da diese Bestimmung auch in andern evangelischen Ländern, wo der katholischen Kirche freie Religionsübung gestattet ist, Geltung hat — ich glaube z. B. mit Gewissheit sagen zu dürfen, dass im Grossherzogthum Sachsen-Weimar eine ähnliche Bestimmung getroffen ist —, welches Bedenken für uns obwalten könnte, eine Beschränkung eintreten zu lassen, welche unserm evangelischen Volke ein Aergerniss erspart, für die Katholiken aber in keiner Weise eine Beschränkung der religiösen Freiheit ist, da, so weit das fromme katholische Bewusstsein zu seiner Befriedigung eine Verehrung von Heiligenbildern, Reliquien etc. fordern mag, diesem Bedürfniss innerhalb der heiligen katholischen Stätten im vollstem Maasse genügt werden kann.

Ich möchte mir schliesslich ein Wort erlauben über das den Katholiken einzuräumende oder nicht einzuräumende Patronatsrecht über evangelisch lutherische Kirchen, und will nicht in Abrede stellen, dass ich mich vollständig der Anschauungsweise des geehrten Abgeordneten für die grösseren Gutsbesitzer von Heiligenstedten anschliesse. Die Praxis, wie sie in Deutschland sich gestaltet hat, ist allerdings eine dem vom Herrn Berichterstatter Angeführten entsprechende, aber es widerspricht doch in der That dem evangelischen Bewusstsein und Gefühl, dass so wichtige Functionen der evangelischen Kirche in die Hand eines diese Kirche verachtenden und verdamnenden Menschen

gelegt werden sollen. Ich wollte aber eigentlich noch meine Verwunderung darüber aussprechen, dass der Ausschuss, in dessen Namen ja der Herr Berichterstatter gesprochen, hieran gar keinen Anstoss genommen hat, und dass er namentlich nicht hat glauben wollen, dass die katholischen Patrone das ihnen eingeräumte Recht zum Nachtheil der lutherischen Kirche und Gemeinde würden ausbeuten wollen. Es wird dem geistlichen Mitgliede des Ausschusses ebenso bekannt sein, wie mir, dass dies in der That in sehr umfangreicher Weise, z. B. in Schlesien, geschehen ist und noch geschieht. Wir haben gerade in unserm Lande in dem letzten Jahre Gelegenheit gehabt, darüber neue Aufschlüsse zu erhalten, indem ein Geistlicher von dort sich in unser Land begab, um unsere Hülfe für seine Gemeinde in Anspruch zu nehmen, welche von einer katholischen Patronesse schon seit lange systematisch dem Untergange geweiht war, — was aber keinesweges ein ganz vereinzelttes Beispiel ist. Daher glaube ich nicht, dass der vorausgesetzte Edelmuth katholischer Patrone als ein Grund dagegen wird angeführt werden dürfen, dass den Katholiken, denen auch nach meiner Ueberzeugung freie Religionsübung gestattet werden muss, in dieser Beziehung eine zum Schutz der Landeskirche nöthige Beschränkung auferlegt werde.

Abgeordneter Propst Balemann: Wie in der Vorberathung, Herr Präsident, so möchte ich noch einmal über zwei Punkte mich aussprechen, die beide auf Beschränkungen der katholischen Kirche ausgehen, welcher ja durch dieses Gesetz eine grössere Freiheit eingeräumt werden soll.

Zunächst möchte ich noch einmal zurückkommen auf das Patronatsrecht, welches ja den Katholischen verbleiben soll. Bei uns im Lande klebt das Patronatsrecht am Grund und Boden; und wenn wir im Lande Holstein in diesem Augenblick zwei solche Patronate schon haben, so ist wenigstens die Möglichkeit gegeben, dass nach wenigen Jahren schon ein grosser Theil der Patronate in den Händen von Katholiken sein kann, wenn sie die Güter, mit denen die Patronate verbunden sind, an sich bringen. Das Patronatsrecht ist nun ein solches, welches, recht gebraucht, zum grossen Heile unserer Landeskirche dienen kann, aber gemissbraucht, einen grossen Schaden anrichtet. Daher scheint es mir, dass wir dabei insonderheit Vorsicht anwenden müssen, und ich kann mich nur dem Amendement, welches von dem geehrten Abgeordneten der grösseren Gutsbesitzer von Heiligenstedten gestellt ist, mit ganzem Herzen anschliessen. Es steht nämlich so, so weit ich die Sache beurtheilen kann. Wir sind durch den Westphälischen Frieden durchaus nicht rechtlich gebunden; und wenn aus Connivenz jetzt schon zwei Gütern, welche in Händen von Katholiken sind, das Patronat gelassen ist, so ist das eben nur eine Concession gewesen. Von nun an aber fragt es sich, ob es im Holstenlande Recht sein soll, und da meine ich, stehen wir vor

einer Bestimmung, welche wohl überlegt werden muss. Und um des Schadens willen, welcher durch eine solche Bestimmung entstehen könnte, möchte ich der Versammlung dringend ans Herz legen, dem Amendement, welches in dieser Beziehung gestellt ist, beizutreten. Auch nach dem, was in Falck's Handbuch ausdrücklich gesagt wird, ist es nicht einmal Usus, dass Allen, welche katholisch werden und Güter haben mit Patronatsrechten, eo ipso auch das Patronat verbleibt.

Ein weiteres Wort möchte ich mir noch zu dem, von mir gestellten Amendement erlauben, um selbiges, nachdem es vom Ausschusse zurückgewiesen ist, der geehrten Versammlung ans Herz zu legen. Dies Amendement ist gerichtet gegen die katholische Kirche, und zwar soll es dienen zur Abwehr der Uebergriffe der katholischen Kirche, zur Sicherstellung unserer, der Landeskirche. In der Regierungsvorlage war wenigstens etwas enthalten, wodurch wir in dieser Beziehung gesichert wurden; im Ausschusse ist das aber gerade hinweggethan, und wenn der Vorschlag des Ausschusses durchgeht, so ist Thor und Thür der katholischen Kirche geöffnet. Und nicht etwa nur ist es den katholischen Geistlichen, die hier angestellt sind, erlaubt, zur Erbauung ihrer Gemeinde zu wirken, sondern es ist damit auch einem Strom von anderswo her der Zugang geöffnet, welchen wir wahrlich nicht einen Lichtstrom nennen können, sondern wir, die auf dem Worte Gottes stehen, müssen sagen: das, welches da hineinkömmt in das Land, ist etwas Bedenkliches und Gefährliches. Es ist dies mein Amendement besonders gerichtet gegen etwas, was sich in der katholischen Kirche in neuerer Zeit findet. Schon mehrfach ist es ausgesprochen und auch im Berichte des Ausschusses, dass die katholische Kirche einen aggressiven Charakter habe. Gewisslich hat sie den; sie kann gar nicht anders, als angreifend verfahren, nach dem Grundsatz: „Ausserhalb der Kirche kein Heil, keine Seligkeit!“ Daher hat sie denn auch die Aufgabe, den Verirrten — und wir sind lauter Verirrte — zu helfen und sie auf jede mögliche Weise und leider auch durch jegliche Waffen wieder hineinzubringen in die „allein seligmachende Kirche“. Zu solchen Waffen gehört die Mission. Das ist die Anstalt, welche einem kirchlichen Feldzuge verglichen werden kann, der von aussen hinein in das Land geführt wird, um die Akatholischen zu bekehren zur katholischen Kirche. Nun, nahe sind die Missionaire uns schon gekommen. Und eben dagegen soll mein Amendement gerichtet sein, dass solchen Versuchen von Seiten der katholischen Geistlichen, welche nicht im Lande angestellt sind, dass ihrem propagandistischen Treiben hier im Lande gewehrt werde. Und ich glaube, es thut Noth; denn wahrlich nicht ohne Erfolg ist es gewesen, was die katholische Kirche gewirkt hat; schreckenerregend ist es für jeden Protestanten, was sie in Holland erreicht hat in den letzten 50 Jahren; und ihre Fortschritte in England und überall, wo sie nur ein freies Spiel hat, sind wohl Be-

denken erregend gewesen. Treibt uns nun unser Gewissen — und mich treibt das meinige auch —, ihnen eine grössere Freiheit einzuräumen, damit sie in ihrer Weise sich erbauen können, so, meine ich, müssen wir andererseits als Protestanten — und namentlich als Vertreter eines protestantischen Landes — es uns angelegen sein lassen, dass wir unsere Kirche auch sicher stellen gegen die Uebergriffe und gegen solch propagandistisches Treiben, wie es sich hier nun bald einstellen wird. Freilich, wer da sagt: „es ist gleichgültig, was man hier glaubt, und ob man etwas glaubt,“ dem kann es einerlei sein, ob Katholik oder Reformirter. Solche sind, hoffe ich, nicht hier. Manche dagegen sagen: „Ich fühle mich sicher; wohl, sie mögen kommen, mich sollen sie nicht in Versuchung führen!“ Nun, das ist auch gut. Aber, meine Herren, wir stehen hier als die Vertreter des Landes, und wir haben auch die Versuchung fern zu halten. Es giebt manche Schwache und Unentschiedene, und für die kann es gefahrbringend sein. Deshalb möchte ich dies mein Amendement Ihnen besonders ans Herz legen, indem ich nur noch eine Bemerkung mir erlaube. Ich habe es speciell bezogen auf die Geistlichen der katholischen Kirche, nicht auf die andern. Mir ist von dem Herrn Berichterstatter gewissermassen ein Vorwurf gemacht worden, dass ich diese hervorgehoben. Ich würde dies auch nicht gewagt haben, wenn nicht der Ausschuss ausdrücklich den Jesuitenorden hervorgehoben hätte; zu meiner grossen Freude, denn die katholische Mission wird gewöhnlich betrieben von Jesuiten. Damit sind wir aber schon auf dem besonderen Gebiete der katholischen Kirche, und daher, meine ich, kann man mir in der Beziehung keinen Vorwurf machen.

Abgeordneter Dr. Thomsen: Herr Präsident! Ich möchte mir erlauben, das Amendement des Abgeordneten für die grösseren Gutsbesitzer von Heiligenstedten:

„Nur evangelische Christen können Kirchen- und Schulpatrone sein oder an der Verwaltung des Kirchenregiments oder des Vermögens der evangelisch-lutherischen Kirche Antheil nehmen; doch bleibt es demjenigen Besitzer eines mit Patronatsrechten versehenen Grundstücks, der sich zur evangelischen Kirche nicht bekennt, unbenommen, die Ausübung der mit dem Grundstücke verbundenen Patronatsrechte für die Zeit seines Besitzes auf einen Andern zu übertragen, der nach dem Ermessen der ständigen Oberbehörde die dazu erforderlichen Eigenschaften besitzt,“ zu unterstützen, und zwar von einem Standpunkt aus, der ein ganz anderer ist. Ich meine nämlich, es treten auf diese Weise die Katholiken in solche Beziehung zu unsern kirchlichen Verhältnissen, zur Ausübung unserer Religion, wie wir es eigentlich durchaus nicht gestatten können. Es wird ihnen ein Gebiet eröffnet, wohin sie nicht gehören; das Land möge ihnen eröffnet werden, aber nicht unsere Kirchen. Wir können uns allerdings wohl fragen: wird nun auch

wirklich mit dem gehörigen Ernst, mit der gehörigen Gewissenhaftigkeit die Frage in Erwägung gezogen? Von einem katholischen Patron wird ein Lehrer der Gemeinde gegeben, der doch in die Irre, auf den falschen Weg führt; ist da der gehörige Ernst zu erwarten? Ich möchte es bezweifeln, denn wir dürfen es doch nicht vergessen, was das katholische Herz wohl dabei fühlen würde, wenn von unserer Seite ihnen ein Seelsorger, ein Priester gegeben werden sollte. Mich bewegt keine Furcht davor, dass die Katholiken hier in's Land kommen; im Gegentheil, ich freue mich darüber und stimme dafür, nicht weil es eine Frage der Zeit ist, nicht um der Zeit Rechnung zu tragen, sondern weil ich meine, dass der Gerechtigkeit dadurch Vorschub geleistet wird. Aber ebenso glaube ich, dass es eine Ungerechtigkeit sein würde, lutherischen Christen aus der Hand eines Katholiken einen Geistlichen zu geben. Es ist uns gesagt worden, dass ein Kampf bevorstehe und ein Kampf in's Land geführt werde dadurch, dass die Katholiken hineinziehen. Ich fürchte diesen Kampf auch nicht. Es ist gesagt worden, die Katholiken haben ein anderes Rüstzeug; aber sei dem wie es wolle, der Kampf wird doch etwas Gutes bringen; der Kampf wird schützen gegen den Stillstand, er wird die Action beleben, und der Kampf wird hauptsächlich geführt werden gegen den schlimmsten Feind der Jetztzeit, und hoffen will ich, dass dieser Feind besiegt und vertilgt wird: das ist die Gleichgültigkeit in Sachen der Religion. Ich möchte der Versammlung daher empfehlen, für jenes Amendement zu stimmen.

Abgeordneter Justizrath Wyneken: Herr Präsident! Bei der Vorberathung erlaubte ich mir darauf aufmerksam zu machen, dass es zweckmässig sein dürfte, ausser den Klöstern auch ähnliche Genossenschaften zu untersagen. Ich verstand den geehrten Berichterstatter so, dass von Seiten des Ausschusses nichts dagegen zu erinnern sein würde, dass diese Bestimmung mit in den § 3 aufgenommen werde; nun habe ich heute erfahren, dass ich mich in der Hinsicht im Irrthum befunden. Ob es vielleicht noch möglich wäre, durch eine Redactionsänderung meine Bemerkung zu berücksichtigen, muss ich dahin gestellt sein lassen. Dann habe ich mich auch gegen den Vorschlag zum § 13 ausgesprochen, dass die Oberaufsicht des Staats über das Kirchenvermögen etc. wegfallen und nur eine Genehmigung der Regulative Statt finden solle. Ich glaube, dass es richtiger ist, dass diese Hoheitsrechte des Staats nicht geschmälert werden.

Abgeordneter Semper: Das so eben von dem Herrn Secretair Gesagte veranlasst mich, einige Worte darauf zu erwidern.

Nach § 1 des vorliegenden Gesetzentwurfes werden den Reformirten Rechte zugestanden, die ihnen bisher nicht streitig gemacht sind; desungeachtet nehme ich die Gewährleistung derselben mit Dank an. Nach § 3 können fortan die Reformirten, wie andere Religionsverwandte Thürme erbauen, ein Recht, von welchem die kleine Ge-

meinde der Reformirten vielleicht nicht Gebrauch machen wird. Der § 13 des vorliegenden Entwurfes nimmt dagegen in seiner ursprünglichen Fassung den Reformirten Rechte, in deren Besitz sie sich lange befinden; seit 1601 besteht in Altona eine reformirte Gemeinde und seit dieser Zeit hat dieselbe fortwährend die ökonomische Verwaltung ihres Kirchenvermögens selbst geführt, ohne einer Oberaufsicht unterworfen zu sein. Die reformirte Gemeinde legt auf die Erhaltung dieses Rechts ein grosses Gewicht, und ich unterstütze daher das darauf gerichtete Amendement des Ausschusses. Es liegt nicht in dem Sinn des Gesetzentwurfes, den Reformirten Rechte nehmen zu wollen, die bereits Jahrhunderte bestanden haben.

Abgeordneter Pastor Versmann: Ich werde es dem geehrten Berichterstatter überlassen, auf Manches von dem zu antworten, was während der Debatte vorgekommen ist; ich bin jedoch durch das, was das geehrte Mitglied der Geistlichkeit aus Kiel so eben geäussert hat, persönlich provocirt worden, so dass ich nicht werde schweigen dürfen. Ich weiss übrigens nicht, ob es parlamentarischer Gebrauch ist, dass man ein einzelnes Mitglied im Ausschuss für dies oder das, was der Ausschuss befürwortet hat, verantwortlich macht, da ja der Ausschuss, wenn nicht ein Minoritätsvotum abgegeben ist, solidarisch seine Sache vertritt. Davon will ich jedoch absehen. Es ist ganz richtig, und ich habe es auch gewusst, dass eben in neuester Zeit von Schlesien aus uns berichtet ist, dass von Seiten einer katholischen Patronesse das Patronatsrecht in empfindlicher Weise gegen eine evangelische Gemeinde gemissbraucht worden ist. Darf man aber durch einen solchen vereinzeltten Fall sich bestimmen lassen, wenn es sich darum handelt, gesetzliche Bestimmungen festzustellen? und wäre es richtig, wenn man sonst für eine Bestimmung wäre, um einer vereinzeltten Thatsache willen davon abzusehen? Es geht ja in allen menschlichen Verhältnissen so; eine Ungebühr wird immer einmal geschehen können, und keine gesetzlichen Bestimmungen, weder auf diesem, noch auf irgend einem andern Gebiet, werden uns dagegen zu schützen vermögen. Das Patronatsrecht einer Kirche hängt an dem Grund und Boden; ob das ein Glück oder Unglück für die Kirche ist, will ich dahin gestellt sein lassen. Für Bewerber um geistliche Aemter können allerdings recht traurige Verhältnisse aus diesem Umstande erwachsen. Das geehrte Mitglied für die grösseren Gutsbesitzer von Heiligenstedten hat es empörend genannt, wenn ein Bewerber sein Gesuch an einen Katholiken richten müsse, von dem er wüsste, dass derselbe ihn für einen Ketzer halte. Das mag sein. Könnte es aber nicht unter Umständen eben so empörend sein, wenn ein Bewerber sein Gesuch an einen Mann richten müsste, der freilich den Namen eines evangelischen Christen trüge, der aber durch Wort und Wandel bezeugte, dass er der evangelischen Kirche feindselig gegenüber stehe, feindseliger vielleicht, als ein Katholik es thun würde? Das sind

Uebelstände, die ich nicht in Abrede stelle, welche aber darin liegen, dass das Patronatsrecht am Grund und Boden hängt. Wir haben nach wiederholter Berathung der Sache nicht zu der Ansicht kommen können, dass man befugt sei, das Patronatsrecht, das ja ein dingliches Recht ist, ohne Weiteres den Katholiken aus der Hand zu nehmen. — Ich möchte nun mit einem Worte noch im Allgemeinen auf das eingehen, was in der Debatte vorgekommen ist, um zu befürworten, dass weitere Beschränkungen der Katholiken in diese Gesetzvorlage aufzunehmen seien. Man wird sich ja zunächst darüber klar werden müssen, ob man überall einer solchen Gesetzesvorlage seine Zustimmung geben wolle oder nicht; ob es recht und gerathen sei, den Katholiken freie Religionsübung im Lande zu verstatten, oder, wie die Versammlung es noch in der Hand hat, die Gesetzesvorlage abzulehnen. Wenn man aber zu der Ueberzeugung gekommen ist, es sei an der Zeit, auch den Katholiken freie Religionsübung im Lande zu verstatten, so darf man sich nach meiner Ansicht nicht so furchtsam an einzelne Stücke hängen. Mir kommt das vor, als wenn Jemand sich entschlossen hätte, ins Wasser zu springen, und dann nach einem Strohalm greifen würde, um sich daran zu halten. Manches, was das geehrte Mitglied der Geistlichkeit aus Oldenburg uns gesagt hat, würde eher dahin führen können, dass man die ganze Gesetzvorlage ablehnte, wenn er z. B. gewarnt hat, dass man einem solchen Strom, der in das Land dringend werde, nicht Thür und Thor öffnen solle. Denkt man in der Hauptfrage anders, dann, glaube ich, kommt es nicht darauf an, ob man den Katholiken verstattet, nicht blos innerhalb ihrer Kirchen, sondern auch ausserhalb an ihren Kirchenmauern ein Heiligen- oder Marienbild aufzustellen. Ich würde es für eine Härte halten, den Katholiken dies zu verweigern. Wenn sie eine Kirche mit Thurm und Glocken im Lande bauen dürfen, und diese Kirche dem einen oder andern Heiligen widmen, warum sollen sie denn nicht auch das Bild desselben an ihrer Kirche zum Schmuck anbringen dürfen? Dass aber daraus für evangelisch-lutherische Christen eine Gefahr erwachsen solle, kann ich nicht annehmen. Wenn unser lutherisches Volk dadurch so grosser Gefahr ausgesetzt wäre, dann hätte man unsere lutherischen Kirchen viel vorsichtiger ansehen müssen, ob nicht vielleicht an und in unsern lutherischen Kirchen noch etwas von solchem katholischen Schmuck geblieben ist. Ich weiss nicht, wie es sich mit der Kieler Kirche verhält; ich weiss aber, dass unsere Kirche hier in Itzehoe ursprünglich dem heiligen Laurentius gewidmet ist, und dass man kein Bedenken getragen hat, das Bild des heiligen Laurentius nicht blos innerhalb der Kirche, sondern auch in einem gemalten Fenster, so dass man es von draussen sehen kann, zu belassen; ich glaube, dass dadurch weder ein Aergerniss, noch eine Gefahr für die

Schwachen entstanden ist, und ich kann deshalb nur dem beipflichten, was von dem geehrten Berichterstatter bereits ausgesprochen ist.

Der Berichterstatter: Ich werde mich auf Weniges beschränken können. — Was zunächst die rücksichtlich der Frage über das den Katholiken zu belassende kirchliche Patronatsrecht entgegenstehenden Ansichten betrifft, so sind die Gründe für die eine und die andere Ansicht der Versammlung hinreichend vorgeführt und entwickelt, so dass ich die Gründe, die von dem Ausschusse für seine Ansicht geltend gemacht worden sind, nicht zu wiederholen brauche; die Versammlung wird hinreichend instruiert sein, um sich für die eine oder andere Ansicht zu entscheiden. Ich möchte nur Alles, was ich über die auf Grund des Westphälischen Friedens in Deutschland geltende und auch in unserm Vaterlande bisher zur Anwendung kommende Uebung hinsichtlich der Ausübung des Patronatsrechts geäußert habe, in allen Stücken vollständig aufrecht halten.

Wenn das geehrte Mitglied der Geistlichkeit aus Kiel seine Verwunderung darüber ausgesprochen hat, dass die Mitglieder des Ausschusses nicht von der Voraussetzung ausgehen zu können glaubten, dass ein Kirchenpatron katholischer Confession das ihm eingeräumte Patronatsrecht über die lutherische Kirche zum Schaden derselben und der lutherischen Gemeinde anwenden könnte, so ist ihm darauf schon von dem letzten Vorredner das Erforderliche erwidert worden. Ich möchte aber doch auch meine Ansicht noch dahin aussprechen, dass ein einzelner Fall eines Missbrauchs des Patronatsrechts nicht unsere Ansicht hat widerlegen können. Der Missbrauch eines Patronatsrechts ist überhaupt unabhängig von der Confession, und das Land ist nicht fern, in welchem in letzter Zeit die Besetzung der Kirchenämter zu andern Zwecken, wie zu kirchlichen, gebraucht worden ist. Das geehrte Mitglied der Geistlichkeit aus Kiel hat sich noch mit grosser Wärme für sein Amendement und gegen die Gründe, die der Ausschuss dawider geltend gemacht hat, ausgesprochen, dass die Anbringung von Heiligenbildern und Reliquien nur innerhalb und nicht ausserhalb der Kirche gestattet werden solle; er hat in der Gewährung dieser katholischen Sitte eine Versuchung für die Schwachen und einen Anstoss für die Starken gefunden. Die Ansichten in solchen Dingen sind ja nun freilich sehr verschieden, und ich will deshalb auch gar nicht behaupten, dass die Ansicht des Ausschusses undedingt die richtige ist; ich möchte nur noch gegen die von dem geehrten Mitgliede der Geistlichkeit aus Kiel geltend gemachte Ansicht hervorheben, dass es doch wirklich eine Härte für die Katholiken sein würde, wenn sie in der vor Heiligenbildern Statt findenden Andacht ihren religiösen Bedürfnissen genügen, ihnen dieses zu wehren, da, meiner Auffassung nach, weder für die Starken, noch für die Schwachen in unserer Kirche ein Anstoss darin liegen kann, dass Anhänger einer andern Glaubenslehre ihre Andacht, wenn

auch auf eine uns unverständliche und verkehrt erscheinende Weise, verrichten.

Der geehrte Herr Secretair hat geäussert, dass ihm von mir die Erklärung gegeben sei, der Ausschuss werde seinen Vorschlag, dass in die Bestimmung, welche wir zum § 3 als Zusatz vorgeschlagen haben (Klöster dürfen nicht errichtet werden), auch das Verbot anderer Genossenschaften aufgenommen werde, zu dem seinigen machen; ich muss jedoch hiergegen bestimmt aussprechen, dass ich nur meine Ansicht dahin ausgesprochen habe, dass ich glaube, der Ausschuss würde wohl nichts gegen diesen Vorschlag einzuwenden haben, durchaus aber nicht im Namen des Ausschusses, sondern nur für meine Person. Der Ausschuss hat erwartet, dass der geehrte Herr Secretair ein desfälliges Amendement einbringen würde, und da dieses nicht geschehen ist, hat derselbe keine weitere Rücksicht auf jenen Vorschlag nehmen können. — Von verschiedenen Seiten sind wir endlich wiederholt darauf hingewiesen, welche Gefahr damit verbunden sei, wenn namentlich der katholischen Kirche das Land geöffnet werde, und dass sich dann ein Kampf zwischen dieser Kirche und der evangelisch-lutherischen Kirche erheben werde, der nicht unbedenklich für letztere sei; dass erstere die Protestanten als Ketzer und fluchwürdige Leute, die Bekämpfung und Ueberwindung der lutherischen Confession als ihre Aufgabe betrachte. Es lässt sich auch gewiss nicht verkennen, dass ein solcher Kampf entstehen wird, sobald für die katholische Kirche in der Weise, wie es durch die Regierungsvorlage geschieht, das Land geöffnet wird; aber ich möchte schliesslich nur noch hervorheben, dass der canonische Grundsatz der katholischen Kirche, wonach die Protestanten Ketzer und fluchwürdige Leute sind, doch schon im Laufe der Zeiten in vieler Beziehung anerkanntermaassen bedeutend gemildert ist und auch nicht mehr von den Katholiken in voller Schärfe zur Anwendung gebracht wird, dass aber auch ferner die lutherische Kirche der Gefahr gegenüber, auf die hingewiesen wird, nicht irgend welche Furcht zu hegen braucht.

Hat die lutherische Kirche im 16. und 17. Jahrhunderte in blutigen langen Kriegen der katholischen Kirche gegenüber sich Geltung und Anerkennung zu erringen gewusst, hat sie sich in denjenigen Ländern, wo sie neben der katholischen Kirche bestanden hat, seither ungeschwächt zu behaupten gewusst, so, glaube ich, haben wir uns auch nicht davor zu fürchten, den Kampf mit dieser, falls er entstehen sollte, aufzunehmen. Mögen die äusseren Mittel, über welche die katholische Kirche gebietet, reicher sein, und mag das Bekenntniss, welches sie lehrt, wie das hier hervorgehoben ist, für viele bequeme Geister etwas Verlockendes haben, mag die grosse Gewalt, die in ihrer Organisation, in der Organisation ihrer Hierarchie liegt, ihr bedeutende Kräfte mehr gewähren, als der lutherischen Kirche augenblicklich zu Gebote stehen: trotzdem haben wir, meiner Ueberzeugung nach, kei-

nen Anlass, sie zu fürchten; selbst wenn sie einige Proselyten machte, welche die lutherische Kirche an die katholische verlöre, weil sie entweder durch äussere Vorthelle oder durch den äusseren Glanz, mit dem die katholische Kirche ihren Gottesdienst bekleidet, zum Uebertritt verleitet würden, so hätte an diesen die lutherische Kirche wenig verloren; es würden faule und todte Glieder derselben gewesen sein. Findet aber Jemand wirklich nur durch den Uebertritt zur katholischen Confession seinen innern Frieden, so wird ihm doch die lutherische Kirche die Möglichkeit dazu nicht entziehen wollen. Ich gebe mich daher der Hoffnung hin, dass die Versammlung durch die Annahme des Gesetzentwurfs mit den von dem Ausschuss vorgeschlagenen Aenderungen einem Bedürfniss Genüge schaffen wird, dessen Befriedigung gewiss nicht genug empfohlen werden kann, dem Bedürfniss der fremden Religionsgemeinschaften, von den harten Beschränkungen die ihnen rücksichtlich ihrer Religionsübung noch immer bei uns auferliegen, befreit zu werden, und ich glaube, dass wir mit ruhigem Gewissen den Entwurf annehmen können der Landeskirche gegenüber, weil die Landeskirche überhaupt nicht dadurch gefährdet werden kann dass der katholischen Kirche in Holstein, wie längst in fast allen Deutschen Ländern, gleiche Berechtigung der Religionsübung gewährt werde, und weil ich glaube, dass die Versammlung sich der Zuversicht wird hingeben können, dass, wenn sie gleichzeitig die mit zur Berathung stehende Proposition zum Beschluss erhebt, die Gewährung des in ihr ausgesprochenen Antrages uns nicht lange mehr entstehen wird.

Abgeordneter Graf Reventlow-Farve: Herr Präsident! Ich kann nicht läugnen, dass ich den Auseinandersetzungen über die Vorlage, welche so eben von dem Herrn Berichterstatter ausgesprochen sind, durchweg beipflichte und mich auch für die Annahme der ganzen Vorlage erkläre; allein es scheint mir, dass gerade mit diesen Grundsätzen, die hier von Seiten des Herrn Berichtstatters so warm ausgesprochen sind, die Bestimmung auf pag. 11 des Berichts nicht recht übereinstimmt, welche den Mitgliedern des Jesuitenordens untersagt, geistliche Verrichtungen im Lande vorzunehmen. In einem benachbarten Staate sind vor etwa einem Jahre Jesuiten gewesen, haben bedeutende Vorträge gehalten, die von einem zahlreichen Publicum stets besucht worden sind. So viel ich weiss, ist daraus kein erheblicher Schaden entstanden; im Gegentheil glaube ich, wie der Herr Berichterstatter auch gesagt hat, dass bei dem Kampfe, der dadurch geweckt ist, sowohl von der einen, wie von der andern Seite, die protestantische Kirche keinen Schaden genommen hat. Daher verstehe ich nicht, warum der Jesuitenorden ausgeschlossen werden soll. Um so mehr scheint mir eine Bestimmung der Art sowohl schwierig, als bedenklich zu sein, als es wohl sehr schwierig zu ermitteln ist, wer denn eigentlich ein Jesuit ist.

Abgeordneter Propst Simonsen: In Beziehung auf die wiederholt zur Sprache gekommene Frage, ob die Ausübung des Kirchen- und Schulpatronats den Katholiken zu überlassen sei, möchte ich doch aufmerksam machen auf den Inhalt des Gesetzes überhaupt und die Ueberschrift. Es handelt sich ja eigentlich nur um ein Gesetz, betreffend die Religionsübung und Gemeindeverhältnisse der von der Landeskirche sich getrennt haltenden christlichen Glaubensgenossenschaften im Herzogthum Holstein. Ich begreife eigentlich nicht, wie man nach dieser Ueberschrift auf diesen Gegenstand hat kommen können. Wenn es aber dennoch geschehen ist, so darf ich wohl auf den grossen Unterschied zwischen den Verhältnissen hier zu Lande und den Verhältnissen, wie sie sich in Deutschland ausgebildet haben, hinweisen. In Deutschland hat es sich allerdings allmählich so gestaltet, dass Lutheraner Patronatsrechte besitzen über katholische Kirchen, und umgekehrt. Es ist aber die Frage, ob das wirklich etwas Wünschenswerthes ist, ob das wirklich dem christlichen Gewissen vollständig genügt. Ich kann nicht läugnen, dass ich doch auch in meinem Herzen etwas sehr Widerstrebendes dagegen finde, und dass ich gar nicht einsehe, warum man bei einer solchen Gelegenheit so bedeutsame Gerechtsame, die überall gar nicht beansprucht werden, ohne Weiteres und ohne innere Nöthigung den Katholiken übertragen sollte. Ich werde daher für das Amendement des Herrn Abgeordneten für die grösseren Gutsbesitzer von Heiligenstedten stimmen.

Der Berichterstatter: Dem Herrn Vorredner, welcher zuletzt gesprochen hat, erlaube ich mir zu erwidern, dass es sich hier nicht darum handelt, den Katholiken das Patronatsrecht zu übertragen, sondern darum, ob man es ihnen entziehen will; dann möchte ich den Herrn Abgeordneten für die grösseren Gutsbesitzer von Farve rücksichtlich der Gründe, welche den Ausschuss zu dem Vorschlage der Bestimmung über die Jesuiten bewogen haben, nur auf die Geschichte dieses Ordens verweisen.

Abgeordneter Graf Reventlow-Jersbeck: Da von mehreren Seiten hinsichtlich des Patronatsrechtes für die Katholiken gesprochen ist, will ich doch auch meine Meinung aussprechen und meine Abstimmung in dieser Sache motiviren. Ich muss mich vollkommen dem Amendement des Herrn Abgeordneten von Heiligenstedten anschliessen und glaube, was das Geschichtliche der Sache betrifft, so weit von Holstein die Rede ist, dass man viel mehr daraus gefolgert hat, als daraus zu folgern ist, indem man gesagt hat, dass es ein Recht sei, dass es immer ein Recht gewesen und dass es ein dingliches Recht sei. Ich glaube durchaus nicht, dass es ein dingliches Recht der Katholiken ist, hier im Lande das Patronatsrecht auszuüben, auch nicht, dass das in einzelnen Fällen ihnen gestattet ist. Ich glaube vielmehr, dass es ursprünglich keinem Menschen eingefallen ist, dass hier ein Katholik ein Patronatsrecht ausüben könnte,

weil ich die volle Ueberzeugung habe, dass bei der Reformation, und nachdem die Reformation hier im Lande eingeführt war, es in langer Zeit nicht vorgekommen, dass ein Katholik Kirchenpatron gewesen ist, indem das ganze Land evangelisch-lutherischer Confession war. Wenn späterhin vielleicht hier ein Katholik ein Gut gekauft hat, mit dem Patronatsrechte verbunden waren, oder wenn, was in neuerer Zeit auch geschehen ist, ein Kirchenpatronatsrechte ausübender Gutsbesitzer katholisch geworden ist, so glaube ich, dass das geschehen ist, ohne dass man weiter darauf geachtet hat. Wenn man es also für ein Recht eines katholischen Patrons hält, die Patronatsrechte auszuüben, so ist das, meiner Meinung nach, ein entschiedener Irrthum; es ist ein rein factisches Verhältniss, das sich eingeschlichen hat. So sehe ich die Sache an, und ich kann nur sagen, dass es meinem Gefühl widerstreitet, einem Katholiken die Ausübung eines solchen Rechts zu gestatten; ich werde daher ganz entschieden für das Amendement des Herrn Abgeordneten von Heiligenstedten stimmen.

Was die beiden Amendements des geistlichen Mitgliedes aus Kiel betrifft, so werde ich gegen beide stimmen; indess glaube ich, dass hinreichend darüber gesprochen ist. Ich wollte nur noch darauf aufmerksam machen, dass, wenn die Ausstellung von Reliquien und Heiligenbildern nur innerhalb der Kirchenmauern zulässig sein soll, von Ausstellung von Reliquien überhaupt nicht die Rede wird sein können. Wir haben, wie schon bemerkt ist, auch in unserer lutherischen Kirche allerhand Heiligenbilder, und würden auch durch Annahme des Amendements einen recht schönen Schmuck verhindern, wenn katholische Kirchen gebaut würden. Endlich würde es sich fragen, ob denn nicht auch consequenterweise Schaufenster verboten werden sollten, oder gar Museen und Gemäldegallerien, wo sehr häufig die schönsten Gemälde eben Heiligenbilder sind. — Was das zweite Amendement des geistlichen Mitgliedes aus Kiel betrifft, so habe ich schon in der Vorberathung darüber gesprochen, und ich kann nur wiederholen, dass die Zulassung der bereits erlaubten andern christlichen Confessionen nur dazu beitragen kann, unsere Landeskirche zu beleben und eine neue und bessere Organisation zu befördern.

Abgeordneter v. Bülow-Bothkamp: Ich habe nur ausdrücklich aussprechen wollen, dass ich gegen den Antrag des Ausschusses stimmen werde, weil ich nicht an der Ausbreitung der katholischen Religion in unserm Lande mich betheiligen will, an der Religion, welche Menschengesetzungen über das Wort Gottes stellt und in jeder Weise das Bekenntniss des evangelischen Glaubens zu bekämpfen und zu Untergraben sich zur Aufgabe stellt.

Abgeordneter Wiggers: Es war nicht meine Absicht, in der Schlussberathung noch das Wort zu ergreifen, da ich für meinen Theil längst mich entschlossen habe, wie ich in dieser Angelegenheit

stimmen will, und ich es auch nach dem, was von beiden Seiten in der Debatte vorgetragen ist, für überflüssig halte, noch weitere Gründe für die Annahme des Gesetzentwurfes und der Vorschläge des Ausschusses hinzuzufügen. Ich möchte aber doch nicht gern, dass bei einer Berathung, die hoffentlich dahin führt, dass wir Andersglaubenden freie Religionsübung in unserm Lande gestatten, gerade das letzte Wort in diesem Saale einen Vorwurf gegen die katholische Kirche und ihre Bekenner enthalte, ohne dass in irgend einer Weise ein Widerspruch dagegen erfolgte. Ich glaube nämlich nicht, dass die katholische Kirche noch augenblicklich einen so harten Vorwurf verdient, und mache dabei namentlich auf folgende zwei Punkte aufmerksam, von denen der eine bereits von dem Berichterstatter angedeutet ist. Die katholische Kirche hat schon lange nicht mehr die Schärfe und Härte bewahrt, die sie ursprünglich gegen Andersdenkende zur Anwendung brachte. Auch sie befindet sich in einem Läuterungsprozess, der ihr hoffentlich zu einer immer grösseren Reinheit und Duldsamkeit verhelfen wird. Sodann weise ich darauf hin, dass die durch den Papst repräsentirte katholische Kirche eben so wenig noch die grosse Bedeutung und Kraft besitzt, die sie in früheren Jahrhunderten zu entfalten Gelegenheit hatte. Die Macht dieser Kirche ist bedeutend geschwächt, zur Zeit fast gebrochen. Die Gefahr, womit sie droht, liegt überdies bekanntlich nicht in dem reinen Katholicismus, sondern mehr in dem Ultramontanismus, und dieser Auswuchs der katholischen Confession ist dem katholischen Glauben, den Bewohnern und Beherrschern katholischer Länder, wohl eben so gefährlich, wenn nicht noch gefährlicher, wie den protestantischen Völkern. Der Ultramontanismus hat seinen Sitz und seine Macht in Rom; aber schon seit langen Jahren und namentlich in diesem Augenblick ist der Römische Papst nicht mehr das gefährliche und gewaltige Kirchenoberhaupt, das durch die Kraft seines Armes Europa in Schrecken zu setzen vermag. Das eine Ereigniss, welches in neuester Zeit die Macht des Papstes nicht wenig gebrochen hat, ist bereits eingetreten, nämlich die Einigung Italiens, und ich hoffe, dass das andere Ereigniss, welches das Ansehen und die Stellung des Papstes als Haupt der katholischen Christenheit vollends erschüttern, das Papstthum vielleicht ganz vom Throne stossen und zur Errichtung von katholischen Landeskirchen führen wird, nicht lange mehr ausbleiben werde. Ich meine die Einigung Deutschlands. Sowie ein einiges Deutschland geschaffen ist, werden die beiden Hauptconfessionen, welche Deutschland bewohnen und sich in die Deutsche Bevölkerung theilen, Katholiken und Protestanten, überall in Ruhe und Frieden neben einander leben, da der unselige Hass und Streit, der zeit- und stellenweise unter ihnen herrscht, nicht von ihnen selbst ausgeht, sondern von aussen in sie hineingetragen wird, und gar nicht auf religiösen Gründen, sondern auf ausländischen, weltlichen Herrscher-

gelüsten beruht. Und das führt mich noch auf einen andern Grund, aus welchem ich der Versammlung die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfs mit empfehlen möchte. Das Herzogthum Holstein ist wohl mit das letzte Deutsche Land, welches andersglaubenden Christen, namentlich Katholiken, die freie Ausübung ihrer Religion bisher vor- enthalten hat; und Holstein mag nach dieser Seite hin kaum viel höher stehen, als Tyrol, aus dem bis in die neueste Zeit die Protestanten in einer Weise ausgeschlossen waren, wie aus keinem sonstigen Deutschen Staate. Selbst aber das finstergläubige Tyrol hat seine Thore Andersgläubigen öffnen müssen und selbst dort haben mit Bewilligung und Unterstützung der Oesterreichischen Regierung neuerdings die Protestanten ihren Einzug halten dürfen. Ich hoffe, dass Holstein sich nicht von dem Beispiel Tyrols wird beschämen lassen. Mehr als die Hälfte der Bewohner Deutschlands besteht aus Katholiken. Wir, die Bewohner der Herzogthümer, hoffen auf baldige Erlösung; wir können sie aber nur erwarten von dem Beistand des ganzen Deutschen Volkes, und schon aus diesem Grunde, um nicht die Sympathien von Millionen unserer Deutschen Brüder zu verlieren, liegt uns in verstärktem Grade die Pflicht ob, denjenigen Theil der Deutschen Bevölkerung, der sich zum Katholicismus bekennt, nicht von der Einräumung und dem Genusse eines Rechts auszuschliessen, das überhaupt kein Christ dem andern versagen darf.

Der Präsident: Wünscht Keiner der Herren noch das Wort zu ergreifen, — so schliesse ich hiermit die Schlussberathung.

Hierauf wurde zur Abstimmung geschritten.

Es wurde

- 1) der Antrag des Ausschusses, dass der Titel des Gesetzes folgendermassen gefasst werden möge:

„Gesetz, betreffend die Religionsübung und Gemeindeverhältnisse der Reformirten, Katholiken, Mennoniten, Anglikaner und Baptisten im Herzogthum Holstein,“

angenommen;

- 2) der Antrag des Ausschusses, dass dem § 1 nachstehende Fassung gegeben werde:

„Den Reformirten, Katholiken, Mennoniten, Anglikanern und Baptisten ist, wie die private, so an denjenigen Orten, wo sie mit Genehmigung der Regierung zu einer kirchlichen Gemeinde zusammengetreten sind, auch die gemeinsame öffentliche Religionsübung gestattet,“

angenommen;

- 3) der Antrag des Ausschusses, dass dem § 1, wie er nach dem oben angenommenen Antrage des Ausschusses lautet, hinzugefügt werde:

„Diejenigen, welche erklären, dass sie einer der genann-

ten Religionsgemeinschaften angehören, haben in Zweifelsfällen dies nachzuweisen,“

angenommen;

- 4) der Antrag des Ausschusses, dass dem § 2 folgende Fassung gegeben werden möge:

„Die Genehmigung der Regierung zur Bildung einer Gemeinde (§ 1) ist zu ertheilen, sobald nachgewiesen worden ist, dass die zur Organisation einer Gemeinde erforderlichen Einrichtungen getroffen sind. — Diejenigen, welche an Orten wohnen, wo eine Gemeinde ihrer Confession nicht besteht, können sich in die nächstbelegene Gemeinde ihres Bekenntnisses aufnehmen lassen. — Wer einer der genannten Religionsgemeinschaften (§ 1) angehört, ist von persönlichen Beiträgen und Leistungen für die Landeskirche befreit, ist jedoch verpflichtet, die auf seinem Grundbesitz haftenden Lasten zum Besten der Landeskirche abzuhalten. Dagegen kann er an den Grundbesitz geknüpfte Rechte und Functionen mit Beziehung auf die Landeskirche, welche durch die kirchliche Gemeindemitgliedschaft bedingt sind, nicht ausüben,“

angenommen; in Folge dieses Beschlusses fallen in der 2. und 3. Zeile § 9 die Worte: „wenn sie Mittel — — — nachzuweisen vermag“ weg;

- 5) das Amendement des Abgeordneten für die grösseren Gutsbesitzer von Heiligenstedten, dass der letzte Satz im § 2 wegzulassen und statt dessen zu setzen:

„Nur evangelische Christen können Kirchen- und Schulpatrone sein oder an der Verwaltung des Kirchenregiments oder des Vermögens der evangelisch-lutherischen Kirche Antheil nehmen; doch bleibt es demjenigen Besitzer eines mit Patronatsrechten versehenen Grundstücks, der sich zur evangelischen Kirche nicht bekennt, unbenommen, die Ausübung der mit dem Grundstücke verbundenen Patronatsrechte für die Zeit seines Besitzes auf einen Andern zu übertragen, der nach dem Ermessen der ständigen Oberbehörde die dazu erforderlichen Eigenschaften besitzt.“

angenommen;

- 6) der Antrag des Ausschusses, dass am Schluss des § 3 hinzugefügt werde:

„Klöster dürfen nicht errichtet werden,“

angenommen;

- 7) das Amendement des Abgeordneten für die Geistlichkeit aus Kiel, dass dem Schlusse des § 4 hinzugefügt werde:

„Ausstellungen von Reliquien, Heiligenbildern etc. sind nur innerhalb der Kirchenmauern zulässig,“

abgelehnt;

8) das Amendement des Abgeordneten für die Geistlichkeit aus Oldenburg, dass vor dem letzten Satze des § 5 des Ausschussberichtes: „den Mitgliedern des Jesuitenordens etc.“ einzuschalten: „Geistlichen der katholischen Kirche, welche nicht im Lande angestellt sind, ist das kirchliche Wirken im Lande nur mit Allerhöchster Erlaubniss gestattet,“

abgelehnt;

9) der Antrag des Ausschusses, dass der § 5 folgendermassen lauten möge:

„Geistliche aller Rangstufen und Classen, sie mögen für den öffentlichen oder Privatgottesdienst der gedachten Glaubensgenossenschaften im Herzogthum Holstein angestellt werden, oder wer sonst nach dem Ritus der betreffenden Secte zur Administration der Sacra und zur Vornahme anderer geistlichen Amtsverrichtungen eingesetzt ist, bedürfen zur Ausübung ihrer geistlichen Functionen der vorgängigen Allerhöchsten Erlaubniss. Dieselbe ist an die Bedingung zu knüpfen, dass die Geistlichen etc. die Landesgesetze genau befolgen. Auch die bereits fungirenden Geistlichen etc. haben, diese Allerhöchste Erlaubniss nachträglich zu impetrieren. Insbesondere dürfen sie bei Strafe der Entziehung dieser Erlaubniss keine kirchlichen Anordnungen bekannt machen, oder zulassen¹, dass solches geschehe, bevor dazu, in so fern es sich um Erlasse der Kirchengewalt handelt, welche sich nicht ausschliesslich auf Lehre und Cultus beziehen, sondern zugleich, wenn auch nur mittelbar, in staatliche oder bürgerliche Verhältnisse eingreifen, die regierungsseitige Genehmigung erteilt ist, oder so fern es sich um rein geistliche Verfügungen handelt, bevor dieselben der Regierung zur Einsicht vorgelegt sind. Nur die von den an einer Gemeinde angestellten Geistlichen etc. vorgenommenen Taufen, Confirmationen, Aufgebote und Trauungen haben dem Staate gegenüber Gültigkeit. Den Mitgliedern des Jesuitenordens sind geistliche Verrichtungen jeder Art untersagt“

angenommen;

10) der Antrag des Ausschusses zum § 6, dass der Schlusssatz des Paragraphen: „Dispensationen — erforderlich“ wegfallen und statt dessen folgender Satz aufgenommen werden möge:

„Es werden daher die Bestimmungen der Verordnung vom 10. Januar 1757, nach welchen für Heirathen zwischen Evangelisch-Lutherischen und Römisch-Katholischen die

Impetrirung einer Concession und die Trauung durch einen evangelisch-lutherischen Prediger erforderlich ist, und die Copulation nur dann vollzogen werden soll, wenn die Brautleute sich vor der Copulation verbindlich machen, ihre Kinder beiderlei Geschlechts von einem evangelisch-lutherischen Prediger taufen und in der evangelisch-lutherischen Lehre erziehen zu lassen, hiermittelst aufgehoben. Den Geistlichen aller Confessionen wird untersagt, den Brautleuten gemischter Confessionen vor der Copulation ein mündliches oder schriftliches Versprechen abzunehmen, dass sie ihre Kinder in einer bestimmten Confession erziehen lassen wollen. Versprechen dieser Art sind ohne alle Gültigkeit. Geistliche, welche jenem Verbote zuwider handeln, werden mit Amtsentsetzung resp. Entziehung der Erlaubniss, im Herzogthum Holstein zu fungiren, bestraft.“

angenommen; in Folge dieses Beschlusses fällt der Schlusssatz des § 10 von der 11. Zeile an weg, nämlich die Worte: „und wird die hiermit — — — aufgehoben“;

- 11) der Antrag des Ausschusses zum § 8, dass die Schlussworte des Paragraphen: „die — — soll“ wegfallen und statt derselben gesetzt werde:

„für solche Kinder, deren Eltern einer Gemeinde ihrer Confession nicht angehören, hat bei ihrem Austritt aus der Schule der betreffende Schulinspector eine Bescheinigung auszustellen, dass sie nach genügendem Schulbesuch aus der Schule entlassen seien; diese Bescheinigungen sollen in allen bürgerlichen Verhältnissen an die Stelle des Confirmationsscheines treten,“

angenommen;

- 12) der Antrag des Ausschusses zum § 9, dass in der 1. Zeile des 3. Absatzes die Worte: „von der Regierung“ gestrichen werden, und dem Paragraphen folgender Schlusssatz hinzugefügt werde:

„diese Regulative bedürfen der Genehmigung der Regierung,“

angenommen;

- 13) der Antrag des Ausschusses zum § 11, dass in der 3. Zeile statt: „15.“ — „16.“, in der 4. Zeile statt: „14.“ — „15.“ zu setzen,

angenommen;

- 14) der Antrag des Ausschusses zum § 12, dass in der 1. und 2. Zeile dieses Paragraphen statt der Worte: „sich — — aufhalten“ gesetzt werde:

„Mitglieder einer der im § 1 genannten Glaubensgenossenschaften wohnen,“

angenommen;

- 15) der fernere Antrag des Ausschusses zum § 12, dass in der 5. Zeile zwischen den Worten: „Namen und“ eingeschaltet werde: „Alter,“

angenommen;

- 16) der Antrag des Ausschusses zum § 13, dass in der 2. Zeile die Worte: „von der Regierung“, sowie der Schlusssatz: „die Oberaufsicht — — — vorzubehalten“ gestrichen, dem Paragraphen jedoch folgender Zusatz am Schlusse gegeben werden möge:

„welche der Genehmigung der Regierung bedürfen“,

angenommen;

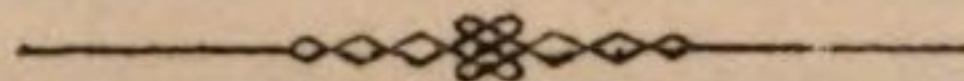
- 17) das Amendement des Abgeordneten für die Geistlichkeit aus Kiel, dass dem Antrage 1 des Ausschusses, dahin lautend, „dass der vorgelegte Gesetzentwurf mit den angegebenen Abänderungen und Zusätzen zum Gesetz erhoben werde“, hinzugefügt werde:

„sobald von Sr. Majestät Regierung die bindende Zusage ertheilt worden ist, dass die zur Regulirung der Verfassungsverhältnisse der evangelisch-lutherischen Landeskirche erforderlichen Massnahmen unverzüglich in Angriff genommen werden sollen“,

abgelehnt;

- 18) der Schlussertrag 1 des Ausschusses, die Versammlung wolle bei Sr. Majestät dem Könige allerunterthänigst beantragen, dass der vorgelegte Gesetzentwurf mit den beschlossenen Abänderungen und Zusätzen zum Gesetz erhoben werde,

angenommen.



Errata.

Seite 13, Zeile 11, lese man: Prokrustes statt Procustes.

Die Katholikenfrage in Holstein Verhandlungen der Itzehoer Ständeversammlung im Jahre 1863, nebst Aktenstücken dazu und Beleuchtung derselben

Hamburg 1863

Hols. 231

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10457164-6